**5. Sitzung des Gemeindeparlamentes,
Donnerstag, 23. März 2017,
Stadthaus, Ratsaal,
Sitzungsdauer: 19.00 Uhr – 23.05 Uhr**

Anwesend sind: 46 Ratsmitglieder (von 50 Mitgliedern)

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Heinz Eng, 2. Sarah Früh, 3. Max Husi, 4. Alexandra Kämpf, 5. Urs Knapp,
6. Dr. Max Pfenninger, 7. Daniel Probst, 8. Monique Rudolf von Rohr, 9. Simone Sager,
10. Deny Sonderegger, 11. David Tschan, 12. Markus Wyss

Sozialdemokratische Partei:

1. Dr. Christine von Arx, 2. Ramazan Balkaç, 3. Fritz Buser, 4. Paul Dilitz,
5. Gökhan Karabas, 6. Eugen Kiener, 7. Huguette Meyer Derungs, 8. Dr. Rudolf Moor,
9. Renata Pfeiler, 10. Marion Rauber, 11. Dr. Arnold Uebelhart, 12. Dieter Ulrich

Christlichdemokratische Volkspartei:

1. Sonja Bossart Meier, 2. Heidi Ehram, 3. Dr. Christoph Fink, 4. Muriel Jeisy,
5. Moritz Segna, 6. Nenad Skalonja, 7. Marcel Steffen

Evangelische Volkspartei Olten:

1. Marlène Wälchli Schaffner

Grünliberale Partei:

1. Christian Ginsig, 2. Beatrice Schaffner

Grüne Olten:

1. Myriam Frey Schär, 2. Anita Huber, 3. Michael Neuenschwander, 4. Raphael Schär,
5. Felix Wettstein

Schweizerische Volkspartei:

1. Matthias Borner, 2. Ernst Eggmann, 3. Franziska Erzinger, 4. Doris Känzig,
5. Philippe Ruf, 6. Christian Werner

Junge SP Region Olten:

1. Luisa Jakob

Stadtrat:

Dr. Martin Wey, Stadtpräsident
Thomas Marbet, Baudirektion
Benvenuto Savoldelli, Direktion Finanzen und Informatik
Peter Schafer, Direktion Soziales
Iris Schelbert-Widmer, Direktion Öffentliche Sicherheit
Markus Dietler, Stadtschreiber

Ferner anwesend:
Ueli Kleiner, Leiter Direktion Bildung und Sport
Dr. Patrik Stadler, Rechtskonsulent

Entschuldigt abwesend:
Luc Nünlist
Stephan Hodonou
Beate Hasspacher
Anton Brügger

Vorsitz: Matthias Borner

Protokollführerin: Erika Brunner, Leiterin Stadtkanzlei

* * *

Geschäfte:

1. Mitteilungen
- * 1a Dringliche Motion Ernst Eggmann (SVP-Fraktion) und Mitunterzeichnende betreffend Beseitigung akuter Gefahr von Fussgänger-Stolperfallen/Frage der Dringlichkeit
- * 1b Dringliche Interpellation Urs Knapp (FDP) betreffend Fragen zum dringenden Nachtragskredit für Planungskosten Neuer Bahnhofplatz Olten/Frage der Dringlichkeit
- * 1c Dringlicher Vorschlag FDP betr. Verlegung Sportstätten nach Olten SüdWest/Frage der Dringlichkeit
- * 1d Dringliche Interpellation Luisa Jakob (Fraktion SP und Junge SP) betr. Jugendkulturzentrum Provisorium 8/Frage der Dringlichkeit
2. Geschäftsordnung des Gemeindeparlamentes der Stadt Olten (SRO 121)/Teilrevision
3. Reglement über die Förderung des kulturellen Schaffens in Stadt und Region Olten (SRO 141.2)/Teilrevision
4. Parlamentarische Vorstösse/Begründung, Beantwortung und Weiterbehandlung
- * 4a Dringliche Interpellation Urs Knapp (FDP) betreffend Fragen zum dringenden Nachtragskredit für Planungskosten Neuer Bahnhofplatz Olten
- * 4b Dringlicher Vorschlag FDP betr. Verlegung Sportstätten nach Olten SüdWest
- * 4c Dringliche Interpellation Luisa Jakob (Fraktion SP und Junge SP) betr. Jugendkulturzentrum Provisorium 8
- ** 4.1. Motion Gökhan Karabas (SP/Junge SP-Fraktion) betr. Beschilderung der Unterführungen
- ** 4.2. Motion Arnold Uebelhart (SP) und Mitunterzeichnende betr. Friedhofreglement/Gemeinschaftsgräber
- ** 4.3. Postulat SP/Junge SP und Mitunterzeichnende betr. Lärmschutz aus Glas an der südlichen Bahnhofausfahrt
- ** 4.4. Interpellation Ernst Eggmann (SVP) und Mitunterzeichnende betr. Entwicklung der Buslinie 504
- ** 4.5. Interpellation Luisa Jakob (Junge SP) und Mitunterzeichnende betr. Notschlafstelle in Olten
- * Ergänzung der Traktandenliste
- ** verschoben auf Mai-Sitzung

* * *

Parlamentspräsident Matthias Borner begrüsst die Anwesenden zur heutigen Sitzung an diesem Donnerstag, wo wir offensichtlich einiges vor haben.

Mitteilungen

Parlamentspräsident Matthias Borner:

Totenehrung

Elisabeth Schibli war von 1973 bis 1989 in der Mädchenschulkommission und Ersatzmitglied im Wahlbüro Bifang von 1971 bis 1973. 1973 war sie eine der ersten fünf Kantonsrätinnen.

Susanne Geeler Stricker war von 2001 bis 2013 Mitglied der Musikschulkommission.

Die Anwesenden erheben sich zu Ehren der Verstorbenen von ihren Sitzen.

* * *

Vorstösse/Eingang

- Dringliche Motion Ernst Eggmann (SVP) betr. Beseitigung akuter Gefahr von Fussgängerstolperfallen
- Dringliche Interpellation Urs Knapp (FdP) betr. Fragen zum dringenden Nachtragkredit für Planungskosten neuer Bahnhofplatz Olten
- Dringlicher Vorschlag FdP betr. Verlegung Sportstätten nach Olten SüdWest
- Dringliche Interpellation Luisa Jakob und Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner betr. Provisorium 8
- Postulat SP/Junge SP betr. Kontrolle der Strassenbeleuchtung durch a.en
- Interpellation Grüne betr. Naturkonzept Olten
- Postulat Raphael Schär (GO) betr. Klimabündnis Städte Schweiz

* * *

Referendumsvorlage/Rechtskraft

Das Gemeindeparlament hat am 15. Dezember 2016 folgendem Geschäft zugestimmt:

- Personalgewinnungsmassnahme/Teilrevision Art. 22c Abs. 2 Personalreglement (SRO 131)
(*Beschluss Ziffer I./1.*)

Die Publikation über diese Vorlage erfolgte am 22. Dezember 2016 und die Referendumsfrist ist am 21. Januar 2017 abgelaufen.

Das Gemeindeparlament hat am 26. Januar 2017 folgenden Geschäften zugestimmt:

- Geschäftsordnung des Stadtrates von Olten (SRO 122)/Teilrevision
(*Beschluss Ziffer I./1.*)
- Teilauflösung der Arbeitgeberbeitragsreserve der Pensionskasse der Stadt Olten zur Abfederung der Folgen der Senkung des Umwandlungssatzes/Genehmigung
(*Beschluss Ziffern I./1. und I./2.*)

Die Publikation über diese Vorlage erfolgte am 2. Februar 2017 und die Referendumsfrist ist am 4. März 2017 abgelaufen.

Feststellung:

Es wird festgestellt, dass das Referendum gegen die vorstehenden Vorlagen in der festgesetzten Frist nicht ergriffen wurde und die Beschlüsse somit rechtskräftig sind.

* * *

Fraktionserklärungen

Ich versuche noch einen Hinweis zu geben. Es ist mir zu Ohren gekommen, dass es noch Fraktionserklärungen zur dringlichen Interpellation von Urs Knapp geben sollte. Man kann davon ausgehen, dass wahrscheinlich, wenn wir nachher über die Dringlichkeit reden, genau das Gleiche besprochen wird. Ich möchte Euch bitten, Euer Plädoyer entweder in der Fraktionserklärung oder dann in der Diskussion zur Dringlichkeit zu halten. Klar: Wenn wir es zweimal erzählen wollt, ist dies Euer Recht. Aber es ist nur eine Bitte meinerseits.

Beilage:
Vorstosstexte

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 23. März 2017

Prot.-Nr. 40

Erklärung Stadtpräsident betr. Nachtragskredit neuer Bahnhofplatz

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Am 20. Februar hat der Stadtrat einen Nachtragskredit beschlossen. Das ist soweit keinen Aufreger wert. Aber es ist ein dringlicher Nachtragskredit, und das ist etwas, jedenfalls seit ich in Olten tätig bin, in welcher Funktion auch immer, das einmalig ist und bis jetzt nicht erfolgt ist. Es ist auch so, dass die Liturgie der Information bei solch dringlichen Nachtragskrediten so erfolgt, dass man die GPK und auch das Parlament dann darüber orientiert. Im Wesentlichen geht es darum, dass man im Zusammenhang mit dem neuen Bahnhofplatz einen Kredit von Fr. 550'000.— im Budget genehmigt hat und dort ja auch die entsprechenden Arbeiten im Gang sind. Dort sind wir ja in einem sogenannten Verbund mit dem Kanton, mit der SBB und auch die Stadt hat ihren Beitrag zu leisten. Wir haben im Zusammenhang mit der Bearbeitung des Betriebs- und Gestaltungskonzepts schlussendlich auch festgestellt, dass dies eine anspruchsvolle Arbeit ist und dort vertiefte Nachbearbeitungen notwendig sind, insbesondere im Zusammenhang mit Kostenplausibilisierungen und Betriebsoptimierungen. Die Fr. 55'000.—, die im Budget soweit legitim und deklariert sind, haben nicht ausgereicht, um insbesondere die nachgeforderten Bereinigungen noch finanzieren zu können. Mit dem Budget 2016 haben wir die entsprechende Projektierungskredittranche von Fr. 300'000.— bereits veranschlagt und diesbezüglich schon angekündigt, dass dort weitere Vertiefungen stattfinden müssen. Durch einen Fehler der Einschätzung, und hier möchte ich und wir auch die Verantwortung übernehmen, sind wir davon ausgegangen, dass die Fr. 300'000.—, die bereits im Budget 2016 zwar niedergeschrieben sind, aber mit einer speziellen Vorlage, noch legitimiert werden müssen, wir aber davon ausgegangen sind, dass uns dies an und für sich genau reicht, um die sogenannten Nachbereinigungen zu machen. Als wir die entsprechenden Auslösungen tätigen wollten, hat auch die interne Kontrolle festgestellt, dass die Fr. 300'000.— in diesem Sinne noch nicht legitimiert sind. Das heisst, eine spezielle Vorlage und die entsprechende Mitwirkung des Volks hätten hier vonstatten gehen müssen. Gestützt von den Zeitverhältnissen und der Massnahmen, die am Laufen sind, hat der Stadtrat beschlossen, dass man die Fr. 300'000.— in diesem Sinne schon loslöst, in einem Zeitpunkt, wo wir davon ausgegangen sind, dass sie legitimiert sind. Das war in diesem Sinne ein Fehler und auch eine Fehleinschätzung. Wir haben, auch auf die laufenden Projekte und vor allem auf die Verfahren gestützt, im Stadtrat beschlossen, dass wir darauf und gestützt auf ein Notrecht, schlussendlich diese Fr. 300'000.— freigeben. Das bedingt auch, dass man den dringlichen Nachtragskredit gemäss Gemeindegesetz beantragen bzw. beschliessen und dann nachträglich zur Kenntnis bringen muss. Mit dem Vorstoss oder der Interpellation von Urs Knapp und Mitunterzeichnern besteht auch die Gelegenheit, das Verfahren, das in diesem Sinne bis jetzt einmalig, aber durchaus legitim ist, in diesem Rat darzulegen. Von daher möchte ich nicht mehr weiter auf Details eingehen. Wir sind vorbereitet, die dringlichen Fragen beantworten zu können.

Mitteilung an:
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 23. März 2017

Prot.-Nr. 41

Fraktionserklärung SP/Junge SP betr. Nachtragskredit neuer Bahnhofplatz

Dr. Rudolf Moor: Ich rede jetzt gerade zu dem, worüber Martin auch gesprochen hat. Die Fraktion SP/Junge SP bemängelt das Vorgehen des Stadtrats in Zusammenhang mit der Überschreitung des Planungskredits für die Neugestaltung des Bahnhofs. Wir anerkennen, dass es sich bei der Umgestaltung des Bahnhofplatzes um ein Projekt handelt, das von der Stadt Olten eine absolut unübliche Komplexität und auch eine unübliche Grösse hat. Wir anerkennen auch, dass das Vorgehen des Stadtrats offenbar legal ist, wenn vielleicht auch etwas an der Grenze der Legalität, aber es scheint nicht illegal zu sein. Was wir aber bemängeln ist, dass der Stadtrat aus unserer Sicht politisch nicht unbedingt gut gehandelt hat und damit ein wichtiges Projekt, ein Projekt, das uns extrem am Herzen liegt, und wo wir auch möchten, dass es gut und rasch vorankommt, eventuell in ein schlechtes Licht rücken lässt und zwar nicht die Kostenüberschreitung, sondern das Projekt. Wir fragen uns, wieso der Stadtrat die Krediterhöhung nicht zum Beispiel als Beschluss zur Kenntnisnahme vorgelegt hat. Damit hätte man keine Zeit verloren, und man hätte einen legitimeren Anspruch erfüllt. Auch aus demokratischer Sicht wäre es vorteilhafter gewesen. Völlig unverständlich ist für uns der Umstand, dass man den Entschluss offenbar bereits am 20. Februar gefällt hat, aber erst am Donnerstag, 16.3. an die Parlamentsmitglieder verteilt hat. Auch das ist nicht illegal. Aber es ist aus unserer Sicht nicht geschickt. Wir wollen ja konstruktive Politik machen. Wir wollen ja nicht destruktiv sein. Uns ist es ein Anliegen, dass man eben Vertrauen in die Politik hat. Solche Projekte bringt man nur durch, wenn man Vertrauen in die Politik hat. Darum geht es hier letztendlich. Das ist der Weg, weshalb wir die Fraktionserklärung gewählt und nicht selber einen Vorstoss gemacht haben. Wir unterstützen aber jetzt die Dringlichkeit des Vorstosses der FdP, und damit sage ich obrigkeitsgläubig bereits im Voraus, was ich nachher gesagt hätte: wir sind einverstanden und unterstützen natürlich auch die bereits publizierte Medienmitteilung der Jungen SP Region Olten. Wir erhoffen uns für die Zukunft einfach etwas mehr Fingerspitzengefühl und etwas mehr Sinn für legitime Ansprüche an ein demokratisches Handeln. Nicht zuletzt ist vielleicht auch noch eine Frage ans Parlament erlaubt, ob solche Fehler möglicherweise nicht auch die Folge eines doch etwas zu weit gegangenen Stellenabbaus sind.

Mitteilung an:
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 23. März 2017

Prot.-Nr. 42

Dringliche Motion Ernst Eggmann (SVP-Fraktion) und Mitunterzeichnende betreffend Beseitigung akuter Gefahr von Fussgänger-Stolperfallen/Frage der Dringlichkeit

Ernst Eggmann: Es ist nicht getan, indem man nur eine Fussgängerzone einrichtet. Man muss auch ab und zu einmal die sicherheitsrelevanten Sachen überdenken und umsetzen. Wovon rede ich? Ich bin an einem Donnerstag an einem wunderbaren Konfi-Stand gestanden und habe eine sehr elegante Dame gesehen, die von der Mühlegasse Richtung Kirchgasse ging. Dann läuft sie so daher und kommt auf diesen Absatz, über den ich jetzt dann reden möchte. Das muss ich auf Glarner Deutsch sagen. Dann stolpert sie gottsjämmerlich über diese Stufen und fällt dermassen um, dass sie ihr Knie aufgeschlagen hat und ihre Hände wurden aufgeschürft. Das, meine Damen und Herren, geschätzte Kollegen, finde ich, ist nicht würdig, wenn man die Leute in Fussgängerzonen stolpern lässt, und das muss beseitigt werden.

Fritz Buser: Die Fraktion SP/Junge SP sieht keinen Grund, dieses Geschäft als dringlich zu behandeln. Die erwähnte Situation besteht schon längere Zeit. Übrigens gibt es in der ganzen Stadt genau solche Stolpersteine. Ich bin etwas sensibilisiert worden. Man könnte bei Olten fast von einer Stumble-City sprechen. Die Kante hat eine Aufgabe für die Mobilität von Blinden. Sie ist, wie vom Motionär erwähnt, auf gesetzliche Grundlagen gestützt. Vielleicht gäbe es ja eine gangbare Lösung. Besonders vorteilhaft scheinen mir als ein Vorschlag Kaltplastiklinien zu sein. Aber das sollte man mit den entsprechenden Fachleuten, die wir in Olten haben, absprechen. Ich schlage vor, dass jemand von der Bauverwaltung oder der Bauverwalter selber und eine Fachperson der Beratungsstelle für Blinde und Sehbehinderte sich mit dem Motionär vor Ort treffen und dies einmal anschauen. Ich komme selber aus dem Sehbehindertenwesen. Ich bin sogar derjenige, der die erwähnten Kaltplastikstreifen auf den Bahnhöfen etc. in der Schweiz eingeführt hat. Ich habe sie aus Wien mitgebracht. Das ist besser als eine Lösung, die vielleicht, wie dies im Bahnhof in Zürich passiert ist, dann wieder rückgängig gemacht werden muss, weil es dann eben nicht mehr den Normen entspräche. Es könnte aber auch sein, dass dies, wenn man nicht eine ganz saubere Lösung trifft, einfach eine andere Form von Stolperfallen bringt. In diesem Sinne: Bitte das Ganze noch einmal anschauen und auf gute Grundlage stellen!

Anita Huber, Fraktion Grüne: Das Problem ist ziemlich komplex. Vorgeschrieben sind eben für die Blinden, damit sie mit dem Blindenstock den Unterschied zwischen Fussgängerbereich und Strassenbereich spüren, entweder eine harte Drei-Zentimeter-Kante oder eine abgeflachte Vier-Zentimeter-Kante. Die Procap-Bauberatung empfiehlt eigentlich mehr die abgeflachte Vier-Zentimeter-Kante, weil sie für Rollstuhl und andere Leute verträglicher ist. Sowohl die Drei Zentimeter-Kante als auch die vier-Zentimeter abgeflachte Kante können Stolperfallen sein. Das Problem lässt sich nicht so schnell lösen. Deshalb sagen wir auch nicht, dass es dringlich ist, sondern empfehlen eher die Suche nach einer guten Lösung.

Muriel Jeisy, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Ich möchte mich wirklich nur auf die Dringlichkeit beschränken, weil ich glaube, dass das Anliegen bekannt ist und soweit ich weiss, der Stadt auch schon mitgeteilt worden, sicher auch berechtigt und gut, dass man dort genau hinschaut. Ich weiss auch schon von Unfällen mit Velos, nicht nur mit Fussgängern. Aber dringlich sehen wir dies jetzt wirklich nicht, sondern dass man dies gut abklären und

anschauen muss. Es ist ja nicht so, dass gleich um Tote geht. Ich glaube, hier hätte man zuerst noch grössere Baustellen zu beseitigen.

Beschluss

Mit 41 : 5 Stimmen wird die Dringlichkeit abgelehnt.

Mitteilung an:
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 23. März 2017

Prot.-Nr. 43

Dringliche Interpellation Urs Knapp (FDP) betreffend Fragen zum dringenden Nachtragskredit für Planungskosten Neuer Bahnhofplatz Olten/Frage der Dringlichkeit

Urs Knapp: Wir sind nicht mit der Einladung vom 4. oder 5. März über das Geschäft informiert worden. Nach meiner Information wurde auch die GPK in der Einladung nicht informiert, sondern wir haben letzte Woche vier Seiten Papier erhalten, das meiner Meinung nach und nach der Meinung von verschiedensten Mitunterzeichnenden aus verschiedensten Fraktionen viele Fragen noch offenlässt. Wir sind der Meinung, diese Fragen müssen jetzt diskutiert werden. Es muss geklärt werden, dass man gemeinsames Verständnis hat: Was ist passiert? Welche Lehren hat man daraus gezogen, und wie verhindert man, dass so etwas in Zukunft nicht mehr passiert? Der Hintergrund der Dringlichkeit ist zum einen, weil der Stadtrat jetzt informiert, ist dies der richtige Zeitpunkt, darüber zu diskutieren, und der zweite Punkt ist, dass es in dieser Stadt zwei ganz grosse Planungsarbeiten gibt, eine ist beim Bahnhofplatz, die andere ist die Neuüberprüfung des Gestaltungsplans Olten SüdWest. Dort laufen Planungsarbeiten. Wenn wir im System der Planung Fehler haben, die systembedingt sind, müssen wir sie jetzt entdecken und bereinigen. Wir haben die Interpellation und die Diskussion, die dabei helfen. Von daher danke ich Euch, bitte ich Euch, dass Ihr der Dringlichkeit zustimmt, damit wir diese Klärungen vornehmen können.

Beschluss

Mit 40 : 6 Stimmen wird der Dringlichkeit zugestimmt.

Mitteilung an:
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 23. März 2017

Prot.-Nr. 44

Dringlicher Vorschlag FDP betr. Verlegung Sportstätten nach Olten SüdWest/Frage der Dringlichkeit

Daniel Probst: In der Kommission für Stadtentwicklung vom 2. März hat der Stadtrat über die laufenden Planungsarbeiten des angepassten Gestaltungsplans informiert und dort gesagt, dass man bis Mai schon konkrete Vorschläge haben möchte. Das heisst, wenn wir bei der Politik noch darüber diskutieren wollen, müssten wir diese Diskussion heute führen. Deshalb ist aus unserer Sicht die Dringlichkeit gegeben, und wir würden Sie bitten, ihr zuzustimmen.

Beatrice Schaffner: Die CVP/EVP/GLP-Fraktion unterstützt die Dringlichkeit und zwar aus den Gründen, die Daniel Probst ausgeführt hat, weil wir mit dieser Sportstättenverlegung einfach keine Zeit mehr verlieren möchten.

Doris Känzig, SVP-Fraktion: Es gibt bei dieser Angelegenheit noch zu viele unbekannte Faktoren. Ist der Grundeigentümer einverstanden? Das wissen wir nicht. Wie sind die Auswirkungen auf das angrenzende Naturschutzgebiet, wo es einzelne geschützte Tierarten hat, die bereits wieder ausgezogen sind, seit Olten SüdWest bevölkert ist? Eine dringliche Behandlung würde sich zwar als Wahlkampfthema aufdrängen, der Sache selber aber eher schaden. Deshalb sind wir gegen die Dringlichkeit.

Dr. Christine von Arx: Die Fraktion der SP/Jungen SP ist gegen die Dringlichkeit dieses Geschäfts. Bei der Verlegung der Sportstätten vom Kleinholz nach Olten SüdWest handelt es sich um eine sehr wichtige Frage, die man in Ruhe prüfen muss. Es geht um viel Geld, um eine langfristige Planung, um rechtliche Fragen, Fragen zur Entwicklung der Stadt und des Quartiers, der Verkehrsanbindung und noch vielem mehr. Finanziell muss man sich nicht nur mit der Frage auseinandersetzen: Rentiert es sich im Hinblick auf die Abschreibungen, sondern auch rentiert es sich, wenn man dann gegenrechnet, was die erneute Sanierung dieser Sportstätten im Kleinholz, also eine Gesamtabschreibung, bedeuten würde? Es ist auch etwas komisch, dass jetzt über Geld befunden wird, das im Moment nicht vorhanden ist, hat man doch aus finanziellen Gründen in letzter Zeit massiv gespart und auf Andaare oder auch auf die Unterführung nach Olten SüdWest verzichtet. Auch die rechtlichen Fragestellungen sind nicht ganz ohne. Es gibt einen gültigen Gestaltungsplan, der im Moment nicht gegen den Willen des Eigentümers abgeändert werden kann. Alles andere würde dann schon sehr in die Nähe einer Enteignung kommen. Als Zusammenfassung: Wenn die FdP will, dass man diesen Vorstoss wirklich seriös prüft, kann man dies nicht dringlich machen. Es braucht Zeit dafür. Zeit genug hat man, auch wenn dieser Gestaltungsplan bis im Mai fertig sein soll. Das ist immer noch nicht in den nächsten paar Tagen. Im Moment ist bei uns mehr etwas das Gefühl entstanden, dass es sich hier um eine Schaumschlägerei für den Wahlkampf handelt und nicht um die Durchsetzung eines ernsthaft gemeinten Anliegens.

Myriam Frey Schär: Die Grüne Fraktion ist für die Dringlichkeit, weil wir der Meinung sind, nach all diesen verpassten Chancen, dieses Thema noch einmal anzuschauen, wollen wir nicht noch einmal eine dazu tun.

Beschluss

Mit 27 : 19 Stimmen wird der Dringlichkeit zugestimmt.

Mitteilung an:
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 23. März 2017

Prot.-Nr. 45

Dringliche Interpellation Luisa Jakob (Fraktion SP und Junge SP) betr. Jugendkulturzentrum Provisorium 8/Frage der Dringlichkeit

Luisa Jakob: Nur ganz zur Dringlichkeit: Wir waren ja schon besorgt, als sich aufgezeigt hat, dass der Trägerverein die Arbeit nicht weiter tragen kann und die Führung zur Stadt übergeht. Wir haben uns dann leider von dieser Medienmitteilung der Stadt im Februar etwas beruhigen lassen. Es hat sich jetzt allerdings gezeigt, dass die Kontaktaufnahmen mit dem Provisorium 8 sehr schwierig sind, dass es nicht klar ist, wann die Öffnungszeiten sind, dass die aktuelle Situation auf der Homepage auch nicht so deutlich aufgezeigt wird und wir uns etwas fragen, was genau läuft. Es macht den Anschein, als ob die Jugendarbeit momentan sehr auf Eis gelegt ist. Deshalb ist die Dringlichkeit gegeben. Schliesslich ist schon März, und es wäre einfach schade, wenn das Budget brach liegen würde und nicht gebraucht wird.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Mein Vor-Vor-Vorgänger hat einmal gesagt: Kommt es Motionen hageln, kommt es auch wählen. In diesem Zusammenhang haben offenbar, Luisa, auch Du und Deine Entourage nicht festgestellt, dass es eigentlich gar nicht mehr um das Provisorium 8, sondern um die Jugendarbeit geht, die ins Budget 2017 aufgenommen wurde. Selbstverständlich sind diese Fragen wichtig. Wir sind auch vorbereitet, können diese Antworten geben und erachten dies durchaus als Möglichkeit, auch hier diese Plattform zu bieten. Es geht um die Jugendarbeit und nicht um das Provisorium 8.

Doris Känzig, SVP-Fraktion: Der Verein Provi 8 hat ja seine Aufgabe niedergelegt. Jetzt kann man nicht vom Stadtrat in kurzer Zeit ein Wunder erwarten. Es ist ja ein Nachtragskredit gesprochen worden, und der Stadtrat hat informiert, dass ein neues Konzept bis Ende August 2017 stehen wird. DAS BISPO ist hier daran, man soll jetzt abwarten und keinen Schnellschuss erwarten.

Michael Neuenschwander: Die Grünen unterstützen die Dringlichkeit, unabhängig von irgendwelchen Wahlkampfgeplänkeln, weil die Situation ja jetzt dort brennt. Wir sind froh, wenn der Stadtrat dort schon Antworten vorbereitet hat, und würden die Dringlichkeit unterstützen.

Beschluss

Mit 25 : 19 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird der Dringlichkeit zugestimmt.

Mitteilung an:
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 23. März 2017

Prot.-Nr. 46

Geschäftsordnung des Gemeindeparlamentes der Stadt Olten (SRO 121)/Teilrevision

1. Ausgangslage

In der Volksabstimmung vom 5. Juni 2016 wurden vier Teilrevisionen der Gemeindeordnung angenommen (Verkleinerung des Parlaments, Direktionszuteilung durch den Stadtrat, Reduktion der Anzahl ausserparlamentarischer Kommission, Anpassungen an übergeordnetes Recht). Anlässlich der Sitzung vom 29. September 2016 hat das Gemeindeparlament eine Teilrevision der Geschäftsordnung des Stadtrats von Olten zurückgewiesen. In der Folge ist am 23. November 2016 eine überparteiliche dringliche Motion betreffend Revision der Geschäftsordnung des Gemeindeparlamentes der Stadt Olten durch die Spezialkommission für eine Totalrevision der Gemeindeordnung (SpezKo) beschlossen worden.

Die SpezKo hat an drei Sitzungen getagt und den nun vorliegenden Bericht und Antrag im Rahmen eines Zirkulationsbeschlusses verabschiedet. Mitglieder der Spezialkommission waren: Christine von Arx (Präsidentin, SP), Ernst Eggmann (SVP), Christoph Fink (CVP), Max Husi (FDP), Urs Knapp (FDP), Ruedi Moor (SP) und Felix Wettstein (Grüne). Stadtschreiber Markus Dietler führte das Sekretariat.

Mit der nun vorliegenden Teilrevision der Geschäftsordnung des Gemeindeparlamentes werden die aufgrund der Teilrevision der Gemeindeordnung notwendigen Anpassungen der Geschäftsordnung des Gemeindeparlamentes vorgenommen. Gleichzeitig werden einzelne Bestimmungen an die aktuelle Praxis des Parlamentsbetriebs angepasst und redaktionelle Änderungen zur besseren Verständlichkeit vorgenommen. Auch wenn an relativ vielen Bestimmungen eine Änderung vorgenommen wird, so handelt es sich hier um eine Teilrevision. Eine Totalrevision liegt nur vor, wenn eine neue Systematik angestrebt wird oder inhaltlich wesentliche Änderungen vorgenommen werden. Beides ist hier nicht der Fall.

Bei einer kritischen Durchsicht der geltenden Geschäftsordnung des Gemeindeparlamentes und einem Vergleich mit dem Gemeindegesetz des Kantons Solothurn hat sich zudem ein zusätzlicher Revisionsbedarf ergeben. Einige Bestimmungen entsprechen nicht vollständig dem kantonalen Recht (z.B. Ausstandspflicht). Bei der Überarbeitung der Regelung der Ausstandspflicht wurde auch die Offenlegung der Interessenbindungen eingefügt. In Anpassung an das Gemeindegesetz sind die Behandlungsabläufe von Motionen und Postulaten sprachlich klarer formuliert worden. Zudem sind Behandlungsfristen für die Vorstösse eingefügt und für die Behandlung von Sachgeschäften klarer geregelt worden. Zusätzlich wurde ein neues parlamentarisches Instrument (parlamentarischer Antrag) geschaffen.

2. Bemerkungen zu einzelnen Bestimmungen

Vorbemerkung

Zur besseren Verständlichkeit und Übersichtlichkeit werden die einzelnen Absätze in den Artikeln neu konsequent durchnummeriert. Da es sich dabei nicht um eine inhaltliche Änderung der einzelnen Bestimmungen handelt, sondern nur um redaktionelle Änderungen, sind sie nicht Gegenstand der vorliegenden Teilrevision.

Art. 1

Es soll eine rasche Handlungsfähigkeit des Gemeindeparlaments ermöglicht werden, da die Amtsperiode jeweils am 1. August beginnt.

Titel vor Art. 3, Art. 3 Abs. 2

Redaktionelle Anpassung an die teilrevidierte Gemeindeordnung.

Art. 3^{bis}

Durch die Teilrevision der Gemeindeordnung wurde neu eine Finanzkommission (FiKo) geschaffen, um die finanzielle Kontrolle des Stadtrats und der Verwaltung zu erhöhen. Diese Kommission sollte deshalb frühzeitig die relevanten Informationen erhalten. Es erscheint deshalb sachgerecht, dass ausdrücklich festgehalten wird, dass sie die Nachtragskredite und Kreditabrechnungen zur Kenntnis nimmt. Die entsprechende Informationspflicht des Stadtrats ist in der Teilrevision der Geschäftsordnung des Stadtrats von Olten vom 26. Januar 2017 in Art. 20^{bis} aufgenommen worden. Ebenso ist festzuhalten, dass die Finanzkommission das Gemeindeparlament mindestens einmal im Jahr über ihre Tätigkeit informiert. Es steht der Finanzkommission dabei frei, wie und wann sie informieren will. Im Übrigen entspricht die Bestimmung über die Finanzkommission derjenigen über die Geschäftsprüfungskommission (GPK).

Art. 4 Abs. 2

Es erscheint sinnvoll, wenn die Geschäftsprüfungskommission dem Gemeindeparlament regelmässig über ihre allgemeine Aufsichtstätigkeit über die Verwaltung Bericht erstattet. Es wird ihr freigestellt, selber über die Art und den Zeitpunkt der Berichterstattung zu befinden.

Art. 4 Abs. 4

Die GPK hat einen gesetzlich festgelegten Auftrag. Es ist nicht notwendig, ein separates Pflichtenheft zu erlassen. Im Übrigen ist dieser Bestimmung in der Vergangenheit nicht immer nachgekommen worden.

Art. 8 Abs. 1 line 3

Die ordentlichen ausserparlamentarischen Kommissionen werden per 1. August 2017 aufgelöst. Da es nach wie vor die Altstadtkommission und die Baukommission gibt und weiterhin nichtständige ausserparlamentarische Kommission eingesetzt werden können, muss diese Bestimmung beibehalten werden.

Art. 9 Abs. 2

Es handelt sich um Unterlagen einer öffentlichen Sitzung, welche somit allgemein zugänglich sind. Sie sind deshalb nicht nur den Parlamentsmitgliedern zugänglich zu machen. Durch die gewählte Formulierung soll aufgezeigt werden, dass verschiedene Publikationsformen gewählt werden können (Versand an Interessierte, Publikation im Internet etc.). Der Entscheid über die Art und Weise der Publikation obliegt dem Büro des Gemeindeparlaments.

Art. 10 Abs. 1

Es handelt sich um eine Doppelspurigkeit. Es reicht aus, wenn diese Aufgabe durch das Büro des Gemeindeparlaments wahrgenommen wird.

Art. 12

Die Mitglieder des Gemeindeparlaments sind vom Volk gewählt und können nicht dauernd vom Parlament ausgeschlossen werden.

Art. 19

Das Rauchverbot wird durch übergeordnetes Recht geregelt.

Art. 20

Es gibt keine Beamtinnen und Beamten mehr, sondern nur noch Mitarbeitende der Stadtverwaltung. Für deren Beizug in eine Parlamentssitzung ist eine Absprache mit dem Stadtrat sinnvoll, da es zu einem Loyalitätskonflikt kommen könnte. Demgegenüber bedarf es für den Beizug aussenstehender Sachverständiger keine Zustimmung des Stadtrats, da sich die Frage des Loyalitätskonflikts nicht stellt.

Art. 23

Anpassung zufolge Verkleinerung des Gemeindeparlaments.

Art. 26

Eintretensdebatten können nur bei Sachgeschäften geführt werden, nicht aber bei persönlichen Vorstössen und Wahlgeschäften.

Art. 27

Voraussetzung für die Beratung eines Geschäfts ist, dass darauf eingetreten wird. Erst anschliessend erfolgt die ordentliche Diskussion.

Art. 28 Abs. 4

Neuformulierung zur besseren Verständlichkeit. Unbestritten ist, dass ein Fraktionssprecher oder eine Fraktionssprecherin nur ein Votum abgeben darf.

Art. 29 Abs. 1

Bei der Beratung eines Geschäfts wird zuerst über das Eintreten befunden (siehe Art. 26 und 27). Anschliessend findet die ordentliche Beratung statt. Es ist dann nicht mehr möglich, erneut über das Eintreten zu befinden. Es können nur noch Ordnungsanträge über die Verschiebung eines Geschäfts, die Rückweisung eines Geschäfts, den Schluss der Diskussion oder die Handhabung der Geschäftsordnung gestellt werden. Neu wird auch die Möglichkeit des Unterbruchs der Sitzung (Time-out) ausdrücklich in die Geschäftsordnung aufgenommen.

Art. 30

Es muss nicht ausdrücklich geregelt werden, dass das Ratspräsidium die Beratungen schliesst, wenn keine Wortbegehren mehr gestellt werden. Gleiches gilt, wenn einem entsprechenden Ordnungsantrag stattgegeben wird. In diesem Zusammenhang ist auch nicht ersichtlich, weshalb für einen Ordnungsantrag auf Schluss der Debatte ein Quorum von $\frac{2}{3}$ der Ratsmitglieder verlangt wird, nicht aber für die anderen Ordnungsanträge. Ebenso ist es nicht notwendig, dass noch ein Mitglied jeder Fraktion, einem Vertreter oder einer Vertreterin der zuständigen Kommission sowie einem Vertreter oder einer Vertreterin des Stadtrats das Wort zu erteilen ist.

Art. 33

Art. 32 Abs. 1 und 2 der Geschäftsordnung des Gemeindeparlaments entsprechen wörtlich § 117 Abs. 1 und 2 des Gemeindegesetzes. Es handelt sich dabei um zwingendes kantonales Recht, welches durch die Gemeinden nicht abgeändert werden kann, da es die Rechtsstellung der Gemeindeangehörigen betrifft (siehe § 1 Abs. 1 lit. a GG). Aus diesem Grund ist es auch fraglich, ob es zulässig ist, Zuschauerinnen und Zuschauer, welche befangen sind, des Ratssaales zu verweisen. Eine solche Regelung ist im Gemeindegesetz nicht vorgesehen und auch nur schwer überprüf- und durchsetzbar. Aufgrund der verschiedenen Diskussionen in jüngster Zeit erscheint es allerdings sinnvoll, § 117 Abs. 3 GG in das Geschäftsreglements des Parlaments aufzunehmen.

Die SpezKo hat ausdrücklich auf eine Neuformulierung der Ausstandsregelung verzichtet, da mit jeder Änderung die Gefahr besteht, dass von § 117 GG abgewichen wird. § 117 GG würde als zwingendes Recht aber in jedem Fall vorgehen, so dass eine eigene Regelung nur für Verwirrung sorgen und die Rechtsanwendung erschweren würde, da Art. 33 der Geschäftsordnung des Gemeindeparlaments nicht dem geltenden Recht entsprechen würde. Durch die Ausstandsregeln soll garantiert werden, dass einzelne Personen nicht unbotmässig bevorteilt werden („Begünstigung“). Eine solche „Begünstigung“ ist allerdings nur möglich, wenn das betroffene Behördenmitglied Kenntnis davon hat, dass sein Ehegatte, seine Angehörigen oder seine unmittelbaren Vorgesetzten an der zu behandelnden Angelegenheit ein persönliches Interesse besitzen. Nach der regierungsrätlichen Praxis zur Ausstandspflicht genügt nicht jedes Interesse, welches ein Behördenmitglied am Ausgang eines Geschäfts besitzt, um dessen Ausstand zu rechtfertigen. Der Kreis der Ausstandspflichtigen soll nicht zu weit gezogen werden. Um die Frage zu beantworten, wer ein persönliches Interesse an der zu behandelnden Angelegenheit hat, wird daher von formellen Voraussetzungen (verwandschaftliche Verhältnisse, Vorbefassung) ausgegangen. Dies ist auch notwendig, da die Intensität eines persönlichen Interesses nicht im Einzelnen überprüft werden kann. Keine Ausstandspflicht liegt beispielsweise vor, wenn über den Erlass eines Reglements (z.B. Steuerreglement) befunden wird, da jeder Einwohner davon betroffen ist. Auch ist es nicht sachdienlich, wenn beispielsweise Eltern bei allen schulischen Angelegenheiten in den Ausstand treten müssten. Dies soll durch den neuen Abs. 4 von Art. 33 des Geschäftsreglements des Gemeindeparlaments verdeutlicht werden, welcher § 117 Abs. 3 des Gemeindegesetzes entspricht (siehe Regierungsratsbeschluss vom 22. Februar 2005, 2005/481). Demgegenüber besteht eine Ausstandspflicht, wenn ein Behördenmitglied innerhalb einer Organisation (Firma, Stiftungen, Verbänden, Vereine etc.) eine Position innehat, die für die Organisation von richtungsweisender Bedeutung ist, oder zumindest wenn das Behördenmitglied in direkter Verbindung zu solchen Geschäftsträgern steht. Als äusseres Anzeichen für die Bedeutung einer Person für eine Organisation stellt z.B. die Zeichnungsberechtigung dar. Andererseits reicht das Vorliegen eines Arbeitsverhältnisses für eine untergeordnete Stelle, die Stellung als Kleinaktionär oder die Position eines Zulieferers nicht aus, um eine Ausstandspflicht begründen zu können (siehe Regierungsratsbeschluss Nr. 1554 vom 10. August 1999, GER 1999 Nr. 12). Letztendlich muss die Frage des Ausstands eines Behördenmitglieds in jedem Einzelfall aufgrund der konkreten Umstände geprüft werden. Eine detaillierte gesetzliche Regelung ist nicht möglich.

Art. 33^{bis}

Um die Ausstandsregeln durchsetzen zu können, ist es unerlässlich, dass die einzelnen Parlamentsmitglieder ihre Interessenbindungen offen legen. Art. 33 und 33^{bis} haben deshalb einen inneren Zusammenhang und müssen entsprechend ausgelegt werden. Auch ohne Offenlegung der Interessen sind die Ausstandsregeln in jedem Fall zu beachten, muss doch ein Ausstand nicht begründet werden. Es obliegt jedem Parlamentsmitglied selber, die entsprechenden Angaben zu machen. Eine Verletzung der Bestimmung über die Offenlegung von Interessenbindung hat keine Folgen. Erst die Verletzung der Ausstandspflichten kann zur Anfechtbarkeit von Beschlüssen führen. Letztendlich soll durch die Offenlegung der Interessenbindung ein legitimes Interesse der Bevölkerung befriedigt werden. Zudem schafft es Transparenz und dadurch hoffentlich ein grösseres Vertrauen in die parlamentarische Arbeit.

Die hier gewählte Formulierung entspricht derjenigen des neuen Art. 9^{bis} der Geschäftsordnung des Stadtrats von Olten.

Sinnvollerweise überprüft das Büro jährlich, ob die Angaben noch aktuell sind, indem es die Mitglieder des Gemeindeparlaments auffordert, ihre Angaben zu aktualisieren, falls dies nicht bereits geschehen ist.

Art. 34

Die finanzielle Tragweite eines Antrags muss bekannt sein, da je nach Betrag ein obligatorisches oder fakultatives Referendum notwendig ist. Da ein Referendum allerdings nur bei zusätzlichen Ausgaben möglich ist, rechtfertigt sich eine Präzisierung dieser Bestimmung. Durch die Verwendung des Begriffs „ausgewiesen“ soll verdeutlicht werden,

dass nicht ein genauer, verbindlicher Betrag bekannt sein muss, sondern nur eine ungefähre Schätzung.

Art. 38 und 41

Es erscheint sinnvoll, die Bestimmungen über die speziellen Abstimmungsformen (geheime Stimmabgabe und Abstimmung unter Namensaufruf) in einer Bestimmung zu regeln und gleichzeitig das Vorgehen bei der Annahme beider Anträge festzulegen. Dies dient der besseren Verständlichkeit.

Art. 39

Abs. 1: Hier handelt es sich um eine Anpassung an die gängige Praxis.

3. Absatz: Diese Bestimmung ist nicht nötig, da schon durch Art. 39 Abs. 2 geregelt.

Art. 44 Abs. 1

Redaktionelle Änderung zur besseren Verständlichkeit.

Art. 53 Abs. 2

Die Erwähnung des amtlichen Publikationsorgans dient der besseren Verständlichkeit.

Art. 54

Es gibt als ständige parlamentarische Kommissionen die Geschäftsprüfungskommission und die Finanzkommission, welche Sachgeschäfte vorberaten. Deren Zuständigkeit sind in der Gemeindeordnung geregelt (Art. 31 und 31a). Das Büro hat allerdings die Möglichkeit, ein Sachgeschäft beiden parlamentarischen Kommissionen zuzuweisen, beispielsweise wenn ein Geschäft grosse finanzielle Auswirkungen hat (Art. 30 Abs. 2 lit. b Gemeindeordnung). Ebenso besteht die Möglichkeit, ein Geschäft einer nichtständigen Kommission, gegebenenfalls auch der Baukommission oder der Altstadtkommission zuzuweisen.

Art. 55 Abs. 2

Diese Bestimmung ist weiterhin notwendig, da nicht ständige Kommissionen gebildet werden können. Es rechtfertigt sich allerdings eine Reduktion der Maximalgrösse auf 9 Mitglieder, da grössere Kommissionen ineffizient sind.

Art. 56

Abs. 1: Regelung für sämtliche Kommissionen. Bisher war keine Bestimmung für die nicht ständigen Kommissionen vorhanden.

Abs. 3: Integration der Finanzkommission.

Art. 59

Anpassung der Begriffe zur besseren Verständlichkeit.

Art. 61^{bis}

Die Schaffung des Instruments einer parlamentarischen Initiative ist notwendig, damit das Parlament selber den Ratsbetrieb regeln bzw. eigenständig Reglements- und Beschlussesentwürfe vorzubereiten kann. Damit wird eine ausdrückliche Regelung für die Anträge geschaffen, welche zur Teilrevision der Gemeindeordnung und der vorliegenden Teilrevision der Geschäftsordnung des Gemeindeparlaments der Stadt Olten geführt haben.

Art. 62

Die Erwähnung von Fraktionen oder mehreren Parlamentsmitgliedern ist nicht nötig.

Art. 63-69 (Parlamentarische Vorstösse)

Durch die Änderungen in diesen Bestimmungen sollen die einzelnen parlamentarischen Mittel klarer definiert werden. Zusätzlich sollen die einzelnen Verfahren besser verständlich dargestellt werden. Zudem soll durch klare Fristen die Behandlungszeit gesteuert werden. Bei der vorgeschlagenen Systematik handelt es sich um eine Anlehnung an kantonale Regelungen (Kantonsratsgesetz [§ 35 ff.], Landratsgesetz BL [§ 34 ff.]), an die entsprechenden Bestimmung der Eidgenössischen Räte (Parlamentsgesetz [Art. 118 ff.]

und die Vorgaben aus dem Gemeindegesetz (§ 42 ff.). Es soll verdeutlicht werden, dass Motionen und Postulate jeweils in zwei Phasen behandelt werden. Zuerst erfolgen in einem eher summarischen Verfahren die Erheblicherklärung und damit die Überweisung des Geschäfts an den Stadtrat zur weiteren Behandlung. In der zweiten Phase wird der konkrete Bericht und Antrag des Stadtrats, welcher der Umsetzung der Motion entspricht (z.B. ein Gesetzes bzw. eine Gesetzesänderung oder Antrag auf Gewährung eines Projektierungskredits) im Gemeindeparlament behandelt. Bei Postulaten erfolgt lediglich eine Berichterstattung durch den Stadtrat, da es sich nur um einen Prüfungsauftrag handelt. Sieht der Stadtrat einen Handlungsbedarf, hat er einen eigenen Antrag an das Gemeindeparlament zu stellen. Gemeindeparlamentarier müssen eine Motion ergreifen. Da im Einverständnis eines Motionärs die Umwandlung einer Motion in ein Postulat möglich ist, kann verhindert werden, dass in denjenigen Fällen, in denen der Umsetzungsaufwand unklar ist, dem Stadtrat gleich ein verbindlicher Auftrag erteilt wird.

Art. 71 Abs. 3

Anlässlich der Sitzung vom 26. Januar 2017 ist bei der Einführung von Art. 9^{bis} (Offenlegung der Interessenbindungen) ein Vorbehalt in Art. 42 eingefügt worden, wonach Art. 9^{bis} nur in Kraft tritt, wenn eine analoge Regelung in die Geschäftsordnung des Gemeindeparlaments der Stadt Olten eingefügt wird. Dies ist nun mit Art. 33^{bis} geschehen. Der entsprechende Vorbehalt muss deshalb gestrichen werden.

Teilrevision Geschäftsordnung des Gemeindeparlaments (SRO 121) / Synopse

alt	
Das Gemeindeparlament gestützt auf Art. 21 der Gemeindeordnung beschliesst:	Das Gemeindeparlament gestützt auf Art. 21 der Gemeindeordnung beschliesst:
I. Konstituierung	I. Konstituierung
<p>Art. 1 Einberufung und Eröffnung der konstituierenden Sitzung</p> <p>Das Gemeindeparlament tritt nach seiner Gesamterneuerungswahl zur konstituierenden Sitzung und allenfalls zur Behandlung von Sachgeschäften zusammen. Die Sitzung wird vom Stadtrat spätestens Ende September des Wahljahres einberufen.</p> <p>Das nach Lebensjahren älteste bisherige Parlamentsmitglied eröffnet die Sitzung, leitet sie und führt den Vorsitz bis nach der Wahl des Büros.</p>	<p>Art. 1 Einberufung und Eröffnung der konstituierenden Sitzung</p> <p>¹ Das Gemeindeparlament tritt nach seiner Gesamterneuerungswahl zur konstituierenden Sitzung und allenfalls zur Behandlung von Sachgeschäften zusammen. Die Sitzung wird vom Stadtrat spätestens Ende August des Wahljahres einberufen.</p> <p>²(...)</p>
II. Büro, Oberaufsicht, Fraktionen, Stadtkanzlei	II. Büro, Oberaufsicht, Fraktionen, Stadtkanzlei
1. Büro und Geschäftsprüfungskommission	1. Büro und parlamentarische Kommissionen
<p>Art. 3 Büro, Zusammensetzung und Wahl¹</p> <p>¹ Das Büro besteht aus dem Präsidenten oder der Präsidentin, zwei Vizepräsidenten oder Vizepräsidentinnen, drei Stimmzählern oder Stimmzählerinnen und dem Stadtschreiber oder der Stadtschreiberin. Es wird bei Wahlen durch die Fraktionspräsidenten oder Fraktionspräsidentinnen, im Verhinderungsfall durch einen Vertreter oder eine Vertreterin der Fraktion mit Stimmrecht ergänzt.</p> <p>² Der Präsident oder die Präsidentin vertritt das Gemeindeparlament nach aussen. Die Aufgaben des Büros ergeben sich aus Art. 28 der Gemeindeordnung. Der Rat kann dem Büro weitere Aufgaben übertragen.</p>	<p>Art. 3 Büro, Zusammensetzung und Wahl²</p> <p>¹(...)</p> <p>² Der Präsident oder die Präsidentin vertritt das Gemeindeparlament nach aussen. Die Aufgaben des Büros ergeben sich aus Art. 30 der Gemeindeordnung. Der Rat kann dem Büro weitere Aufgaben übertragen.</p>

¹ Fassung gemäss Beschluss des Gemeindeparlaments vom 21. März 2013

² Fassung gemäss Beschluss des Gemeindeparlaments vom 21. März 2013

<p>³ Das Büro wird jeweils für ein Amtsjahr gewählt. Der abtretende Präsident oder die abtretende Präsidentin ist für das folgende Amtsjahr weder als Präsident oder Präsidentin noch als Vizepräsident oder Vizepräsidentin wählbar. Ein Parlamentsmitglied kann als Stimmzähler oder Stimmzählerin nur während 8 Jahren dem Büro ununterbrochen angehören.</p>	<p>³(...)</p>
	<p>Art. 3^{bis} Finanzkommission; Aufgaben, Informationsrechte und Amtsgeheimnis</p> <p>¹ Die Finanzkommission nimmt die ihr in der Gemeindeordnung übertragenen Aufgaben wahr, insbesondere Vorberatung der Budgets und der Finanz- und Investitionspläne sowie Begutachtung der Jahresrechnungen. Die Finanzkommission erstattet dem Gemeindeparlament in ihren Aufgabenbereichen bedarfsgerecht Bericht und stellt Antrag.</p> <p>² Zur Erfüllung ihrer Aufsichtstätigkeit kann die Finanzkommission Inspektionen in den Direktionen durchführen, im Einvernehmen mit dem zuständigen Stadtrat Mitarbeitende der Verwaltung zum Geschäft befragen, ergänzende Berichte und Unterlagen einfordern oder aussenstehende Sachverständige beiziehen. Zudem nimmt sie die Nachtragskredite und die Kreditabrechnungen zur Kenntnis. Sie erstattet dem Gemeindeparlament jährlich Bericht über die Aufsichtstätigkeit.</p> <p>³ Die Finanzkommission wahrt bei ihrer Tätigkeit das Amtsgeheimnis. Die Verwaltung darf, soweit dies durch übergeordnetes Recht, zum Schutz der Persönlichkeit und Rechte Dritter oder aus Rücksicht auf ein hängiges Verfahren geboten ist, die Erteilung von Auskünften oder die Einsicht in Akten verweigern. Diesfalls hat die Verwaltung ihre Verweigerung gegenüber der Finanzkommission kurz zu begründen; sie kann stattdessen über das Geschäft einen besonderen Bericht erstatten.</p>

<p>Art. 4 Geschäftsprüfungskommission; Aufgaben, Informationsrechte und Amtsgeheimnis³</p> <p>¹ Die Geschäftsprüfungskommission nimmt die ihr in der Gemeindeordnung übertragenen Aufgaben wahr, insbesondere überwacht sie im Rahmen der Oberaufsicht die Geschäftstätigkeit der städtischen Verwaltung. Die Geschäftsprüfungskommission erstattet dem Gemeindeparlament in ihren Aufgabenbereichen bedarfsgerecht Bericht und stellt Antrag.</p> <p>² Zur Erfüllung ihrer Aufsichtstätigkeit kann die Geschäftsprüfungskommission Inspektionen in den Direktionen durchführen, im Einvernehmen mit dem zuständigen Stadtrat Mitarbeitende der Verwaltung zum Geschäft befragen, ergänzende Berichte und Unterlagen einfordern oder aussenstehende Sachverständige beiziehen.</p> <p>³ Die Geschäftsprüfungskommission wahrt bei ihrer Tätigkeit das Amtsgeheimnis. Die Verwaltung darf, soweit dies durch übergeordnetes Recht, zum Schutz der Persönlichkeit und Rechte Dritter oder aus Rücksicht auf ein hängiges Verfahren geboten ist, die Erteilung von Auskünften oder die Einsicht in Akten verweigern. Diesfalls hat die Verwaltung ihre Verweigerung gegenüber der Geschäftsprüfungskommission kurz zu begründen; sie kann stattdessen über das Geschäft einen besonderen Bericht erstatten.</p> <p>⁴ Die Geschäftsprüfungskommission erlässt über die Erfüllung ihres Auftrages ein Pflichtenheft. Dieses ist vom Gemeindeparlament zu genehmigen.</p>	<p>Art. 4 Geschäftsprüfungskommission; Aufgaben, Informationsrechte und Amtsgeheimnis⁴</p> <p>¹ (...)</p> <p>² Zur Erfüllung ihrer Aufsichtstätigkeit kann die Geschäftsprüfungskommission Inspektionen in den Direktionen durchführen, im Einvernehmen mit dem zuständigen Stadtrat Mitarbeitende der Verwaltung zum Geschäft befragen, ergänzende Berichte und Unterlagen einfordern oder aussenstehende Sachverständige beiziehen. Sie erstattet dem Gemeindeparlament jährlich Bericht über die Aufsichtstätigkeit.</p> <p>³ (...)</p> <p>⁴ (streichen)</p>
---	--

³ Fassung gemäss Beschluss des Gemeindeparlaments vom 21. März 2013

⁴ Fassung gemäss Beschluss des Gemeindeparlaments vom 21. März 2013

III. Sitzungen, Verhandlungsunterlagen	III. Sitzungen, Verhandlungsunterlagen
<p>Art. 8 Bericht und Antrag</p> <p>In Berichten zu Anträgen des Stadtrates sind gesondert darzustellen:</p> <ul style="list-style-type: none"> – die rechtlichen Grundlagen – die personellen und finanziellen Auswirkungen <p>die Stellungnahme der ausserparlamentarischen Kommissionen</p> <p>Bei Geschäften von grösserer Tragweite sind das Verhältnis zu den Richtlinien für die Gemeindepolitik sowie zur Finanzplanung und die Auswirkungen auf die Wirtschaft zu behandeln.</p>	<p>Art. 8 Bericht und Antrag</p> <p>¹ In Berichten zu Anträgen des Stadtrates sind gesondert darzustellen:</p> <ul style="list-style-type: none"> – die rechtlichen Grundlagen – die personellen und finanziellen Auswirkungen <p>die Stellungnahme von Kommissionen</p> <p>² (...)</p>
<p>Art. 9 Zustellung</p> <p>Die Geschäftsliste ist in der Regel 10 Tage, in dringenden Fällen spätestens 3 Tage vor der Sitzung öffentlich bekanntzugeben und den Parlamentsmitgliedern mit den zur Behandlung gelangenden Berichten und Anträgen zuzustellen.</p> <p>Die Geschäftsunterlagen sind für die Parlamentsmitglieder während der Einladungsfrist auf der Stadtkanzlei aufzulegen.</p> <p>Auf Anfrage werden den Parlamentsmitgliedern unter Einhaltung des Datenschutzes weitere sachdienliche Unterlagen zugestellt.</p> <p>Die Einladung wird auch den Stadtratsmitgliedern sowie den Medien zugestellt.</p>	<p>Art. 9 Zustellung</p> <p>¹ (...)</p> <p>² Die Geschäftsunterlagen sind während der Einladungsfrist auf der Stadtkanzlei aufzulegen und auch in anderer Art und Weise der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.</p> <p>³ (...)</p> <p>⁴ (...)</p>
<p>Art. 10 Sitzungstag</p> <p>Das Gemeindeparlament bestimmt die Sitzungstage und den Sitzungsbeginn. Das Büro setzt die Sitzungstermine im Einvernehmen mit dem Stadtrat fest.</p> <p>Die Sitzungen sollen in der Regel 3 Stunden nicht übersteigen.</p>	<p>Art. 10 Sitzungstag</p> <p>¹ Das Büro des Gemeindeparlaments setzt die Sitzungstermine im Einvernehmen mit dem Stadtrat fest.</p> <p>² (...)</p>

<p>Art. 12 Ausschluss vom Parlament</p> <p>Das Gemeindeparlament kann auf Antrag des Büros Behördenmitgliedern, die während eines Kalenderjahres 1/3 der Sitzungen unentschuldigt ferngeblieben sind, ihr Mandat entziehen.</p>	(streichen)
<p>Art. 19 Rauchverbot</p> <p>Während den Sitzungen des Gemeindeparlamentes gilt im Verhandlungssaal ein Rauchverbot.</p>	(streichen)

IV. Verhandlungen	IV. Verhandlungen
<p>Art. 20 Vorsitz</p> <p>Der Präsident oder die Präsidentin leitet die Verhandlungen, wacht über die Rechte des Gemeindeparlamentes, über die Befolgung der Geschäftsordnung und die Sitzungsdisziplin. Er oder sie kann mit Zustimmung des Büros und nach Absprache mit dem Stadtrat Beamte, Beamtinnen und aussenstehende Sachverständige zu den Parlamentsverhandlungen beiziehen.</p> <p>Der Präsident oder die Präsidentin sorgt dafür, dass Geschäfte, die dem Stadtrat oder einer Kommission überwiesen worden sind, beförderlich behandelt werden.</p> <p>Will sich der Präsident oder die Präsidentin an der Beratung beteiligen, hat er oder sie die Leitung der Verhandlung einem Vizepräsidenten oder einer Vizepräsidentin zu übergeben.</p>	<p>Art. 20 Vorsitz</p> <p>¹ Der Präsident oder die Präsidentin leitet die Verhandlungen, wacht über die Rechte des Gemeindeparlamentes, über die Befolgung der Geschäftsordnung und die Sitzungsdisziplin. Er oder sie kann mit Zustimmung des Büros aussenstehende Sachverständige und nach Absprache mit dem Stadtrat Mitarbeitende der Stadtverwaltung zu den Parlamentsverhandlungen beiziehen.</p> <p>² (...)</p> <p>³ (...)</p>
<p>Art. 23 Verschiebung der Behandlung</p> <p>Sind die zu einem Geschäft gehörenden Berichte und Anträge des Stadtrates nicht 10 Tage vor der Sitzung versandt worden, so muss seine Behandlung auf eine spätere Sitzung verschoben werden, falls es von mindestens 15 Mitgliedern verlangt wird. Ausgenommen sind dringende Fälle nach Art. 9 Abs. 1.</p>	<p>Art. 23 Verschiebung der Behandlung</p> <p>Sind die zu einem Geschäft gehörenden Berichte und Anträge des Stadtrates nicht 10 Tage vor der Sitzung versandt worden, so muss seine Behandlung auf eine spätere Sitzung verschoben werden, falls es von mindestens 10 Mitgliedern verlangt wird. Ausgenommen sind dringende Fälle nach Art. 9 Abs. 1.</p>
<p>Art. 26 Eintretensdebatte</p> <p>Bei jedem Verhandlungsgegenstand wird zuerst beraten, ob auf das Geschäft einzutreten sei. Ist Eintreten beschlossen, wird das Geschäft materiell behandelt.</p> <p>Bei der Eintretensdebatte können nur Anträge auf Eintreten, Nichteintreten oder Ordnungsanträge gemäss Art. 29 gestellt werden.</p>	<p>Art. 26 Eintretensdebatte</p> <p>¹ Bei jedem Sachgeschäft wird zuerst beraten, ob auf das Geschäft einzutreten sei. Ist Eintreten beschlossen, wird das Geschäft materiell behandelt.</p> <p>² (...)</p>

<p>Art. 27 Worterteilung</p> <p>Der Präsident oder die Präsidentin erteilt das Wort zuerst den Berichterstattern oder Berichterstatterinnen der parlamentarischen Kommissionen, anschliessend dem Stadtrat und danach den Fraktionssprechern oder -sprecherinnen.</p> <p>Hierauf ist die Diskussion offen. Der Präsident oder die Präsidentin erteilt das Wort in der Reihenfolge der Anmeldungen.</p>	<p>Art. 27 Worterteilung</p> <p>¹ Nach Eintretensbeschluss erteilt der Präsident oder die Präsidentin das Wort zuerst den Berichterstattern oder Berichterstatterinnen der parlamentarischen Kommissionen, anschliessend dem Stadtrat und danach den Fraktionssprechern oder -sprecherinnen.</p> <p>² (...)</p>
<p>Art. 28 Redezeit</p> <p>Die Redezeit für die Berichterstattung in Sachgeschäften sowie zur Begründung von Motionen, Postulaten und Interpellationen beträgt höchstens</p> <ul style="list-style-type: none"> – 15 Minuten für die Fraktionssprecher und Fraktionssprecherinnen – 10 Minuten für die Begründung – 5 Minuten für die Diskussionsredner und Diskussionsrednerinnen. <p>Die Einräumung einer längeren Redezeit bedarf der Bewilligung des Gemeindeparlamentes.</p> <p>Das Gemeindeparlament kann bei langen Debatten die in Abs. 1 festgesetzten Redezeiten kürzen.</p> <p>In der Regel darf zum gleichen Gegenstand nicht mehr als dreimal gesprochen werden.</p> <p>Für Mitglieder des Stadtrates gelten diese Beschränkungen nicht.</p>	<p>Art. 28 Redezeit</p> <p>¹ (...)</p> <p>² (...)</p> <p>³ (...)</p> <p>⁴ In der Regel darf ein Parlamentsmitglied als Einzelsprecher zum gleichen Gegenstand nicht mehr als dreimal das Wort ergreifen.</p> <p>⁵ (...)</p>
<p>Art. 29 Ordnungsanträge</p> <p>Ordnungsanträge beziehen sich auf die Eintretensfrage, die Form der Behandlung der Geschäfte, deren Verschiebung oder Rückweisung, den Schluss der Diskussion oder die Handhabung der Geschäftsordnung.</p>	<p>Art. 29 Ordnungsanträge</p> <p>¹ Ordnungsanträge beziehen sich auf die Form der Behandlung der Geschäfte, deren Verschiebung oder Rückweisung, den Schluss der Diskussion, den Unterbruch der Sitzung oder die Handhabung der Geschäftsordnung.</p>

Ein Ordnungsantrag ist nach Abschluss eines laufenden Votums zu stellen und sofort zu behandeln. Wenn das Gemeindeparlament nicht anders beschliesst, so erhält zu einem Ordnungsantrag nicht mehr als ein Parlamentsmitglied für jede Fraktion das Wort. Die Redezeit beträgt höchstens 5 Minuten.

² (...)

<p>Art. 30 Schluss der Beratung</p> <p>Der Präsident oder die Präsidentin schliesst die Beratungen, sofern kein Wortbegehren mehr gestellt wird.</p> <p>Ebenso wird die Beratung geschlossen, wenn nach einem Ordnungsantrag zwei Drittel der anwesenden Parlamentsmitglieder dies beschliesst. Dabei ist auf Verlangen noch je einem Parlamentsmitglied der Fraktionen und sodann dem Berichterstatter oder der Berichterstatterin der Kommission sowie dem Vertreter oder der Vertreterin des Stadtrates das Wort zur Sache zu erteilen.</p>	<p>(streichen)</p>

<p>Art. 33 Abtretungspflicht (§ 117 GG)</p> <p>Behördenmitglieder und Ersatzmitglieder, Beamte, Beamtinnen und Angestellte haben in Ausstand zu treten:</p> <p>a) wenn sie selbst, ihre Ehegatten, ihre Blutsverwandten in auf- und absteigender Linie oder ihre unmittelbaren Vorgesetzten an der zu behandelnden Angelegenheit ein persönliches Interesse besitzen;</p> <p>b) wenn sie sich schon in anderer amtlicher Stellung oder aufgrund eines privatrechtlichen Mandats mit der Sache befasst haben.</p> <p>Bei Wahlen auf Ausschreibung hin haben der Bewerber oder die Bewerberin und die in Absatz 1 genannten Verwandten in den Ausstand zu treten.</p> <p>Diese Regelungen gelten auch für Zuschauerinnen und Zuschauer.</p>	<p>Art. 33 Ausstandspflicht</p> <p>¹ (...)</p> <p>² (...)</p> <p>³ (streichen)</p> <p>⁴ Bei Geschäften, welche die ganze Gemeinde oder Teile davon, andere öffentlich-rechtliche Organisationen oder eine allgemein umschriebene Mehrheit von Personen betreffen, namentlich bei rechtsetzenden Erlassen, besteht keine Ausstandspflicht.</p>
	<p>Art. 33^{bis} Offenlegung der Interessenbindungen</p> <p>¹ Beim Eintritt in das Gemeindeparlament unterrichtet jedes Ratsmitglied das Büro schriftlich über:</p> <ul style="list-style-type: none"> seine berufliche Tätigkeit und seinen Arbeitgeber; die Tätigkeiten in Führungs- oder Aufsichtsgremien von wirtschaftlichen Unternehmungen und Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des privaten und des öffentlichen Rechts; dauernde Leitungsfunktionen für Interessengruppen und Verbände; unter Vorbehalt von Berufs- und Geschäftsgeheimnissen dauernde Beratungsfunktionen für Interessengruppen und Verbände; Mitwirkung in ständigen Kommissionen und anderen Organen des Kantons und des Bundes; <p>² Änderungen sind vor der nächsten Parlamentssitzung bekannt zu geben.</p> <p>³ Das Büro sorgt dafür, dass die Angaben der Parlamentsmitglieder über ihre Interessenbindungen der Öffentlichkeit in geeigneter Form zugänglich gemacht werden.</p>

<p>Art. 34 Anträge</p> <p>Anträge sind vom Antragsteller oder von der Antragstellerin mündlich zu begründen und auf Verlangen dem Präsidenten oder der Präsidentin schriftlich einzureichen.</p> <p>Über Anträge, deren finanzielle Tragweite nicht abgeklärt ist, darf nicht abgestimmt werden.</p>	<p>Art. 34 Anträge</p> <p>¹ (...)</p> <p>² Über Anträge, deren finanzieller Mehraufwand nicht ausgewiesen werden kann, darf nicht abgestimmt werden.</p>
<p>Art. 38 Stimmabgabe</p> <p>Die Stimmabgabe erfolgt, sofern nicht von wenigstens einem Fünftel der anwesenden Parlamentsmitglieder geheime Stimmabgabe verlangt wird, durch deutliches Handaufheben.</p>	<p>Art. 38 Stimmabgabe</p> <p>¹ (...)</p> <p>² Auf Verlangen von einem Fünftel der anwesenden Parlamentsmitglieder muss die Abstimmung unter Namensaufruf durchgeführt werden. Die Stimmabgabe ist bis zum Schluss des Namensaufrufes gestattet.</p> <p>³ Erreichen sowohl ein Antrag auf geheime wie einer auf Abstimmung unter Namensaufruf das notwendige Quorum, so geht die geheime Abstimmung vor.</p> <p>⁴ Stimmabgabe und Stimmenthaltung der einzelnen Parlamentsmitglieder sind in das Protokoll einzutragen.</p>
<p>Art. 39 Abstimmungsergebnis</p> <p>Die Stimmzähler oder Stimmzählerinnen geben von ihrem Standort aus das Abstimmungsergebnis dem Stadtschreiber oder der Stadtschreiberin laut bekannt. Dieser oder diese leitet das Gesamtergebnis an den Präsidenten oder die Präsidentin weiter.</p> <p>Ein Antrag ist angenommen, wenn er die Mehrheit der gültigen Stimmen erhalten hat. Bei Stimmgleichheit fällt der Präsident oder die Präsidentin den Stichentscheid.</p>	<p>Art. 39 Abstimmungsergebnis</p> <p>¹ Die Stimmzähler oder Stimmzählerinnen geben das Abstimmungsergebnis dem Stadtschreiber oder der Stadtschreiberin bekannt. Dieser oder diese leitet das Gesamtergebnis an den Präsidenten oder die Präsidentin weiter.</p> <p>² (...)</p> <p>³ (streichen)</p>

<p>Bei geheimer Abstimmung gilt ein Antrag, der die Mehrheit der gültigen Stimmen erreicht hat, als angenommen.</p>	
<p>Art. 41 Namensaufruf, geheime Abstimmung</p> <p>Auf Verlangen von einem Fünftel der anwesenden Parlamentsmitglieder muss die Abstimmung unter Namensaufruf durchgeführt werden. Die Stimmabgabe ist bis zum Schluss des Namensaufrufes gestattet.</p> <p>Erreichen sowohl ein Antrag auf geheime wie einer auf Abstimmung unter Namensaufruf das notwendige Quorum, so geht die geheime Abstimmung vor.</p> <p>Stimmabgabe und Stimmenthaltung der einzelnen Parlamentsmitglieder sind in das Protokoll einzutragen.</p>	<p>(streichen)</p>
<p>V. Wahlen</p>	<p>V. Wahlen</p>
<p>Art. 44 Wahlverhandlung</p> <p>Die Wahlen erfolgen in Einzel- oder Listenwahl. Sie werden offen vorgenommen, sofern nicht von wenigstens einem Fünftel geheime Stimmabgabe verlangt wird. Bei unbestrittenen Listenwahlen wird immer offen abgestimmt. Stehen mehrere Kandidaten oder Kandidatinnen für das gleiche Amt zur Wahl, so hat die Stimmabgabe geheim zu erfolgen.</p> <p>Geheime Wahlen erfolgen mittels Stimmzetteln, die von der Stadtkanzlei ausgegeben und von den Stimmzählern oder Stimmzählerinnen ausgeteilt werden. Diese sammeln die ausgeteilten Stimmzettel ein. Der Präsident oder die Präsidentin erklärt die Wahl für geschlossen und lässt durch die Stimmzähler oder Stimmzählerinnen die Zahl der abgegebenen Stimmzettel und das Wahlergebnis feststellen. Er teilt dem Gemeindeparlament das Wahlergebnis mit.</p> <p>Die Anmeldung der Kandidaten und Kandidatinnen bei Listenwahlen hat für die Aufnahme auf die vorgedruckte Liste bis spätestens am Vortag der Wahl bei der Stadtkanzlei zu erfolgen.</p>	<p>Art. 44 Wahlverhandlung</p> <p>¹ Die Wahlen erfolgen in Einzel- oder Listenwahl. Sie werden offen vorgenommen, sofern nicht von wenigstens einem Fünftel geheime Stimmabgabe verlangt wird. Bei unbestrittenen Listenwahlen wird immer offen abgestimmt. Stehen mehr Kandidaten oder Kandidatinnen zur Wahl als Stellen zu besetzen sind, so hat die Stimmabgabe geheim zu erfolgen.</p> <p>² (...)</p> <p>³ (...)</p>

<p>VI. Protokoll und Bekanntmachung der Beschlüsse</p>	<p>VI. Protokoll und Bekanntmachung der Beschlüsse</p>
<p>Art. 53 Ausfertigung und Bekanntmachung</p> <p>Die Stadtkanzlei besorgt die Bekanntmachung der Beschlüsse des Gemeindeparlamentes und ihre Ausfertigung für den Stadtrat und den weiteren betroffenen Adressatenkreis.</p> <p>Die Beschlüsse, die dem fakultativen Referendum unterliegen, sind unter Angabe der Referendumsfrist zu veröffentlichen.</p> <p>Die öffentliche Bekanntmachung der Beschlüsse wird im Namen des Gemeindeparlamentes vom Präsidenten oder von der Präsidentin und dem Stadtschreiber oder der Stadtschreiberin, die Wahlanzeigen und Protokollauszüge werden vom Stadtschreiber oder von der Stadtschreiberin allein unterzeichnet.</p>	<p>Art. 53 Ausfertigung und Bekanntmachung</p> <p>¹ (...)</p> <p>² Die Beschlüsse, die dem fakultativen Referendum unterliegen, sind unter Angabe der Referendumsfrist im amtlichen Publikationsorgan zu veröffentlichen.</p> <p>³ (...)</p>
<p>VII. Parlamentarische Kommissionen</p>	<p>VII. Parlamentarische Kommissionen</p>
<p>Art. 54 Vorberatung von Geschäften</p> <p>Das Büro kann jedes Geschäft zur Vorberatung an eine ständige oder nicht ständige Kommission überweisen, sofern nicht die Zuständigkeit der Geschäftsprüfungskommission gegeben ist.</p>	<p>Art. 54 Vorberatung von Geschäften</p> <p>Das Büro überweist jedes Sachgeschäft zur Vorberatung an eine oder mehrere zuständige Kommissionen.</p>
<p>Art. 55 Bestellung, Zahl der Mitglieder</p> <p>Die Bestellung der Kommissionen erfolgt nach der Fraktionsstärke gemäss den Regeln des Gesetzes über die politischen Rechte.</p>	<p>Art. 55 Bestellung, Zahl der Mitglieder</p> <p>¹ (...)</p>

<p>Die Zahl der Kommissionsmitglieder wird vom Gemeindeparlament auf Vorschlag des Büros bestimmt. Sie beträgt mindestens 5 und höchstens 11 Mitglieder.</p>	<p>² Die Zahl der Kommissionsmitglieder wird vom Gemeindeparlament auf Vorschlag des Büros bestimmt. Sie beträgt mindestens 5 und höchstens 9 Mitglieder.</p>
<p>Art. 56 Amtsdauer</p> <p>Die Amtsdauer der ständigen Kommissionen entspricht jener des Gemeindeparlamentes.</p> <p>Ein Kommissionsmitglied darf ständigen Kommissionen ununterbrochen nur während 8 Jahren angehören.</p> <p>Die Amtsdauer des Präsidenten oder der Präsidentin der Geschäftsprüfungskommission beträgt ein Jahr. Der abtretende Präsident oder die abtretende Präsidentin ist für die folgenden zwei Jahre als Präsident oder Präsidentin nicht wählbar.</p>	<p>Art. 56 Amtsdauer</p> <p>¹ Die Amtsdauer der ständigen Kommissionen entspricht jener des Gemeindeparlamentes, diejenige der nichtständigen Kommissionen bis zur Erfüllung ihrer Aufgabe, spätestens bis Ende der Amtsperiode.</p> <p>² (...)</p> <p>³ Die Amtsdauer des Präsidenten oder der Präsidentin der Geschäftsprüfungskommission und der Finanzkommission beträgt ein Jahr. Der abtretende Präsident oder die abtretende Präsidentin ist für die folgenden zwei Jahre als Präsident oder Präsidentin nicht wählbar.</p>
<p>Art. 59 Sekretariat</p> <p>Das Sekretariat der Kommissionen wird durch die Stadtkanzlei besorgt.</p> <p>Die Protokolle werden auch dem Präsidenten oder der Präsidentin und den zuständigen Ressorts zugestellt.</p>	<p>Art. 59 Sekretariat</p> <p>¹ (...)</p> <p>² Die Protokolle werden auch dem Parlamentspräsidenten oder der Parlamentspräsidentin und dem zuständigen Mitglied des Stadtrats zugestellt.</p>
<p>VIII. Behandlung parlamentarischer Vorstösse</p>	<p>VIII. Behandlung parlamentarischer Vorstösse</p>
	<p>Art. 61^{bis} Parlamentarischer Antrag</p> <p>Durch einen parlamentarischen Antrag kann dem Gemeindeparlament beantragt werden</p> <p>a) ratseigene Angelegenheiten zu regeln oder</p> <p>b) eine Änderung der Geschäftsordnung vorzubereiten oder</p> <p>c) einen Reglements- oder Beschlussentwurf vorzulegen.</p>

<p>Art. 62 Einreichung</p> <p>Motionen und Postulate können von einem einzelnen Parlamentsmitglied, von Fraktionen, von mehreren Parlamentsmitgliedern gemeinsam oder von parlamentarischen Kommissionen eingereicht werden. Sie sind schriftlich abzufassen, zu unterzeichnen, kurz schriftlich zu begründen und beim Stadtschreiber oder bei der Stadtschreiberin oder der Stadtkanzlei zuhanden des Präsidenten oder der Präsidentin einzureichen.</p> <p>Die Motions- und Postulatstexte samt Kurzbegründung werden in schriftlicher Form mit den Unterlagen zur Geschäftsliste den Parlamentsmitgliedern zugestellt.</p>	<p>Art. 62 Einreichung</p> <p>¹ Motionen und Postulate oder parlamentarische Anträge können von Parlamentsmitgliedern oder von parlamentarischen Kommissionen eingereicht werden. Sie sind schriftlich abzufassen und zu unterzeichnen. Sie haben ein bestimmtes Begehren und eine kurze schriftliche Begründung zu enthalten. Sie sind bei der Stadtkanzlei zuhanden des Parlamentspräsidenten oder der Parlamentspräsidentin einzureichen.</p> <p>² Die Vorstosstexte samt Kurzbegründung werden in schriftlicher Form mit den Unterlagen zur Geschäftsliste den Parlamentsmitgliedern zugestellt.</p>
<p>Art. 63 Zeitpunkt der Behandlung</p> <p>Der Präsident oder die Präsidentin gibt dem Gemeindeparlament und dem Stadtrat vom Eingang Kenntnis. Spätestens innerhalb von 6 Monaten wird der Vorstoss zur mündlichen Begründung und gleichzeitigen Beantwortung sowie Beschlussfassung auf die Geschäftsliste gesetzt.</p> <p>Der Stadtrat kann nach erfolgter mündlicher Begründung ausnahmsweise die Verschiebung der Beantwortung auf eine spätere Sitzung beantragen.</p>	<p>Art. 63 Zeitpunkt der Behandlung</p> <p>¹ Der Präsident oder die Präsidentin gibt dem Gemeindeparlament und dem Stadtrat den Eingang bekannt.</p> <p>² Der Vorstoss ist nach Bekanntgabe innerhalb von 3 Monaten zu traktandieren und mündlich begründen zu lassen.</p> <p>³ Der Stadtrat hat zusammen mit den Geschäftsunterlagen zu beantragen, ob der Vorstoss erheblich oder nicht erheblich erklärt werden soll. Er kann nach erfolgter mündlicher Begründung ausnahmsweise die Verschiebung der Behandlung der Erheblichkeit des Vorstosses auf eine spätere Sitzung beantragen.</p> <p>⁴ Nach durchgeführter Diskussion ist durch das Gemeindeparlament über die Erheblicherklärung abzustimmen. Es kann die Beschlussfassung über die Erheblicherklärung zur Vorberatung in den Fraktionen auf eine spätere Sitzung verschieben.</p> <p>⁵ Änderungen am Wortlaut des Vorstosses oder die Umwandlung einer Motion in ein Postulat sind nur mit Zustimmung oder auf Antrag des Motionärs oder der Motionärin zulässig.</p> <p>⁶ Wird eine Motion als erheblich erklärt, so muss die Vorlage innerhalb von 2 Jahren dem Gemeindeparlament unterbreitet werden. Das Gemeindeparlament kann die Frist verlängern oder verkürzen.</p>

Die Mehrheit der anwesenden Parlamentsmitglieder kann die sofortige Behandlung einer Motion oder eines Postulates beschliessen. Dringliche Motionen und Postulate sind spätestens 48 Stunden vor der Sitzung einzureichen. Eine kürzere Frist bei besonderen dringenden Ereignissen bleibt vorbehalten.

⁷ Wird ein Postulat als erheblich erklärt, so muss die Prüfung und Berichterstattung innerhalb eines Jahres erfolgen. Das Gemeindeparlament kann die Frist verlängern oder verkürzen.

⁸ Die Mehrheit der anwesenden Parlamentsmitglieder kann die sofortige Behandlung einer Motion, eines Postulats oder eines parlamentarischen Antrags beschliessen. Dringliche Motionen und Postulate oder parlamentarische Anträge sind spätestens 48 Stunden vor der Sitzung einzureichen. Eine kürzere Frist bei besonderen dringenden Ereignissen bleibt vorbehalten.

<p>Art. 64 Begründung, Beratung und Überweisung</p> <p>Motionen und Postulate können zusätzlich zur schriftlichen Kurzbegründung noch mündlich begründet werden. Ein von mehreren Parlamentsmitgliedern gemeinsam eingereichter Vorstoss ist vom Erstunterzeichner oder von der Erstunterzeichnerin oder, falls dieser verhindert ist, von einem Mitunterzeichner oder einer Mitunterzeichnerin zu begründen.</p> <p>Am Schluss seiner Beantwortung gibt der Stadtrat bekannt, ob er bereit ist, die Motion oder das Postulat entgegenzunehmen. Der Vorstoss wird in der Folge zur Diskussion gestellt. Änderungen am Wortlaut des Vorstosses oder die Umwandlung einer Motion in ein Postulat sind nur mit Zustimmung oder auf Antrag des Motionärs oder der Motionärin zulässig.</p> <p>Nach Beendigung der Diskussion beschliesst das Gemeindeparlament, ob die Motion oder das Postulat dem Stadtrat überwiesen oder abgelehnt wird. Es kann die Beschlussfassung über die Erheblicherklärung zur Vorberatung in den Fraktionen auf eine spätere Sitzung verschieben.</p>	<p>(streichen)</p>
<p>Art. 65 Weiterbehandlung, Erledigung und Abschreibung</p> <p>Bei dem Stadtrat überwiesenen Motionen und Postulaten ist alle zwei Jahre dem Gemeindeparlament über den Stand der einzelnen Geschäfte Bericht zu erstatten.</p>	<p>Art. 65 Weiterbehandlung, Erledigung und Abschreibung</p> <p>¹ Der Stadtrat hat alle zwei Jahre dem Gemeindeparlament einen Bericht über den Stand der erheblich erklärten Motionen und Postulate zu erstatten.</p>

<p>Sofern Massnahmen zur Durchführung eingeleitet sind oder sich der Vorstoss als undurchführbar erweist, ist ein begründeter Antrag auf Abschreibung zu unterbreiten.</p> <p>Die unerledigten Motionen und Postulate sind im Verwaltungsbericht aufzuführen.</p>	<p>² Sofern im Falle von Motionen Massnahmen zur Durchführung eingeleitet sind oder sich der Vorstoss als undurchführbar erweist, kann der Stadtrat einen begründeten Antrag auf Abschreibung stellen.</p> <p>³ Mit der Beantwortung durch den Stadtrat sind Postulate erledigt.</p> <p>⁴ Die unerledigten Motionen und Postulate sind im Verwaltungsbericht aufzuführen.</p>
---	--

<p>Art. 67 Begriff der Interpellation und der Kleinen Anfrage</p> <p>Jedes Parlamentsmitglied hat das Recht, durch Interpellation oder Kleine Anfrage Auskunft über irgendeinen Gegenstand zu verlangen, der die Stadt betrifft.</p>	<p>Art. 67 Begriff der Interpellation und der Kleinen Anfrage</p> <p>Jedes Parlamentsmitglied hat das Recht, durch Interpellation oder Kleine Anfrage Auskunft vom Stadtrat über irgendeinen Gegenstand zu verlangen, der die Stadt betrifft.</p>
<p>Art. 68 Einreichung und Behandlung von Interpellationen</p> <p>Interpellationen sind beim Stadtschreiber bzw. bei der Stadtschreiberin oder der Stadtkanzlei zuhanden des Präsidenten oder der Präsidentin schriftlich und unterzeichnet einzureichen. Der Präsident oder die Präsidentin gibt dem Gemeindeparlament und dem Stadtrat vom Eingang Kenntnis und lässt sie auf die Geschäftsliste einer folgenden Sitzung, spätestens innerhalb von 6 Monaten, setzen.</p> <p>Interpellationen sind vom Erstunterzeichner oder von der Erstunterzeichnerin oder, falls dieser oder diese verhindert ist, von einem Mitunterzeichner oder einer Mitunterzeichnerin mündlich zu begründen.</p> <p>Nach der Begründung gibt der Stadtrat Auskunft.</p> <p>Die Mehrheit der anwesenden Parlamentsmitglieder kann die sofortige Behandlung beschliessen. Eine dringliche Interpellation ist spätestens 48 Stunden vor der Sitzung einzureichen. Eine kürzere Frist bei besonderen dringenden Ereignissen bleibt vorbehalten.</p> <p>Das die Interpellation begründende Parlamentsmitglied hat zu erklären, ob es von der Antwort befriedigt ist. In der Folge ist das Wort für die Diskussion frei.</p> <p>Ein Beschluss über die durch die Interpellation aufgeworfene Frage ist ausgeschlossen.</p>	<p>Art. 68 Einreichung und Behandlung von Interpellationen</p> <p>¹ Interpellationen sind bei der Stadtkanzlei zuhanden des Parlamentspräsidenten oder der Parlamentspräsidentin schriftlich und unterzeichnet einzureichen. Der Parlamentspräsident oder die Parlamentspräsidentin gibt dem Gemeindeparlament und dem Stadtrat den Eingang bekannt.</p> <p>² Der Stadtrat beantwortet die Interpellation schriftlich innerhalb von 3 Monaten nach Bekanntgabe. Nach Vorliegen der Beantwortung wird die Interpellation vom Büro traktandiert.</p> <p>³ Die Mehrheit der anwesenden Parlamentsmitglieder kann die sofortige Behandlung beschliessen. Eine dringliche Interpellation ist spätestens 48 Stunden vor Sitzungsbeginn einzureichen. Eine kürzere Frist bei besonders dringenden Ereignissen bleibt vorbehalten.</p> <p>⁴ Das die Interpellation begründende Parlamentsmitglied hat zu erklären, ob es von der Antwort befriedigt ist.</p> <p>⁵ In der Folge ist das Wort für die Diskussion frei. Eine Interpellation ist erledigt, wenn im Parlament die Diskussion stattgefunden hat.</p> <p>⁶ (...)</p>
<p>Art. 69 Behandlung von Kleinen Anfragen</p> <p>Kleine Anfragen sind schriftlich und unterzeichnet beim Stadtschreiber bzw. der Stadtschreiberin oder der Stadtkanzlei zuhanden des Präsidenten oder der Präsidentin einzureichen.</p> <p>Der Parlamentspräsident oder die -präsidentin gibt dem Gemeindeparlament und dem Stadtrat vom Eingang Kenntnis.</p>	<p>Art. 69 Behandlung von Kleinen Anfragen</p> <p>¹ Kleine Anfragen sind schriftlich und unterzeichnet bei der Stadtkanzlei zuhanden des Parlamentspräsidenten oder der Parlamentspräsidentin einzureichen.</p> <p>² Der Parlamentspräsident oder die Parlamentspräsidentin gibt dem Gemeindeparlament und dem Stadtrat den Eingang bekannt.</p>

<p>Der Stadtrat beantwortet Kleine Anfragen innert drei Monaten schriftlich. Jede weitere Behandlung im Gemeindeparlament ist ausgeschlossen.</p>	<p>³ Der Stadtrat beantwortet Kleine Anfragen innert drei Monaten nach Bekanntgabe schriftlich. Jede weitere Behandlung im Gemeindeparlament ist ausgeschlossen..</p>
<p>IX. Schlussbestimmungen</p>	<p>IX. Schlussbestimmungen</p>
<p>Art. 70 Inkrafttreten</p> <p>Diese Geschäftsordnung ersetzt diejenige vom 30. April 1987 und tritt nach Beschlussfassung durch das Gemeindeparlament in Kraft.</p>	<p>Art. 70 Inkrafttreten</p> <p>¹(...)</p> <p>²Die Teilrevision vom 23. März 2017 tritt am 1. August 2017 in Kraft.</p> <p>³ Art. 42 4. Absatz der Geschäftsordnung des Stadtrats von Olten (eingefügt in der Teilrevision vom 26. Januar 2017) wird aufgehoben.</p>

3. Beschlussesantrag:

I.

1. Der Teilrevision der Geschäftsordnung des Gemeindeparlaments wird zugestimmt (SRO 121).
2. Die überparteiliche dringliche Motion betreffend Revision der Geschäftsordnung des Gemeindeparlaments der Stadt Olten durch die Spezialkommission für eine Totalrevision der Gemeindeordnung (SpezKo) am 23. November 2016 wird abgeschrieben.
3. Die Spezialkommission Teilrevision Gemeindeordnung wird aufgelöst.
4. Die Teilrevision tritt per 1. August 2017 in Kraft.
5. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

Ziff. 1 dieses Beschlusses untersteht dem fakultativen Referendum.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit den Anträgen des Parlamentsbüros und der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

Sonja Bossart Meier, GPK: Ich muss zuerst eine Frage zum Vorgehen stellen. Die GPK hat ja verschiedene Anträge gestellt. Soll ich zu diesen Stellung nehmen und sie jetzt begründen, oder soll ich dies in der Detailberatung tun? Ist es überhaupt möglich, dass ich dies in der Detailberatung mache?

Parlamentspräsident Matthias Borner: Um diesen Ablauf so sauber wie möglich zu gewährleisten, wäre ich froh, wenn Du die einzelnen Anträge in der Detailberatung als GPK-Sprecherin separat stellen würdest, wenn dieses Vorgehen für Euch okay ist. Es könnte sonst die Gefahr bestehen, dass ich einen vergesse; es sind über 60 Artikel.

Sonja Bossart Meier, GPK: Mir erscheint dies auch sinnvoll. Wir haben die Vorschläge der Spezialkommission insgesamt positiv entgegengenommen. Zwar haben wir eigentlich recht lange, aber nicht sehr kontrovers diskutiert. Wir haben viele Fragen gestellt. Christine von Arx als Präsidentin der Spezialkommission konnte uns viele Fragen beantworten und Hintergründe zu ihren Vorschlägen darlegen. Die meisten Vorschläge waren für uns durchaus nachvollziehbar und plausibel, sodass wir eigentlich zu den meisten unsere Zustimmung geben konnten. Wir haben, wie gesagt, ein paar Anträge gestellt bzw. konnten den Anträgen des Stadtrates zustimmen. Zu diesen werde ich dann in der Detailberatung noch etwas sagen.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Wir sind ja in diesem Sinne in einer Ausnahmesituation, dass wir gar keinen direkten Antrag stellen, sondern uns mit einem Beschluss vom 13. März vernehmen liessen. Wir haben unsere Anliegen, Bedenken oder auch unsere Anträge formuliert. Sie sind entsprechend auch bei den Akten dabei. Von daher kann ich im Namen des Stadtrates darauf verweisen.

Dr. Christine von Arx: Ist es so, dass die Spezialkommission auch noch sprechen kann, so wie es jeweils der Stadtrat macht? Eigentlich haben wir ja jetzt die Position des Stadtrates, weil wir die Antragsteller sind.

Parlamentspräsident Matthias Borner: Du darfst im Namen der Kommission das Wort ergreifen.

Dr. Christine von Arx: Die Spezialkommission hatte den Auftrag, die Geschäftsordnung anzupassen, vor allem die Fragen der parlamentarischen Kommissionen, der parlamentarischen Instrumente, das ominöse Verfahrenspostulat, die Ausstandsregelung und die Offenlegungspflichten anzuschauen. Wir haben dann vor lauter Eifer, als wir an der Arbeit waren und Artikel für Artikel durchgegangen sind, noch kleinere Anpassungen vorgenommen, wo wir der Meinung waren, es dient einer besseren Verständlichkeit oder es ist eine Anpassung an die heutige Praxis. Leider haben wir dann vergessen, den Stadtrat in diesen Prozess mit einzubeziehen. Er hat sich dann zu Recht gewehrt. Wir haben dies nicht mit Absicht gemacht. Wir hatten die gute Zusammenarbeit vor Augen, wie wir sie bei der Teilrevision der Gemeindeordnung und auch bei der Revision der Geschäftsordnung des Stadtrats hatten, wo wir auch sehr eng zusammengearbeitet haben, indem man dies damals schon vorgängig koordinieren konnte. Wir konnten dank dem, dass der Stadtrat gewisse Ideen bei sich aufgenommen hat, auch auf Übergangsbestimmungen verzichten, so dass man die Ausstandsfragen und die Offenlegungspflichten dann noch einmal wieder hätte ändern müssen, obwohl man das Geschäftsreglement des Stadtrats erst gerade angepasst hat. Der Stadtrat hat dann seine Vorschläge gebracht, sich nachträglich vernehmen lassen. Wir konnten dies in der Spezialkommission dann noch kurz auf dem schriftlichen Weg miteinander bereinigen. Jetzt zu den einzelnen Punkten: Bei der Finanzkommission haben wir uns eigentlich an die Bestimmungen der GPK angelehnt. In beiden Kommissionen gibt es jetzt eine Pflicht zur jährlichen Berichterstattung an das Parlament. Die Kommissionen können dabei selber bestimmen, wie sie dies machen wollen. Bei der Ausstandspflicht haben wir gemerkt, dass trotz der Diskussionen, die wir hier hatten, nicht sehr viel zu machen ist. Es gibt eine Regelung dieses Gebiets im Gemeindegesetz. Davon kann man im Prinzip nicht abweichen, und bei jeder Abweichung, die man macht, läuft man die Gefahr, dass man inhaltlich von dem, was im Gemeindegesetz steht, abweicht, und das geht aber immer vor. Das ist in der GPK zu Recht moniert worden. Leider haben wir dann die alte Version in unsere Teilrevision eingebaut. Deshalb der Antrag der GPK. Auf weitere Änderungen an diesen Ausstandsformulierungen würde ich verzichten, weil immer das Risiko besteht, dass man inhaltlich von dem abweicht, was in der Gemeindeordnung steht. Das könnte nur für Verwirrung sorgen. Weil wir aber diese Diskussion beim Geschäft Cultibo ja alle mitbekommen haben und da es hier immer Missverständnisse und Unklarheiten bei der Frage des Ausstands gibt, haben wir versucht, eine Auslegeordnung über die jetzt geltende Rechtsprechung zu machen, die so ein Wegweiser ist, wie man dies heutzutage auslegen sollte, auch mit Beispielen, in der Hoffnung, dass der eine oder andere dies, wenn es wieder einmal Probleme gibt, vielleicht hervor nehmen und sich Gedanken darüber machen kann, wie man dieses neue Probleme darunter subsumieren könnte und dies eine Lösungshilfe ist. Bei den parlamentarischen Instrumenten haben wir versucht, den Ablauf der Motionen und vor allem der Postulate etwas anders darzustellen, damit klarer ist, wie dies eigentlich vor sich gehen soll, klar vor allem, dass es sich um ein Zwei-Stufen-Verfahren handelt, nämlich zuerst die Erheblicherklärung und dann die Antwort des Stadtrats, die diese Anliegen eingehend prüft. Durch dieses Vorgehen soll verhindert werden, dass ineffizient gearbeitet wird. Jetzt ist es im Moment so, dass wenn ein Postulat kommt, schon im Rahmen der Erheblicherklärung eine sehr ausführliche Antwort des Stadtrats vorliegt, die an und für sich schon die Beantwortung des Postulats wäre. Wie wir uns vorstellen, wie dies aussehen könnte, hat der Stadtrat jetzt bei den Geschäften, die heute kommen, sehr gut dargestellt. Bei der Frage des Friedhofs – dies will der Stadtrat entgegennehmen – ist es an und für sich nicht nötig, dass man noch mehr begründet, weshalb man es entgegennehmen will. Die eingehende Prüfung kommt in einem zweiten Schritt, und es wird dann wieder an das Parlament Bericht erstattet. Wir haben aber auch Behandlungsfristen aufgenommen und

auch sie etwas differenziert, je nachdem, ob es ein Postulat oder eine Motion ist, in der Hoffnung, dass man auch hier etwas Drive hineinbringt. Zum Verfahrenspostulat: Das ist Artikel 61bis. Eigentlich gibt es im Gemeindegesetz nur Motionen, Postulate, Interpellationen und einfache Anfragen. In einer ursprünglichen Variante haben wir diesem Kind auch einen Titel gegeben, wo der Name Motion noch drin vorgekommen ist. Um es aber von einer normalen Motion abzugrenzen, haben wir dies jetzt unbenannt. Es gibt jetzt für das Vorgehen, wie wir es gewählt haben, bei der Schaffung dieser Spezialkommission eine ausdrückliche Bestimmung, wie der Prozess eingeleitet werden kann. Es soll vor allem dazu dienen, dass wir ratsinterne Angelegenheiten selber regeln und vorbereiten können. Die Bestimmung, wie wir sie vorschlagen, ist durch litera c sehr ausführlich geraten. Er ist vor allem für den sehr unwahrscheinlichen Fall da, dass der Stadtrat einmal einfach untätig bleibt und das Parlament möchte vorwärts machen, dass man eingreifen kann und das Geschäft selber behandelt. Wir sehen aber ein, dass dies eine sehr weitgehende Kompetenz ist, die wir uns hier zugestehen. Insofern können wir mit der Streichung von litera c gut leben. Zu den weiteren Anträgen der GPK, die ungefähr den Anträgen des Stadtrats entsprechen, sind wir noch kurz folgender Meinung: Bei den Artikeln 10, 12, 29, 30 und 34 handelt es sich im Prinzip um politische Fragen und nicht um Rechtsfragen. Uns erscheint hier wichtig, dass das Parlament darüber diskutieren und entscheiden kann. Darum ist es sinnvoll, dass die GPK diese Anträge gestellt hat. Über Artikel 61^{bis} habe ich Ausführungen gemacht. Hier bleiben wir dabei. Wir würden beantragen, dass man diesen, so wir ihn vorschlagen, gutheisst. Bei Artikel 62, der offensichtlich sprachlich etwas für Verwirrung gesorgt hat, ist es natürlich so, dass es sich dort um ein Fall-N und nicht um ein Plural-N handelt. Es ist nach wie vor so, dass einzelne Parlamentsmitglieder Vorstösse machen können. Wir wehren uns aber auch nicht gegen eine Formulierung, wo das Parlament findet, man müsse dies besser verdeutlichen. Dann kann man dies machen. Insgesamt beantragen wir, dass die Teilrevision angenommen wird.

Dr. Christoph Fink: Die CVP/EVP/GLP-Fraktion stimmt der Teilrevision der Geschäftsordnung des Parlaments zu. Das heisst, wir unterstützen die Anträge der GPK, insbesondere stimmen wir auch der Fassung von Artikel 61^{bis} in der Version der GPK zu, die eben vom Antrag des Stadtrates abweicht. Zu Artikel 33 haben wir noch einen Antrag eingereicht, den ich wahrscheinlich später begründen werde, und zu Artikel 33^{bis} Absatz 1d mit dem Geschäftsgeheimnis möchte ich auch später noch etwas sagen.

Doris Känzig: Mit den meisten Veränderungen in dieser Teilrevision ist die SVP-Fraktion einverstanden. Wir begrüssen die vermehrte Kontrolle des Stadtrats und der Verwaltung durch die neue Finanzkommission. Doppelspurigkeiten und Überflüssiges hat man beseitigt, wobei die Spezialkommission teilweise etwas mit einem grossen Besen aufgeräumt hat. Den Anträgen des Stadtrats und der GPK werden wir deshalb mit wenigen Ausnahmen zustimmen, wenn es um die Beibehaltung bestehender Formulierungen geht. Die Verkleinerung des Parlaments ist eine Folge der Abstimmung. Die Verkleinerung bestehender Kommissionen begrüssen wir. Das ist effizienter. Diese Effizienz entspricht ja auch dem Volkswillen bei der Abstimmung vom Juni 2016. Gewisse Neuerungen hat man vom kantonalen Recht oder von der Geschäftsordnung Stadtrat übernommen, wie zum Beispiel die Regelung der Ausstandspflicht. Sie wird weiterhin zu reden geben. Eigentlich dürfte man auch die Zuschauer, die mit einschlägiger Kleidung im Ratsaal demonstrieren, nicht zulassen. Wie schon gesagt, sind wir mit den meisten Veränderungen einverstanden. Etwas macht uns aber Bauchweh, und das gibt eine grosse Beeinträchtigung des Gesamteindrucks. Mit der Erheblicherklärung für Motionen und Postulate sind wir nicht einverstanden. Hier werden wir dann, wie der Präsident gewünscht hat, in der Detailberatung einen Antrag stellen und begründen. Bei der Schlussabstimmung wird unsere Zustimmung dann vom Ausgang dieses Antrags abhängig sein.

Alexandra Kämpf, FDP-Fraktion: Ich kann es kurz machen. Wir stimmen der Teilrevision und den Anträgen der GPK zu und möchten damit auch noch der Sonderkommission danken.

Dieter Ulrich, SP/Junge SP: Dieses Geschäft hat in unserer Fraktion nicht sehr viel zu diskutieren gegeben. Wir begrüßen die Teilrevision mit den damit verbundenen Änderungen, die wir unterstützen, und wir werden diesem Geschäft, zusammen mit Vorschlägen oder Anträgen der GPK, so zustimmen.

Michael Neuenschwander: Die Fraktion Grüne unterstützt die Teilrevision auch mehrheitlich und zwar in der Variante, welche die GPK bevorzugt mit den Vorschlägen, die der Stadtrat auch in die GPK-Sitzung eingebracht hat. Bei uns zu diskutieren gegeben hat, wie bei den anderen wahrscheinlich auch, vor allem Artikel 33. Dort dominiert bei der Ausstandspflicht halt immer noch unser Unbehagen, dass dieser Artikel für den Ausstand in letzter Zeit vor allem bei ehrenamtlichen Mandaten zur Anwendung kam, wo, wie wir alle wissen, vor allem das Cultibo betroffen war. Wir wünschen uns deshalb, dass ab jetzt und in Zukunft diese Ausstandspflichten eben dann auch tatsächlich bei Mandaten, die für die einzelnen, die hier im Saal damit verhängt sein könnten, lukrativ sind, schärfer angewendet werden, seien es Verwaltungsräte von Sportparks oder a.en, Olten Tourismus, Wirtschaftsförderung usw., dort wo tatsächlich auch noch grössere Interessen in finanzieller Art vertreten werden. Bei Artikel 33^{bis} werden wir dann in der Detailberatung auch noch einen Antrag stellen.

DETAILBERATUNG

Artikel 10

Sonja Bossart Meier: Die Beibehaltung beantragt die GPK deshalb, weil Sitzungstag und Sitzungstermin nicht das Gleiche sind. Der Sitzungstag ist eben in unserem Fall zum Beispiel der Donnerstag, und der Termin wäre jetzt heute der 23. März 2017. Die GPK ist der Meinung, dass der Sitzungstag, dieser Wochentag, durchaus weiterhin vom Parlament und nicht vom Büro festgelegt werden soll.

Beschluss

Mit 33 : 4 Stimmen bei 8 Enthaltungen wird dem Antrag der GPK zugestimmt.

Artikel 12

Sonja Bossart Meier: Den Inhalt von Artikel 12 möchte die GPK beibehalten und nicht streichen und zwar aus dem Grund, dass genau der gleiche Wortlaut im Gemeindegesetz in § 119 vorgesehen ist. Insofern ist die Begründung der Spezialkommission zu Artikel 20 eigentlich nicht korrekt. Es ist so, dass Mitglieder des Gemeindeparlaments tatsächlich ausgeschlossen werden können, weil dies eben im Gemeindegesetz steht. Jetzt könnte man sich natürlich trotzdem überlegen, diese Bestimmung zu streichen. Die GPK ist aber der Meinung, dass die Geschäftsordnung auch eine Art Richtschnur sein soll, an die sich die Parlamentarier halten können, und dass sie nicht im Gemeindegesetz ebenfalls noch nachschauen müssen, ob dort auch noch etwas steht. Deshalb finden wir es richtig, dass man dies hier beibehält.

Urs Knapp: Das war die juristische Begründung, die wir gehört haben. Sie stimmt natürlich. Es ist im Gemeindegesetz so. Die Kommission hat dies diskutiert und einen politischen Entscheid gefällt. Wir haben gesagt: Was im Gemeindegesetz steht, ist eigentlich ein Humbug, dass man einen gewählten Volksvertreter, aus welchen Gründen auch immer, aus dem Parlament ausschliessen kann. Für uns war dies auch ein Zeichen, dass man sagt: Nein, wir nehmen dies hier nicht auf. Wenn man dies dann unbedingt machen will, soll bitte jemand im Gemeindegesetz nachschauen gehen. Ich glaube, es war in der Spezialkommission sogar einstimmig. Es widerspricht auch unserem Empfinden einer Demokratie, dass wir einfach ermöglichen, dass man jemanden ausschliessen kann, weil er nicht kommt. Er ist halt immer gleichwohl noch vom Volk gewählt.

Felix Wettstein: Ich möchte das, was Urs Knapp gerade gesagt hat, unterstützen und noch ergänzen. Im kantonalen Gemeindegesetz sind all diejenigen Bestimmungen und Passagen, die für die sogenannte ausserordentliche Gemeindeorganisation gelten, allein wegen Olten. Wenn wir in Olten zum Schluss kommen, dass wir dort etwas, nicht wegen falscher Absicht, sondern weil man dies damals einfach irgendwie in einer anderen Tradition hatte, anders haben möchten, und wenn all diejenigen, die aus den verschiedenen Parteien aus der Stadt Olten auch kantonal mit politisieren, dahinter stehen, ist es ein Leichtes, auch einmal das kantonale Gemeindegesetz dem anzupassen, was man heute eigentlich richtig findet.

Christian Werner: Meines Erachtens gibt es auch juristische Gründe für eine Streichung, weil das Gemeindegesetz ja sowieso gilt. Felix hat dies richtig gesagt. All das, was die ausserordentliche Organisation regelt, ist nur für die Stadt Olten. Wir schreiben ja jetzt nicht alles hinein, was im Gemeindegesetz zur ausserordentlichen Organisation festgeschrieben ist. Wenn dies dort sowieso schon festgehalten ist, gibt es eigentlich nicht wirklich einen Grund, dies doppelt aufzuführen. Ich bin eigentlich eher für schlanke Gesetze. Das ist bürgerfreundlicher. Es bringt nichts, wenn man hier immer 100 Seiten und 98 Artikel hat. Wenn es ohnehin schon gilt und klar ist, wieso noch einmal aufführen? Dann kann man es genauso gut streichen.

Michael Neuenschwander: Ich war einer derjenigen, die für die Beibehaltung der Aufführung dessen, was ja sowieso Sache ist, sind. Warum? Es ist eigentlich eine politische Würdigung des Mandats. Wenn jetzt jemand, der neu oder nicht mehr ganz neu gewählt ist, dieses Reglement einmal in die Finger nimmt und sieht, dass damit tatsächlich eine kleine Verpflichtung verbunden ist, nämlich nicht einfach, weil man vom Volk gewählt ist, nachher alles schleifen zu lassen wie es einem gerade passt, sondern es ja irgendwo eine Verpflichtung für die nächsten Jahre ist, solange man Mitglied dieses Parlaments ist, hier auch zu erscheinen und teilzunehmen. Deshalb kann es nichts schaden, wenn dies aufgeführt ist. Es ist ein Satz. Man kann jetzt nicht sagen, dass es eine grosse Aufbauschung eines Reglements ist, sondern es ist ein Aufmerksam machen für die Parlamentarierinnen und Parlamentarier, dass es verpflichtend ist.

Philippe Ruf: Ich gebe Michael hier Recht. Ich finde, es ist eine Grundsatzfrage, dass wir dies auch drin lassen. Es steht auch ausdrücklich unentschuldigt. Jeder, der einmal länger krank ist oder etwas Anderes hat, kann sich abmelden. Das ist überhaupt kein Problem, auch wenn er ein Jahr fehlt. Aber es geht hier auch etwas um das Prinzip, und ich denke auch um den Anstand anderen gegenüber und vor allem eben auch als Volksvertreter, dass man hier eine bestimmte Anzahl dieser Sitzungen besucht oder sich abmeldet. Das ist ja völlig in Ordnung. Diese Umstände gibt es. Aber dass man nicht einfach unentschuldigt fernbleibt. Deshalb bin ich eigentlich auch für die Beibehaltung dieses Artikels.

Beschluss

Mit 27 : 18 Stimmen bei 1 Enthaltung wird dem Antrag der GPK zugestimmt.

Artikel 29 und 30

Sonja Bossart Meier: Artikel 29 und 30 sollen nach dem Vorschlag der Spezialkommission kombiniert werden. Das halten wir für sinnvoll. Die GPK beantragt, in Absatz 3 zwei inhaltliche Änderungen, verglichen mit dem Antrag der Spezialkommission. Erstens das Quorum, wo die GPK der Meinung ist, dass solle bei zwei Dritteln beibehalten werden und nicht bloss ein Mehrheitsentscheid. Insofern stimmen wir auch der Meinung des Stadtrats zu, der auch für das höhere Quorum votiert hat. Das Zweite ist, dass der bisherige Satz in Artikel 30 Absatz 2 am Schluss eben nicht gestrichen werden sollte, weil dort steht, dass wenn ein solcher Antrag auf Schluss der Diskussion durchdringt, doch noch jede Fraktion, ebenfalls der Vertreter des Stadtrats und allenfalls ein Vertreter der Kommissionen ein Votum abgeben kann. Wir glauben, man sollte dies in den Regelungen belassen.

Parlamentspräsident Matthias Borner: Meine Frage an den Stadtrat: Er hat ja den Antrag gestellt, dass man Artikel 30 beibehält. Seid Ihr mit diesem GPK-Antrag in Eurem Antrag auch befriedigt?

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Es ist einmal schön, dass wir auch befriedigt sein dürfen und nicht nur das Parlament, wenn eine Interpellation beantwortet wird. Ich kann es kurz zusammenfassen. Wir haben eigentlich vor allem einen Artikel. Nachher möchte ich mich nicht mehr melden. Das ist Artikel 61. Dort geht es um die sogenannte Antragstellung, wo wir einen Antrag gestellt haben, an dem wir klar festhalten. Bei den anderen Anträgen möchten wir uns nicht in die Details einlassen. Dort schliessen wir uns selbstverständlich dem GPK-Antrag, wenn er so gestellt wird, auch an. Für uns ist Artikel 61^{bis} entscheidend. Dort beissen wir uns relativ fest daran, dass er so nicht kommt. Sonst mischen wir uns selbstverständlich nicht in dieses rein parlamentarische Geschäft ein.

Beschluss

Mit 42 : 0 Stimmen bei 4 Enthaltungen wird dem Antrag der GPK zu Artikel 29 zugestimmt.

Artikel 33

Dr. Christoph Fink: Artikel 33 ist ja bekanntlich wortwörtlich aus dem Gemeindegesetz abgeschrieben. Die meisten wissen noch aus ihrer Schulzeit, dass das Abschreiben durchaus auch seine Tücken hat. Wenn man sich näher mit diesem Artikel befasst, sieht man, dass beispielsweise im Kantonsratsgesetz ebenfalls wortwörtlich diese Bestimmung enthalten ist, aber dort mit der Präzisierung „in Verfügungs- und Beschwerdeverfahren“. Wir fanden, das Gemeindegesetz ist ja nicht nur für die Stadt Olten mit der ausserordentlichen Gemeindeorganisation gemacht, sondern für alle anderen Gemeinden auch und ebenfalls für die Kommissionen, und dass sich diese Bestimmung offenbar vor allem auf Beschwerde- oder Verfügungsverfahren bezieht, die wir eigentlich hier im Parlament so gut wie nie haben. Aber unsere Geschäftsordnung würde auch für die Kommissionen gelten. Deshalb wollen wir diese Bestimmung nicht einfach streichen, sondern präzisieren, dass sie vor allem in diesen Fällen zur Anwendung kommt.

Beschluss

Mit 38 : 5 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird dem Antrag der CVP/EVP/GLP zugestimmt.

Sonja Bossart Meier: In Artikel 33 hat die GPK festgestellt, dass zwar eigentlich ja das Gemeindegesetz hätte übernommen werden sollen, dass aber dieses Gemeindegesetz neu im Wortlaut nicht mehr so ist, wie es hier bisher gestanden ist, sondern das Gemeindegesetz in der Zwischenzeit geändert wurde. Die GPK beantragt deshalb, dass eben die aktuelle Version des Gemeindegesetzes, vor allem im Buchstaben A, übernommen wird. Es geht jetzt hier nicht mehr um Buchstaben B, sondern um Buchstaben A. Das aktuelle Gemeindegesetz hat vor allem so etwas die gesellschaftliche Entwicklung der letzten Jahre übernommen. Dieser Antrag betrifft vor allem das Konkubinatsverhältnis, die sogenannte faktische Lebensgemeinschaft und dann die eingetragenen Partner. Neu kann natürlich eine Beziehung in einem solchen Zusammenhang auch zu einem Ausstandsgrund führen. Das ist eigentlich nur eine Nachführung dessen, was jetzt im Gemeindegesetz sowieso gilt. Das betrifft Absatz 1. Zu Absatz 5 hat die GPK ebenfalls einen Antrag. Dort geht es darum, dass im Parlament ja ab und zu diskutiert wurde, ob diese Person, die in den Ausstand tritt, dann auch den Saal verlassen muss. Die GPK schlägt vor, dass wir dies zur Vermeidung solcher Diskussionen auch explizit in die Geschäftsordnung hineinschreiben.

Dr. Christine von Arx: Ich spreche jetzt für die Spezialkommission. Wie ich schon gesagt habe, haben wir aus Versehen die falsche Version genommen. Ich möchte eigentlich mehr etwas zu Absatz 5 sagen. Das haben wir auch diskutiert. Wir haben es als etwas

problematisch erachtet, wenn man jemanden auch noch vom öffentlich zugänglichen Bereich ausschliesst. Das Parlament unterscheidet sich hier von einer Sitzung, die nicht öffentlich ist. Dann ist es selbstverständlich. Das entsprechende Mitglied muss den Raum verlassen, damit die Diskussion ohne Beeinflussung stattfinden kann. Hier im Rat ist es anders, weil man die Öffentlichkeit hat, die zuschaut, und es ist problematisch, wenn man dann sagt, jemand darf auch nicht im öffentlichen Raum sein. Das war eigentlich unsere Überlegung.

Beschlüsse

Einstimmig wird dem Antrag der GPK zu Ziffer 1 zugestimmt.
Mit 27 : 19 Stimmen wird der Antrag der GPK zu Ziffer 5 abgelehnt.

Artikel 33^{bis}

Michael Neuenschwander: Hier kommt noch die alte Fasnacht der Grünen. Wir möchten gerne noch einmal auf die Offenlegung der Interessenbindungen zurückkommen und stellen den Antrag, dass man in Absatz d die ersten fünf Wörter „unter Vorbehalt von Berufs- und Geschäftsgeheimnissen“ streicht. Das leuchtet uns nach wie vor nicht ein, weil ein dauerndes Mandat einfach kein Geschäftsgeheimnis ist. Das soll man offenlegen dürfen, müssen, wenn es ein dauerndes Mandat ist. Es ist ganz klar, dass etwas wie ein Arztgeheimnis usw. sowieso zählt.

Parlamentspräsident Matthias Borner: Ich bin kein Jurist, aber irgendwie scheint es mir etwas schwierig, jemanden zu zwingen, etwas zu tun, das gegen das Gesetz verstösst. Deshalb möchte ich kurz bei Patrik Stadler fragen, ob dieser Antrag zulässig ist.

Dr. Patrik Stadler: Geschäftsgeheimnisse sind allenfalls vertraglich geschützt. Sie unterstehen, im Gegensatz zu den gesetzlichen Berufsgeheimnissen, der individuellen Disposition. Von daher gesehen kann man dies schon weg bedingen. Der Antrag ist zulässig.

Dr. Christoph Fink: Wir hätten beantragen wollen, dass der gleiche Wortlaut oder der gleiche Sinn gelten soll, wie wir dies schon bei der Behandlung der Geschäftsordnung des Stadtrates hatten, dass nämlich nicht nur Artikel 321 ZGB gilt, sondern einfach weitere Beratungstätigkeit von Anwälten, die nicht unter dem Anwaltsgesetz gelten. Wir haben eigentlich die Meinung vertreten, dass in der Geschäftsordnung des Parlaments und des Stadtrats der gleiche Sinn gelten sollte.

Parlamentspräsident Matthias Borner: Was ist jetzt Dein Antrag?

Dr. Christoph Fink: Es ist kein Antrag, sondern nur eine Präzisierung, was man darunter verstehen soll.

Dr. Christine von Arx: Ich möchte Euch bitten, diesen Antrag aus zwei Gründen abzulehnen. Erstens haben wir dies an der letzten Sitzung beim Stadtrat schon eingehend diskutiert. Diese Formulierung hat auch ihre Schwächen. Aber es ist verständlich, was gemeint ist. Der zweite Grund ist, dass wir so quasi wie eine Abmachung mit dem Stadtrat, dass wir bei der Offenlegung der Interessen die identischen Pflichten haben. Es hat deshalb im Reglement des Stadtrats hinten bei den Übergangsbestimmungen einen Vorbehalt, dass die Bestimmung über die Offenlegungspflicht nur gilt, wenn wir eine ähnliche Bestimmung erlassen. Wir haben aus diesem Grund, damit es kein Durcheinander gibt, bei unseren Schlussbestimmungen jetzt aufgenommen, in der Annahme, dass Artikel 33^{bis} jetzt so kommt wie eine Spezialkommission, dass man diesen Vorbehalt in den Übergangsbestimmungen des Stadtrats wieder streichen kann, damit ein- für allemal festgestellt ist: Es handelt sich um eine gleichartige Bestimmung. Ich habe an der GPK-Sitzung ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, dass wenn man an dieser Bestimmung etwas ändern will, dass man bei den Übergangsbestimmungen hier Artikel 70 Inkrafttreten oder von mir aus als Artikel 71

konsequent wieder eine Übergangsbestimmung machen muss, damit wir die Gleichheit mit dem Reglement des Stadtrats hin bekommen. Von daher gesehen macht es jetzt das Ganze unnötig kompliziert, für das, dass „unter Vorbehalt von Berufs- und Geschäftsgeheimnissen“, wo an und für sich juristisch auch klar ist, was gemeint ist, für nichts einfach ein Riesendurcheinander gemacht wird. Wir beantragen Euch wirklich, diese Formulierung, so wie sie hier ist, von uns vorgeschlagen, so zu übernehmen, auch wenn es nicht diejenige ist, die wir ursprünglich geplant hatten. Die Spezialkommission unterstützt natürlich die eigene Formulierung, und ich bitte wirklich darum, dass man den Antrag der Grünen ablehnt. Sonst muss man dann dies bei Artikel 70 wirklich konsequent durchkorrigieren.

Christian Werner: Ich kann meiner Vorrednerin nachsprechen. Ich denke ebenfalls, dass es falsch wäre, wenn man dies streichen würde, und ich finde es auch extrem inkonsequent von Dir. Vorher hast Du bei einem von mir aus gesehenen Scheinproblem, wo wir davon gesprochen haben, dass irgendwelche Parlamentarier dann die ganze Zeit unentschuldigt fehlen, was wahrscheinlich noch nie vorgekommen ist, dass man sie nachher ausgeschlossen hat, gesagt: Auch wenn es im Gemeindegesetz geregelt ist, schreiben wir es unbedingt noch hier hinein, weil es so wichtig ist. Jetzt hier, wo es wirklich um etwas Wichtiges geht, weil es Leute gibt, die davon betroffen sind, viel mehr als Leute, die ständig unentschuldigt fehlen, sagst Du: Ja, es ist im Strafgesetzbuch geschrieben, und deshalb ist es nicht nötig. Das Strafgesetzbuch ist völlig weiter weg als das Gemeindegesetz. Dazu ist es ein viel wichtigeres Anliegen. Wenn wir dann schon sagen, wir schreiben hier irgendwelche Scheinprobleme ins Gesetz hineinschreiben von Leuten, die ständig fehlen, wäre es völlig falsch, dies jetzt herauszustreichen.

Felix Wettstein: Wer eine dauernde Beratungsfunktion für Interessengruppen und Verbände ausübt und die gleichen Interessengruppen oder Verbände haben zum Beispiel einen Leistungsauftrag der Stadt, steht in einem Interessenskonflikt. Dann kann er sich nicht hinter irgendeinem Berufsgeheimnis verstecken. Es geht nicht darum, dass irgendjemand einen Lohn oder ein Honorar auf den Tisch legen muss. Das ist klar. Das müssen wir nicht wissen. Das Entscheidende ist die Absicht, dass niemand in einen Interessenskonflikt kommt. Wir hätten tatsächlich gewollt, dass diese Formulierung nicht nur jetzt in diesem Papier, sondern auch schon in jenem, das wir letztes Mal diskutiert haben, übereinstimmen. Ihr könnt Euch vielleicht erinnern. Es ist richtig, dass wir wollen, dass dies schlussendlich übereinstimmt. Aber wenn wir es jetzt drin lassen, binden wir das Pferd am Schwanz auf. Wir müssen vermeiden, dass jemand, der in einem Interessenskonflikt ist, hier tatsächlich mitstimmt, wenn er ein privates persönliches Interesse daran haben könnte.

Christian Werner: Das Anwaltsgeheimnis betrifft nicht die Höhe der Honorarnote, sondern das Mandatsverhältnis an und für sich. Ein Anwalt, der offenlegt, wen er im Rahmen seiner anwaltschaftlichen Tätigkeit vertritt, macht sich strafbar. Es gibt auch Standesregeln, und es geht überhaupt nicht um die Honorarnote, sondern um das Mandatsverhältnis. Was wir jetzt diskutieren, ist etwas abstrus.

Felix Wettstein: Ihr habt es vielleicht gehört. Ich habe nie das Wort Anwalt in den Mund genommen. Es ist richtig, dass Anwältinnen und Anwälte einen eigenen zusätzlichen Schutz haben. Es gibt jene dauerhaften Beratungsfunktionen zum Beispiel im EDV-Bereich, zum Beispiel im Bereich von Coaching, Beratungen. Das ist fest ein Feld, wo ich oder meine Arbeitskolleginnen und –kollegen mitarbeiten. Es gibt keinen Grund, der sich hier jemand hinter einem Berufsgeheimnis verstecken kann.

Dr. Christine von Arx: Ich sage es jetzt einmal in meinem Namen. Ich denke, man muss zwei Sachen unterscheiden. Es gibt die Ausstandspflicht, diese Ausstandspflicht besteht immer, und man muss nicht begründen, wieso man in den Ausstand tritt. Man muss es einfach tun, wenn einer dieser Gründe gegeben ist. Es gibt die Offenlegung der Interessenbindungen. Das hat primär nichts miteinander zu tun. Man muss nicht nur in den Ausstand treten bei etwas, wo man die Interessenbindungen offenlegen muss, sondern selbstverständlich auch bei anderen Sachen. Da sind wir dann wieder beim Anwalt. Er muss

selbstverständlich in den Ausstand treten, wenn es ein Mandantenverhältnis gibt. Aber er darf nicht sagen, wieso er in den Ausstand tritt. Von daher gesehen darf man dies nicht miteinander vermischen und muss dies getrennt anschauen. Nur, weil man an dieser Formulierung etwas ändert, heisst dies nicht, dass eine Nase mehr oder weniger in den Ausstand treten muss.

Gökhan Karabas: Wenn etwas offengelegt ist, ist es auch einfacher, dies zu kontrollieren. Aus diesem Grunde würde ich auch empfehlen, dass man dem Antrag der Grünen zustimmen würde.

Michael Neuenschwander: Es geht uns ja darum, dass man sich logischerweise nicht allzu sehr verstecken kann, sondern, dass es dort, wo man wirklich Mandate hat, die wichtig sind und einen betreffen, klar ist, dass man diese vorher einfach offenlegen muss. Man würde sich ja strafbar machen, wenn man dann nicht in den Ausstand treten würde und es käme aus. Es geht nur darum, dass man diese Bestimmung genug restriktiv auslegt und um nichts Anderes. Mein Antrag zu Artikel 33^{bis} Absatz d lautet wie folgt: Die Wörter „Unter Vorbehalt von Berufs- und Geschäftsgeheimnissen“ werden gestrichen.

Beschluss

Mit 34 : 12 Stimmen wird der Antrag der Grünen abgelehnt.

Artikel 34

Sonja Bossart Meier: Die GPK beantragt, gleich wie der Stadtrat, dass wir die Formulierung von Artikel 34 Absatz 2 beibehalten, dass über Anträge, wo die finanzielle Tragweite nicht abgeklärt ist, nicht abgestimmt werden darf. Die GPK ist der Meinung, dass die Formulierung, welche die Spezialkommission vorschlägt, dass nur der finanzielle Mehraufwand bekannt sein müsste, zu eng sei. Einerseits sind in dieser Formulierung Mindererträge nicht erfasst, die ja den Finanzhaushalt ebenfalls belasten. Andererseits ist die GPK auch der Meinung, dass es durchaus Sinn macht, auch positive Auswirkungen auf den Finanzhaushalt aufzuzeigen. Das würde Minderaufwände oder Mehrerträge betreffen. Die Umschreibung finanzielle Tragweite erfasst genau all diese Fälle. Die GPK ist der Auffassung, dass diese Formulierung eben vermeidet, dass Anträge, die aus dem Bauch herausgestellt werden, ohne dass man die finanziellen Folgen, seien sie für die Stadt negativ oder positiv, abgeklärt hat, dass solche Anträge überhaupt zur Abstimmung kommen können.

Dr. Christine von Arx: Wir würden Euch bitten, unsere Formulierung, so wie sie ist, zu unterstützen. Wenn man genau anschaut, was Absatz 2 ist, ist es im Prinzip ein Verbot, gewisse Anträge stellen zu dürfen, das heisst ein Verbot, über gewisse Sachen diskutieren zu dürfen. Unserer Meinung nach muss man mit solchen Verboten äusserst restriktiv sein. Es ist eigentlich nur gerechtfertigt, wenn es um einen finanziellen Mehraufwand geht. Wenn ein Parlamentsmitglied bei einem Antrag ein schlechtes Gefühl hat, weil es diesen Antrag nicht richtig beurteilen kann, weil er quasi schlecht begründet ist, weil man die Folgen nicht abschätzen kann, steht es jedem frei, einen Antrag abzulehnen. Aber ein Diskussionsverbot geht uns zu weit.

Beschluss

Mit 24 : 18 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird dem Antrag der GPK zugestimmt.

Artikel 61^{bis}

Sonja Bossart Meier: Die GPK beantragt nicht die Streichung dieses ganzen Artikels, sondern die Streichung des Buchstabens c, und zwar ist dies nicht nur sozusagen ein Drittel des Umfangs, den diese Bestimmung hätte, sondern es ist viel mehr, nämlich der grösste

Teil. Es geht darum, dass das Parlament eigenständig jegliche Art von Reglement und Beschlussesentwürfen selber erarbeiten könnte, ohne Mitwirkung des Stadtrats und der Verwaltung. Die Erarbeitung solcher Vorlagen ist aber eben grundsätzlich die Aufgabe der Exekutive. Deshalb teilt die GPK die Bedenken des Stadtrates, dass Buchstabe c zu weit geht und in die Kompetenzen der Exekutive eingreift. Vermutlich würde diese Bestimmung sogar gegen übergeordnetes Recht verstossen. Indem man Buchstabe c streicht, wird der Anwendungsbereich auf interne Angelegenheiten des Parlaments und insbesondere eben die Änderung der Geschäftsordnung begrenzt. Wir haben uns in der GPK noch gefragt, was denn überhaupt neben der Geschäftsordnung noch so eine interne Angelegenheit sein könnte. Dann ist jemand auf die Idee gekommen, dieser Sitzungstag, was wir vorher auch schon gehört haben, könnte eine solche interne Angelegenheit sein. Da könnte das Parlament selber beschliessen, es wolle darüber befinden. Buchstaben a und b kann man nach Auffassung der GPK durchaus beibehalten. Insbesondere wird das Vorgehen, über das wir jetzt heute Abend debattieren, ausdrücklich als zulässig und möglich erklärt. Die GPK beantragt auch noch einen Absatz 2. Dort geht es auch um die Bedenken, die der Stadtrat aufgeführt hat, dass der Stadtrat schon gemäss Gemeindegesetz zwingend die Möglichkeit haben muss, Stellung zu nehmen. Deshalb würden wir diese Mitwirkungsmöglichkeit in Absatz 2 gerne statuiert haben.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Es ist tatsächlich so, dass wir uns zu Artikel 61^{bis} sorgfältig schriftlich vernehmen liessen. Ich kann darauf verweisen. Es ist auch so, dass der Giftzahn gezogen wird, wenn man litera c dann auch streicht. Ich denke, beim Anderen ist die Beschwerdefreudigkeit des Stadtrates eingeschränkt. Wir halten aber aus konsequenten Gründen fest, dass man es in diesem Sinne nicht aufnimmt, weil es eigentlich schon geregelt ist, dass Geschäfte, mit denen sich das Parlament selber beschäftigt, auch dort die Kompetenz ist. Zusammengefasst: Wenn Ihr A und B durchlasst, werden wir wohl kaum irgendwo ein Rechtsmittel ergreifen. C wäre sehr giftig. Hier werden und würden wir die Frage entsprechend formell auch durch die Gerichtsinstanz stellen und beantworten lassen.

Parlamentspräsident Matthias Borner: Ist Euer Antrag Streichung des ganzen Artikels 61^{bis}.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Wir sind selbstverständlich konsequenterweise für die Anträge, die wir gestellt haben, für Streichung. Aber ich kann Euch sagen, wenn A und B hier von Euch beschlossen werden, ist die Einschätzung, dass dies für uns kein Aufreger ist.

Urs Knapp: Es geht hier um ganz grundsätzliche Fragen und Machtbalance zwischen Stadtrat und Parlament. Wir haben in den letzten Jahren gesehen, dass der Stadtrat bei x Sachen versucht hat, seine Macht auszuweiten, auch mit Reglementen, auch mit Verordnungen. Jetzt droht er noch, uns vor den „Kadi“ zu ziehen. Ich glaube, wir sollten hier wirklich schauen. Es geht ja nicht darum, dass wir diese Reglemente selber ändern wollen. Wir wollen einen Anstoss geben, dass der Stadtrat ein Reglement oder eine Verordnung ändern soll. Wenn wir nicht einmal mehr dies können, was sollen wir dann machen? Für mich ist dies ein ganz zentraler Punkt, auch von dieser Geschäftsordnung. Es geht darum: Wollen wir kapitulieren oder wollen wir auch noch Einfluss haben? Es geht nicht darum, wie der Stadtrat gesagt hat, wir würden die Reglemente oder Bestimmungen selber machen. Das ist ja nicht der Fall. Aber wir könnten zum Beispiel sagen: Im Friedhofreglement möchten wir dieses und jenes ändern. Dann müsste der Stadtrat einen Vorschlag machen, und wir können darüber abstimmen. Wenn wir dies nicht geben, wird uns im Prinzip ein Maulkorb umgelegt. Von daher würde ich schon beantragen: Wir probieren doch diese Kraftprobe einmal aus und schauen, was passiert, was dann rechtlich genau ist.

Sonja Bossart Meier: Jetzt natürlich nicht für die GPK, sondern ich glaube, dass ich als Einzelsprecherin auch reden darf. Was Urs Knapp jetzt gesagt hat, können wir ja ohne weiteres mit irgendeiner Motion oder einem Postulat vergleichen. Das ist genau der Sinn von Motion und Postulat, dass wir den Stadtrat bitten, eine Vorlage zu bringen. Wir können natürlich ganz konkret sagen, was wir wollen.

Dieter Ulrich: Ich unterstütze wie die GPK auch die Streichung von c, weil ich ebenfalls finde, dass wir uns hier auf ein heikles Terrain begeben. Ich finde es problematisch, wenn man jetzt hier mit Gerichtsdrohungen konfrontiert wird. Ich denke, dieses Parlament weiss sehr wohl auch sonst einen vernünftigen Entscheid zu fällen. Mir scheint aber generell die Verweigerungshaltung des Stadtrats zu den ersten zwei Punkten schon etwas komisch. Ich könnte es jetzt nicht mehr belegen. Aber als es darum ging anzustossen, dass man unsere Geschäftsordnung revidiert, ist der Stadtrat meiner Meinung nach nicht durch grossen Enthusiasmus aufgefallen respektive hatte ich das Gefühl, er hat so eine Haltung von wegen: Ja, schaut doch selber! Wir möchten jetzt einfach einmal verankern, dass wir hier einen sauberen Weg hätten, wie wir so etwas anschieben und durchführen können. Hier verstehe ich nicht, wo wir dem Stadtrat irgendetwas zuleide werken damit, dass er jetzt hier noch dagegen sein muss. Abgesehen davon, wenn er selber gesagt hat, es wird keine Konsequenzen haben, ob er sich dafür oder dagegen ausspricht, weil er ja vermutlich dort auf Rechtsmittel verzichten wird. Insofern würde ich auch dafür plädieren, c zu streichen, aber dem Rest zuzustimmen.

Urs Knapp: Sonja Bossart, von der Interpretation her: Man kann den parlamentarischen Antrag auch als Oberbegriff von Postulat und Motion betrachten. In diesem Fall würden wir natürlich hier sagen, wir dürfen nicht einmal mehr Postulate oder Motionen machen.

Beschluss

Antrag Stadtrat Streichung Artikel 61 ^{bis} :	2 Stimmen
Antrag GPK Streichung Artikel 61 ^{bis} lit.c:	44 Stimmen

Dr. Christine von Arx: Der GPK-Antrag umfasst ja auch Absatz 2, der neu dazu kommen soll. Ich denke, man könnte dies gleichzeitig tun. Hier hat ja niemand etwas dagegen. Streichung von Buchstabe c plus der neue Absatz 2. Der Antrag der GPK ist umfassender als nur diese Streichung. Irgendwie muss man über den Absatz 2 noch einmal abstimmen, ob man ihn will.

Beschluss

Mit 38 : 5 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird dem Antrag der GPK zugestimmt.

Artikel 62

Dr. Christine von Arx: Wir haben es angeschaut. Die Formulierung ist eigentlich klar. Es sind selbstverständlich auch einzelne Mitglieder berechtigt, Anträge zu stellen. Die GPK war auch dieser Meinung und hat deshalb keinen zusätzlichen Antrag gestellt.

Felix Wettstein: Ich habe keine andere Haltung. Aber ich möchte gleichwohl einfach noch betonen: Wenn irgendwo angeschrieben ist „Männertoilette“, dann kann auch ein einzelner Mann hinein gehen.

Beschluss

Antrag Stadtrat für Beibehaltung Artikel 62: Einstimmig abgelehnt
Antrag Spezialkommission wird zugestimmt.

Artikel 63

Doris Känzig: Die SVP-Fraktion stellt bei Artikel 63 einen Antrag auf Beibehaltung der bestehenden Formulierung, das heisst wir stellen den Antrag auf Streichung der neuen Absätze 1 bis 8. Die Begründung ist, dass man im Moment denkt, die Erheblichkeitserklärung von Motionen und Postulate ist gut, weil es für einen effizienteren

Betrieb sorgt und man vielleicht unnötige Diskussionen vermeidet. Die Bearbeitungszeit von zwei Jahren für eine Motion und von einem Jahr für ein Postulat ist aber in unserer schnelllebigen Welt viel zu lange. Minderheiten im Parlament haben einen Nachteil. Sie werden bereits zum Voraus in die Schranken verwiesen. Man hat die Beantwortung des Stadtrats mit Bericht und Antrag noch nicht, das heisst, man hat keine sorgfältige Meinungsfindung und kann einen solchen Vorstoss bereits verhindern. Auch die Bevölkerung hat das Recht zu erfahren, was wir mit einem Vorstoss wollen. Wir werden deshalb bei den Artikeln 63 bis 65 entsprechende Anträge auf die Beibehaltung des aktuellen Texts stellen. Der Antrag ist: Artikel 63, Beibehaltung der aktuellen Regelung.

Dr. Christine von Arx: Wir haben Artikel 63 bis 65, Motionen und Postulate, und wie man sie behandeln soll, zusammengefasst und unserer Meinung nach versucht zu verdeutlichen, was an und für sich vom Gesetzestext her, vom Reglementstext her, heute schon der Status quo ist, den man nur nicht immer ganz so befolgt. Es ist keine Änderung, mal abgesehen von den Fristen, die wir eingeführt haben. Auch schon heute müsste eine Motion oder ein Postulat zuerst erheblich erklärt werden, und erst, wenn es erheblich erklärt ist, geht der Stadtrat hinter die Bücher und prüft beim Postulat, was der Auftrag ist oder macht einen Vorschlag bei einer Motion, wie eine Änderung, die in seinem Kompetenzbereich ist, vonstatten gehen soll. Wie es schon gesagt wurde, muss man dann einfach auch konsequent sein. Entweder nimmt man diese neue Fassung so an, wie sie jetzt ist, den neuen Artikel 63, die Streichung von Artikel 64, die neue Modifizierung von Artikel 65, auch eine Anpassung, oder man belässt die drei so, wie sie sind. Wir sind aber der Meinung, dass die Darstellung, so wie wir sie hatten, mit dem Text, wir ihn jetzt hatten, klar besser verständlich ist als das, was im jetzigen Geschäftsreglement ist. Es ist keine Neuerfindung des Rads. Es ist unserer Meinung nach einfach eine bessere Beschreibung, wie das Ganze vor sich gehen lassen soll. Wir bitten Euch deshalb, unserem Antrag zu folgen.

Beschluss

Mit 39 : 7 Stimmen wird der Antrag der SVP abgelehnt.

Artikel 64 und 65: Antrag SVP für Beibehaltung alte Version

Beschluss

Mit 38 : 8 Stimmen wird der Antrag abgelehnt.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Ich habe gleichwohl noch eine Frage, Christine. Du hast uns ja beim Eintreten auch gesagt, wenn Abänderungen in Bezug auf die Austritts- oder Abtretungspflicht passieren, man die Nachführung machen muss. Entfällt dies jetzt aus Deiner Sicht?

Dr. Christine von Arx: Dieser Vorbehalt des Stadtrats in der Geschäftsordnung des Stadtrates hat sich ja nur auf die Offenlegungspflicht bezogen, und dort haben wir jetzt keine Änderung unseres Vorschlags gemacht. Unser Vorschlag ist identisch mit der Formulierung im Reglement, in der Geschäftsordnung des Stadtrates. Von daher gesehen ist es so, wie es jetzt hier steht, meiner Meinung nach richtig, dass man diesen Vorbehalt in der Geschäftsordnung des Stadtrats jetzt herausstreicht, weil es identisch ist.

Schlussabstimmung

Urs Knapp: Ich möchte vor allem Christine von Arx danken. Auch ich war Mitglied der Spezialkommission. Wir haben Christine erlitten, erfreut. Ich glaube aber, dass wir die Gemeindeordnung in diesen drei, vier Monaten ändern konnten, dass wir jetzt auch diese Reglemente ändern konnten, ist natürlich zu einem grossen Teil das Verdienst der Spezialkommission, aber vor allem auch das Verdienst von Christine, die als Juristin sehr, sehr genau gearbeitet hat, uns auch immer wieder herausgefordert hat. Dass wir diesem Geschäft jetzt zugestimmt haben, ist auch ein Dank des Parlaments für Christine.

Es folgt Applaus.

Beschlüsse

Beschluss 1: einstimmig

Beschluss 2: einstimmig

Beschluss 3: einstimmig

Beschluss 4: einstimmig

Beschluss 5: einstimmig

Parlamentspräsident Matthias Borner: Auch ich danke Christine.

Mitteilung an:
Reglementssammlung
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 23. März 2017

Prot.-Nr. 47

Reglement über die Förderung des kulturellen Schaffens in Stadt und Region Olten (SRO 141.2)/Teilrevision

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen nachfolgenden Bericht und Antrag:

1. Ausgangslage

Mit Volksabstimmung vom 5. Juni 2016 hat der Oltner Souverän entschieden, die ausserparlamentarischen Kommissionen mit Ausnahme von Baukommission und Altstadtkommission auf den Beginn der neuen Legislaturperiode vom 1. August 2017 hin aufzuheben. Davon betroffen ist auch die Kulturförderungskommission, welche bisher im Rahmen des ihr vom Parlament zur Verfügung gestellten Budgets gemäss dem Reglement über die Förderung des kulturellen Schaffens in Stadt und Region Olten (SRO 141.2, vgl. Beilage) selbständig Beiträge an das kulturelle Schaffen gesprochen und jeweils einmal pro Legislaturperiode an den Stadtrat einen Antrag für die Verleihung von Preisen im Kulturbereich gestellt hat. Aufgrund der Aufhebung der Kulturförderungskommission sind diese Aufgaben neu zu regeln und muss das Reglement entsprechend überarbeitet werden.

2. Erwägungen

Wie bei Gesuchen aus andern Bereichen soll künftig der Stadtrat auf Antrag der zuständigen Direktion – in diesem Falle der Direktion Präsidium – entscheiden. Es besteht kein Anlass und keine Berechtigung, den Volkswillen, der sich bei der Abstimmung vom Juni 2016 in der Aufhebung der Mehrzahl der ausserparlamentarischen Kommissionen ausgedrückt hat, durch die Schaffung eines neuen ständigen Gremiums in diesem spezifischen Bereich zu unterlaufen.

Schon bisher entscheidet der Stadtrat im Übrigen auch über Gesuche im Kulturbereich, indem er für Veranstaltungen und Veranstaltende Einzelbeiträge spricht oder wiederkehrende Beiträge ins Budget aufnimmt. Jetzt kommt neu das kulturelle Schaffen selber hinzu, wodurch sich die bisher erforderliche Kompetenzabgrenzung zwischen Kommission und Exekutive erübrigt. Für die Beitragssprechung bestehen seit 2004 „Richtlinien für die finanzielle Unterstützung kultureller Aktivitäten“, an denen sich der Stadtrat orientieren wird. Es ist von Seiten des Stadtrates auch vorgesehen, weiterhin eine entsprechende separate Position für diese spezifische Förderung künstlerischen Schaffens – derzeit bestückt mit 24'000 Franken – ins Budget aufzunehmen. Dies neben den zahlreichen andern Beiträgen im Kulturbereich und dem Kulturförderungskredit im Rahmen des stadträtlichen Dispositionskredits.

Hinzu kommt, dass aufgrund der langjährigen, erfolgreichen Aktivität der Kulturförderungskommission eine Praxis besteht, die ebenfalls eine Richtschnur bildet, und

dass schon bisher die Gesuche administrativ durch die Direktion Präsidium bearbeitet wurden. Hier ist somit ein Erfahrungsschatz vorhanden, auf den man zurückgreifen kann. Was die Verleihung von Kulturpreisen betrifft, wie sie in Olten in der Regel jeweils gegen Ende einer Legislaturperiode vorgenommen wird, ist vorgesehen, jeweils mit diesem konkreten Auftrag befristet Fachexperten beizuziehen.

3. Beantragte Änderungen

Generell wird die nicht mehr gültige Bezeichnung Gemeinderat durch Gemeindeparlament ersetzt.

Ingress

Der Verweis auf Art. 58 GO, in dem früher die Aufgaben der Kulturförderungskommission beschrieben wurden, wird durch denjenigen auf Art. 2 (lit. f) GO ersetzt.

Art. 1

Die Konkretisierung der Kompetenzzuweisung an den Stadtrat, der gemäss Art. 40 GO für alle städtischen Aufgaben zuständig ist, die nicht einem anderen Organ übertragen sind, ermöglicht die Streichung der Art. 3 und 4; von letzterem wird im neuen Abs. 3 für die Verleihung von Preisen die Bestimmung betreffend Einbezug von Expertinnen und Experten übernommen.

Durch die Zusammenfassung der Aktivitäten in Verleihung von Preisen und Gewährung von Beiträgen und den Zusatz „unter anderem“ wird die bisherige, im Grunde genommen sowohl abschliessende wie auch verpflichtende Aufzählung ersetzt.

Art. 2

Der ins Eigenkapital überführte Fonds wird gemäss allgemeiner Strategie des Stadtrates bezüglich Fonds nicht mehr geöffnet.

Art. 3

Dieser Artikel kann aufgrund der Teilrevision der GO und der Anpassungen in Art. 1 gestrichen werden. Für die Verleihung von Kulturpreisen ist wie erwähnt vorgesehen, jeweils mit diesem konkreten Auftrag befristet Fachexpertinnen und Fachexperten beizuziehen.

Art. 4

Dieser Artikel kann aufgrund der Teilrevision der GO und der Anpassungen in Art. 1 gestrichen werden.

Art. 5

Dieser Artikel kann aufgrund der Konkretisierung der Kompetenzzuweisung an den Stadtrat in Art. 1 gestrichen werden.

(Art. 6 bleibt unverändert bestehen und ist somit nicht Gegenstand dieser Teilrevision.)

Art. 7

Generell wird die Berichterstattung über die Förderung des kulturellen Schaffens geregelt.

Art. 8

Das Reglement wird per Anfang der neuen Legislaturperiode in Kraft gesetzt.

4. Stellungnahme der Kulturförderungskommission

Die Kulturförderungskommission hat an ihrer Sitzung vom 16. Januar 2017 die Teilrevision des Reglements über die Förderung des kulturellen Schaffens in Stadt und Region Olten begrüsst und den vorgeschlagenen Formulierungen zugestimmt.

Beschlussesantrag:

I.

1. Der Teilrevision des Reglements über die Förderung des kulturellen Schaffens in Stadt und Region Olten (SRO 141.2) wird zugestimmt.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

Ziff. I.1. dieses Beschlusses untersteht dem fakultativen Referendum.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit den Anträgen des Parlamentsbüros und der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

Michael Neuenschwander, GPK: Mit der neuen Gemeindeorganisation wird ja die Kulturförderungskommission auch aufgehoben, wie wir alle wissen. Das ist der Grund, wieso wir heute Abend hier über dieses Geschäft reden. Die GPK hat an ihrer Sitzung anerkannt, dass der Stadtrat die Kulturförderung im jetzigen Umfang weiterführen will und er dafür immerhin ein teilrevidiertes Reglement vorlegt. Es liegt ja jetzt eigentlich alles in seiner Kompetenz. Es war in diesem Sinne in der GPK auch ein Konsens, dass die kulturelle Vielfalt in Olten weiterhin bestehen bleiben und dass darüber auch jährlich Bericht erstattet werden soll. Wir werden dann halt im Verwaltungsbericht sehen, wie dies gehandhabt wird. Zu reden und zu fragen hat es vor allem gegeben, wie man dies vor der Verleihung von Kultur- und Förderpreisen handhaben soll. Dort geht es ja darum, dass man dieses Gremium etwas erweitern sollte und dann die Absicht des Stadtrats besteht, dass man befristet externe Fachexperten beiziehen kann. Dann geht es natürlich sofort darum: Zu welchen Bedingungen? Wie wird dies honoriert? Welche Entlohnung schwebt dem Stadtrat hier vor? Er hat uns versichert, dass dies mit der kleinen finanziellen Kelle angerichtet werden soll in dem Sinne, dass die Fachexpertinnen und –experten dann wahrscheinlich mit Sitzungsgeldern entlohnt werden. Eine Minderheit in der GPK hat immer noch ein Bedauern, dass die Kulturförderungskommission aufgelöst wird und in diesem Sinne, wie Urs Knapp gesagt hat, die Machtbalance in der Stadt jetzt eigentlich auch hier halt zu Gunsten der Exekutive gestärkt wird. Aber wir geben dort zu bedenken, dass dies ja der Beschluss der Mehrheit dieses Parlaments und er nachher dem Volk zur Zustimmung vorgelegt wurde. Jetzt haben wir halt diese Bestimmungen, so wie sie sind. In diesem Sinne empfiehlt die GPK Zustimmung zu diesem Geschäft.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Wer Michael zugehört hat, spürte, dass hier ein gewisses Wehklagen mitschwingt. Aber nichts destotrotz denke ich, dass gerade diese Vorlage eigentlich ein starkes Zeichen ist, dass man die Kulturförderung in diesem Sinne auch legiferieren und sozusagen auf eine gesetzliche Grundlage stellen will. Es ist klar. Der Auftrag des Volkes muss erfüllt sein und indem die Kommission nicht mehr besteht, wechselt die Kompetenz in diesem Bereich zur Exekutive, jedenfalls teilweise, aber auch die Verantwortung. Das ist sich der Stadtrat durchaus bewusst. Er mutet sich aber in diesem Sinne auch zu bzw. erklärt sich kompetent, die bisherigen Fördergesuche – Ihr habt ja in den Beilagen gesehen, welche Gesuche es sind – in der gleichen Sorgfältigkeit und Sorgfalt auch weiterzubetreiben. Am System ändert ja nichts. Die Kulturförderbeiträge, werden ja durch

das Parlament, welches übrigens die Gesamtsumme festhält – aktuell sind es Fr. 24'000.— bestimmt. Die Vorbereitung der Gesuche, wenn ein Gesuch gestellt wird, erfolgt nach wie vor nach den Richtlinien. Sie sind Euch als Beilage ebenfalls zugestellt worden. Das heisst: Ist ein Gesuch komplett eingereicht worden? Hat es auch die entsprechenden Bedingungen, wo man einen Antrag stellen kann? ist nach wie vor da und wird immer noch und auch zukünftig von der Stadtkanzlei in diesem Sinne auch sorgfältig zubereitet. Es wird einen Antrag des Stadtpräsidiums zu Händen des Gesamtstadtrats gestellt, und dann wird entschieden. Das ist ja in diesem Sinne nur ein Teil der Kulturförderung. Es gibt, wie der Sprecher der GPK gesagt hat, auch noch den Kunstpreis, Förderpreis, Anerkennungspreis. Dort denken wir, dass wir es breiter aufstellen möchten. Es braucht auch eine Öffnung von Personen, Persönlichkeiten und Fachleuten, die diese Jury bilden können und wahrscheinlich auch bilden müssen. Dann haben wir in der Kulturförderung auch noch Veranstaltungen, die gefördert werden. Ich spreche hier Bereiche wie Kabaretttage an, die auch eine Kulturförderung sind, aber in diesem Zusammenhang hier nicht legiferiert werden muss. Zusammengefasst vollziehen wir etwas, welches das Volk bestimmt hat. Wir tragen aber dieser Kulturförderung nach wie vor Rechnung und verankern dies auch und beantragen Euch, dem so zuzustimmen.

Doris Känzig, SVP-Fraktion: Wie schon gesagt, resultiert diese Vorlage ja aus der Abstimmung vom Juni 2016, wo die Kommissionen neu geregelt, zum Teil abgeschafft worden sind, so wie eben auch die Kulturförderungskommission. Die zentrale Veränderung ist die Kompetenzverschiebung. Neu entscheidet, wie schon gesagt, der Stadtrat über die Vergabe von Beiträgen an Leute, die Kulturelles schaffen. Es wird für diese Beiträge weiterhin ein Betrag im Budget auftauchen. Das waren bis jetzt Fr. 24'000.—. In Zeiten vor dem aktuellen Sparbewusstsein waren es noch Fr. 36'000.—. Nach den Richtlinien für finanzielle Unterstützung kultureller Aktivitäten muss man die finanziellen Rahmenbedingungen der Stadt berücksichtigen. Das war damals auch der Grund für diese Kürzung. Die SVP wird diesen Budgetbetrag im Auge behalten und auch kritisch hinterfragen. Die Überweisung dieses Gelds an Kunstschaffende hängt nämlich davon ab, ob jemand ein Gesuch stellt oder nicht. Ich erinnere daran, dass wir in Olten zahlreiche Kunstschaffende haben, die ihre Kunst vollständig selber finanzieren. Das darf man nicht vergessen. Die Ansichten sind verschieden, ob Kunst privat oder vom Steuerzahler berappt werden. Kunst ist auch Geschmackssache, die Qualität verschieden und nicht immer eine Bereicherung für die Stadt. Der Stadtrat kann in Zukunft Fachexperten beiziehen. Diese muss man nach unserer Meinung aber regelmässig auswechseln. Sonst besteht eine Gefahr, dass nicht die Qualität und die Vielfalt, sondern die Beziehung zu den Künstlern, die man kennt, für die Geldverteilung relevant ist. Auf keinen Fall möchten wir einen ständigen Kulturbeauftragten. Eine zusätzliche Bürokratie wollen wir vermeiden. Aus diesem Grund werden wir auch die beiden anstehenden Anträge ablehnen und mit dem Blickwinkel auf diese Bemerkungen können wir diesem Reglement zustimmen.

Luisa Jakob, Fraktion SP/Junge SP: Wir schliessen uns dem Votum von der SVP erstaunlicherweise nicht ganz an. Wir erachten die Kultur als ein sehr wichtiges Element unserer Gesellschaft, die sehr vielfältig und bereichernd ist und die auch den Kitt bildet, der uns alle zusammenhält. Schon im Kulturbericht von 2004 ist festgehalten, dass Erhaltung, Förderung und Vermittlung von kulturellem Schaffen in der Stadt und Region als Auftrag und Aufgabe der öffentlichen Hand gesehen wird. Das unterstützen wir so. In diesem Bericht werden aber auch verschiedene Lücken festgestellt. Zu diesen gehört auch das Fehlen der Fachstelle. Bezogen auf das heutige Geschäft heisst dies für uns, die Fraktion Junge SP/SP, dass die ganze Kulturtätigkeit unterstützt werden soll, und dafür liefert das Reglement eine gute Grundlage. Allerdings erachten wir es als sehr wichtig, dass Fachexpertinnen und Fachexperten für die Verleihung des Kulturpreises zwingend beigezogen werden und stellen deshalb den Antrag, dass Artikel 1 Absatz 3 von einer Kann- zu einer Muss-Formulierung geändert wird. Bei den Anträgen von Christine und der FdP wird die Fraktion mehrheitlich dagegen stimmen.

Moritz Segna, Fraktion CVP/EVP/GLP: Die Stadt muss ihre Aufgabe von kulturellem Schaffen weiterhin wahrnehmen. Das kulturelle Angebot in der Stadt soll beibehalten werden, und die Aufgabe der Kulturförderungskommission dem Stadtrat zugeteilt werden. Die Schaffung einer Dauerstelle, auch wenn sie nur 50 % sein sollte, eines Kulturbeauftragten, ist von unserer Seite her eher problematisch. Einerseits kann man den Stadtrat damit entlasten, aber gleichzeitig würde es uns Einsparungen wieder wettmachen. Der Stadtrat hat auch die Aufgabe, einmal in der Legislaturperiode Preise zu verleihen und kann Fachexpertinnen und Fachexperten beiziehen. Es liegt uns fern, die künstlerische Wahrnehmung und Kulturbeurteilungskompetenz des Stadtrats in Frage zu stellen, doch finden wir es angebracht, dass Leute vom Fach bei der Entscheidungsfindung mithelfen. Die CVP/EVP/GLP-Fraktion stimmt der Teilrevision einstimmig zu und folgt dem Beschluss des Stadtrats.

Felix Wettstein: Die Grünen sagen ebenfalls ja zu dieser Teilrevision des Kulturförderungsreglements. Es ist ein Ja ohne Begeisterung. Das Engagement der Stadt zu Gunsten einer wirklichen Kulturförderung und zur Unterstützung eines funktionierenden Kulturlebens müsste eigentlich viel, viel breiter angelegt sind, unterlegt mit Fachkompetenz und mit Gestaltungswille. Immerhin wird festgeschrieben, dass es einmal pro Legislatur zu einer städtischen Kulturpreisverleihung kommen soll. Es ist damit quasi eine moralische Verpflichtung, wenn man ja den Text genau anschaut. „Personen und Institutionen können mit einem Anerkennungs- und Kulturpreis geehrt werden“. Sollte der Stadtrat dies dann einmal in einer Legislatur vergessen, wäre es nicht einmal rechtswidrig, weil es ja nur können heisst. Aber es ist eine moralische Verpflichtung. Das ist immerhin das Minimum. Es kommt aber auch auf die Förderung des kulturellen Schaffens zwischendurch an. Hier ist uns Grünen schon sehr wichtig, dass man den Kredit von aktuell Fr. 24'000.—, der dann hoffentlich wieder einmal auf die Fr. 36'000.— kommen darf, wie wir ihn vorher hatten, auch ausschöpft. Wir wollen, dass man Vielfalt fördert, und das ist eben schon gefährdet, wenn eine einzige Person die ganzen Entscheidungsgrundlagen für den Stadtrat vorbereitet. Wir wollen, dass alle Sparten eine Chance haben, das heisst beispielsweise auch Nachwuchsleute, das heisst vielleicht auch einmal eine CD, einmal eine Buchproduktion. Wir wollen insgesamt, dass man Mut zeigt. „Kunsch esch gäng es Risiko“ hat Mani Matter gesungen. Aber ohne Risiko gibt es keine Entwicklung im kulturellen Schaffen. Wir Grüne haben vor knapp einem Jahr bei der Überarbeitung der Gemeindeordnung x-fach davor gewarnt, dass man alle Kommissionen bis auf Altstadt- und Baukommission, aufhebt. Wir haben es immer am Beispiel der Kulturförderungskommission genannt, die durch das Jahr hindurch eben ständig eine wichtige Funktion erfüllt und zwar als ganze Gruppe mit unterschiedlichsten Kenntnissen und Ansichten. Das kann nicht eine oder einer allein. Diese Teilrevision des Kommissionswesens in der radikalen Variante dem Volk vorzulegen, ist – das werden wir über kurz oder lang in dieser Stadt sehen – einfach ein Fehler gewesen. Wir werden wieder darauf zurückkommen. Davon sind wir überzeugt. Heute winken wir diese Teilrevision durch, denn wir kein gültiges Reglement mehr haben, tragen wir die Kulturförderung auf den Opferaltar und schauen ihr noch etwas bei den letzten Zuckungen zu. Das kennen wir ja von anderen Beispielen. Die beiden Zusatzanträge lehnen wir ab. Es mag ja gut gemeint sein, mindestens von einer Seite, dass nicht alles dem Stadtschreiber selber angehängt wird, aber einfach jemanden in der Verwaltung zu suchen, der zwar für x etwas Anderes angestellt, kompetent ist, und dann noch an seiner Bürotüre anschreiben kann: „Hier Kompetenzzentrum für Kultur, Bürozeiten am Mittwoch zwischen halb vier und vier. Mehr liegt leider nicht drin“. Das wäre es dann doch auch nicht.

Monique Rudolf von Rohr, FdP-Fraktion: Es ist natürlich schade, dass es die Kulturkommission nicht mehr gibt. Das habe ich seinerzeit auch bedauert. Aber es ist nun einmal, wie es ist, und wir müssen jetzt damit abfinden. In der Fraktion sind wir uns natürlich einig, dass Kultur für Olten wichtig und ein zentrales Anliegen ist. Wir haben uns allerdings wirklich an den Formulierungen gestossen, zum Beispiel Kompetenzzentrum. Das erweckt so etwas den Anschein, als ob eine ganze Infrastruktur mit entsprechendem Personal geschaffen werden soll. Deshalb gehört die Begründung der SP, die hier wirklich gut ist, dass ein Mitarbeiter oder eine Mitarbeiterin in der Verwaltung diese Aufgabe übertragen

werden soll, auch ins Reglement, genau wie die zweite Forderung, nämlich dass auch keine Personalaufstockung stattfinden soll. Fachstellen oder Kompetenzzentren haben nämlich die Tendenz, eine gewisse Eigendynamik zu entwickeln und mit immer mehr Aufgaben immer mehr Personal zu rechtfertigen. Deshalb wären wir dafür, dass der Alternativvorschlag angenommen wird.

Beschluss

Mit 19 : 26 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Antrag der SP/JSP-Fraktion abgelehnt.

Antrag zu Artikel 3

Dr. Christine von Arx: Man kann ja immer schlauer werden. Urs weiss auch aus Diskussionen in der Spezialkommission mit mir, dass ich hier durchaus lernfähig bin. Selbstverständlich war meine Formulierung mit dem Kompetenzzentrum sehr hoch gegriffen, auch nicht sehr glücklich. Ich wollte den Begriff Fachstelle vermeiden. Damit wollte ich einfach ausdrücken, dass eine Person ausgewählt wird, die sich besonders für Kultur interessiert, sich für diese Anliegen einsetzt und bereit ist, sich dafür einzusetzen, auch wenn es je nachdem gewisse Widerstände innerhalb der Verwaltung gibt. Deshalb lautet meine Formulierung jetzt: „Der Stadtrat ernennt innerhalb der Verwaltung eine Fachperson für Kulturthemen“ entspricht etwa dem, was im Vorschlag der FDP steht. „Dieser ist zuständig für die Kommunikation nach aussen und innen. Er hat auch eine koordinierende Funktion“. Das ist ja in beiden Vorschlägen identisch. Ich bin der Meinung, dass der letzte Satz der FDP nicht hineingehört. Man schreibt in solchen Reglementen nie Stellenprozente fest. In meiner Begründung geht klar hervor, dass es nicht darum, eine zusätzliche Stelle zu schaffen. Es ist ein Formulieren von dem, was uns der Stadtrat an der GPK-Sitzung erklärt hat, was sein Plan ist, nämlich eine Person auszuwählen, die sich diesen kulturellen Anliegen innerhalb der Verwaltung annimmt. Es ist uns auch benannt worden, wer dies ist. Das haben wir hier auch schon gehört: Markus Dietler. Es geht darum, das Konzept des Stadtrats transparent nach aussen festzulegen. Die Idee ist auch, dass man dann vielleicht auf der Homepage einmal transparent macht, wer in dieser Verwaltung wofür genau zuständig ist. Kommunikation nach aussen bedeutet schlicht und einfach nur: Es muss für einen Einwohner oder für einen Kunstschaffenden in Olten klar sein, dass er, wenn er ein Anliegen hat, wenn er wissen will, wie er Antrag stellen muss, damit er Geld erhält, weiss, wo er anrufen muss, um seine Fragen zu stellen. Das Gleiche ist die Kommunikation nach innen. Auch verwaltungsintern soll man wissen, an wen man sich wenden muss, wenn man Fragen in Sachen Kultur hat. Ich weiss nicht, ob es dies zum Beispiel in der Stadt gibt. Man hat ja keinen Kunstkredit. Aber ob man je nachdem eine Stelle hat, wo die Stadt tatsächlich Kunstgegenstände hat, die man sich für das Büro ausleihen könnte, oder wenn man ein Anliegen in dieser Art hat und das Gleiche für die koordinierende Aufgabe. Noch einmal: Es ist eigentlich ein Formulieren genau von dem, was der Stadtrat uns in der GPK-Sitzung als seinen Plan erklärt hat.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Vielleicht noch zum Inhalt dieser Teilrevision, die wir hier machen bzw. Überführung der Kompetenzen. Es geht tatsächlich darum, auch die Zuständigkeiten zu regeln. Aber ich denke, wir müssen in dieser Revision auch Achtung tragen, dass wir nicht irgendwie mit irgendwelchen Sachen überschüssigen, die wir in dieses Reglement hinein implementieren, die wir eigentlich nicht schon wissen. Für Kultur zuständig ist das Stadtpräsidium, der Stadtpräsident mit dem Stadtschreiber. Ich kann Euch sagen, dass es kein Gesuch gibt, das an den Baudirektor gerichtet wird, wenn es um Kultur geht, und an den Finanzdirektor traut man es sich schon gar nicht zu stellen. Das ist jetzt etwas, wo ich einfach sagen muss, dass es sehr übersteuert ist. Deshalb möchte ich meinen, es ist klar, wo es angesiedelt ist. Ich verstehe das Bedürfnis, dass man weiss, wie die Abläufe sind. Wir haben wirklich versucht, in diesem Bericht und Antrag auch zu sagen, wo die Zuständigkeiten sind. Es steht dort drin, wo auch die Anträge gestellt werden müssen, und wie sie behandelt werden. Irgendwie habe ich das Gefühl, entweder sind diejenigen, die dieses Kompetenzzentrum – es ist nicht mehr das Gleiche, Christine, ich habe es richtig

verstanden – dingfest machen wollen, wollen irgendwie entweder verhindern, dass eine Stelle geschaffen wird oder sie wollen irgendetwas machen. Aber es gehört nicht hier hinein. Über die Frage, inwieweit die Kultur, die Förderung und die Koordination mit zusätzlichen Ressourcen ausgestattet werden, wird mit diesem Reglement weder zementiert noch ausgeschaltet. Deshalb meinte ich, man müsste die Diskussion ausserhalb dieser Reglementsrevision auch führen, inwiefern man Personen bezeichnen will. Eigentlich bezeichnet man jetzt eine Person oder Personen, die schon klar, und ich denke, auch die Einheit der Materie wird hier ganz heftig strapaziert. Deshalb möchte ich, nicht im Namen des Gesamtstadtrats, sondern als zuständiger Kulturminister, beantragen, beide Anträge nicht anzunehmen.

Urs Knapp: Der Antrag ist formuliert. Der Hintergrund ist eigentlich auch klar. Wir dachten, hier wird eine Riesenbegeisterung für ein Kompetenzzentrum sein. Da wollten wir diese Begeisterung etwas auf den Boden der Politik holen. Ich habe jetzt gemerkt, dass eigentlich auch der Antrag von Christine nicht auf so grosse Begeisterung stösst, und ich glaube, als Klärung der Prozesse würden wir jetzt unseren Antrag zurückziehen.

Parlamentspräsident Matthias Borner: Jetzt gibt es noch den anderen juristischen Punkt, wo der Rechtskonsulent auf mich zugekommen ist, dass man diesen Artikel hier nicht so behandeln kann. Es geht um Artikel 58 des Gemeindegesetzes. Ich bitte den Rechtskonsulenten, kurz Stellung zu diesem Antrag zu nehmen, wenn möglich zum geänderten Antrag von Christine von Arx.

Dr. Patrik Stadler: Der Stadtpräsident hat es schon erwähnt. Es ist artfremd. Es hat an sich nichts mit diesem Reglement zu tun. Das Reglement spricht von der Kulturförderung und nicht von der Koordination. Damit wird im Prinzip eine neue Aufgabe definiert, die hier nichts verloren hat. Der Stadtrat konnte darüber nicht befinden, konnte nicht darüber debattieren und auch nicht einen entsprechenden Antrag stellen. Dementsprechend wäre er nach § 58 Gemeindegesetz nicht zulässig, also kann nicht gültig darüber abgestimmt werden.

Parlamentspräsident Matthias Borner: Könntet Ihr gleich noch kurz erwähnen, wie sie ihren Antrag sonst stellen können, damit sie zu ihrem Ziel kommen?

Dr. Patrik Stadler: Eine solche Formulierung respektive eine solche Aufgabe gehört eigentlich in die Geschäftsordnung des Stadtrats respektive wir haben es detailliert in der Verordnung. Es müsste eigentlich in die Verordnung. Man könnte in einem Postulat einen entsprechenden Antrag stellen, dass es in die Verordnung aufgenommen wird.

Parlamentspräsident Matthias Borner: Aufgrund dieser juristischen Erwägungen lasse ich diesen Antrag nicht zu.

Dr. Christine von Arx: Ich möchte gerne, dass darüber abgestimmt wird. Man darf ihn gerne ablehnen, wenn man der Meinung ist, dass er nicht zulässig ist. Aber ich finde, darüber abstimmen sollte man schon.

Parlamentspräsident Matthias Borner: Ich habe jetzt meine Meinung dazu gesagt. Aber hier kann man durchaus darüber abstimmen.

Beschluss

Mit 35 : 1 Stimmen bei 10 Enthaltungen wird der Antrag von Dr. Christine von Arx nicht zugelassen.

Parlamentspräsident Matthias Borner: Wir beugen uns der rechtlichen Belehrung.

Beschluss

Einstimmig fasst das Parlament folgenden Beschluss:

I.

1. Der Teilrevision des Reglements über die Förderung des kulturellen Schaffens in Stadt und Region Olten (SRO 141.2) wird zugestimmt.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

Ziff. I.1. dieses Beschlusses untersteht dem fakultativen Referendum.

Mitteilung an:
Reglementssammlung
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 23. März 2017

Prot.-Nr. 48

Dringliche Interpellation Urs Knapp (FDP) betreffend Fragen zum dringenden Nachtragskredit für Planungskosten Neuer Bahnhofplatz Olten/Beantwortung

Mit Mail vom 20. März hat Urs Knapp (FDP) folgenden Vorstoss eingereicht:

Mit E-Mail vom 15. März 2017 wurden die Mitglieder des Gemeindeparlamentes informiert, dass der Stadtrat am 20. Februar unter Berufung auf den Ausnahmeparagrafen 146 Gemeindegesetz einen Nachtragskredit von 300'000 Franken für die Planungskosten Neuer Bahnhofplatz beschlossen hat.

Der Ablauf dieses Geschäfts ist unbefriedigend. Störend ist, dass demokratische Regeln aufgrund einer Notstandsbestimmung ausgehebelt werden müssen. Erschwerend kommt hinzu, dass die vorliegenden Informationen für eine umfassende Meinungsbildung des Parlaments nicht genügen.

Mit der Beantwortung folgender Fragen kann der Stadtrat die Informationslage verbessern.

1. In der Information an das Parlament steht: «Aufgrund eines Missverständnisses wurden im Budget 2016 (Investitionsrechnung) weitere CHF 300'000 für den neuen Bahnhofplatz beantragt und bewilligt. **Wer ist für dieses «Missverständnis» verantwortlich?**
2. **Gab es in der Vergangenheit bei anderen Geschäften ähnliche «Missverständnisse», die zu einer Verletzung der Kompetenzen von Parlament bzw. Volk führten? Welche und Wann?**
3. **Was hat der Stadtrat konkret beschlossen, damit sich solche «Missverständnisse» ab sofort nicht mehr wiederholen können?**
4. Nach dem Entscheid des Stadtrats sind die jetzt bewilligten Planungskosten als eine Gesamtausgabe zu betrachten sind. **Wurde das Submissionsreglement (insbesondere die Schwellenwerte für öffentliche Ausschreibungen) bei der Erteilung von Aufträgen im Rahmen dieses Gesamtkredits jederzeit korrekt eingehalten?**
5. Der Stadtrat beschloss den dringenden Nachtragskredit am 20. Februar 2017. Das Geschäft wurde jedoch weder in der Einladung für die GPK (Versand 7. März) noch in der Einladung für das Parlament (Versand 8. März) erwähnt. Vielmehr wurden die Parlamentsmitglieder erst am 15. März über den dringenden Nachtragskredit informiert. **Warum hat der Stadtrat erst nach den Stadtratswahlen vom 12. März über diesen Nachtragskredit und über die damit zusammenhängende Ausserkraftsetzung der Parlaments- bzw. Volksrechte informiert?**

Begründung der Dringlichkeit

Der Stadtrat informiert das Parlament dringlich über den Nachtragskredit auf Basis § 146 GG. Entsprechend dringlich muss das Parlament die Fakten für eine klärende Information erhalten.

- - - - -

Stadtpräsident Martin Wey beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

Grundsätzliches:

Der Stadtrat begrüsst, dass er aufgrund der gestellten Fragen den Prozess transparent aufzeigen kann. Das Gemeindegesetz gibt der Exekutive den Handlungsspielraum für dringliche Nachtragskredite gemäss § 146 Abs. 2, wenn die Mehrausgabe nicht voraussehbar war, notwendig und unaufschiebbar ist, selbst wenn die Nachtragskreditkompetenz beim Gemeindeparlament liegt. Der dringliche Nachtragskredit ist dem Gemeindeparlament zur Kenntnis zu bringen. Eine Traktandierung eines solchen Nachtragskredits im Parlament ist im Gemeindegesetz nicht vorgesehen. Ebenso wird keine Aussage über den Zeitpunkt gemacht, wann der Nachtragskredit zur Kenntnis zu bringen sei; dies hätte demzufolge auch erst zu einem späteren Zeitpunkt, beispielsweise mit der Rechnungslegung, erfolgen können.

Das Projekt Neuer Bahnhofplatz Olten ist angesichts der anforderungsreichen Ausgangslage – fehlender Platz, Beteiligung von drei Partnern (Kanton, Stadt und SBB), hohe Ansprüche verschiedenster Player, parallel laufende Arbeiten am Mobilitätsplan und in der Busplanung OGG – von hoher Komplexität. Die strategische Projektleitung, die auch Varianten und Vertiefungen in Auftrag gibt, obliegt einem Steuerausschuss mit Vertretern von Kanton, Stadt und SBB; die operative Projektleitung liegt beim Kanton. In der Begründung des Stadtrates zu seinem Beschluss über den Nachtragskredit sind die verschiedenen Phasen des Projektes und der unerwartete Bedarf nach Zusatzabklärungen ausführlich dargestellt.

Ursprünglich war geplant, im Jahr 2016 dem Gemeindeparlament eine separate Vorlage für die nächste Phase des Projektes, die Projektierung, vorzulegen, wie in den Projektbeschrieben in der Beilage zur Investitionsrechnung 2016 beschrieben wurde. Der im Budget 2016 aufgenommene Betrag von 300'000 Franken wäre Teil der dabei zu bewilligenden Projektierungskosten gewesen. Die bis zu diesem Zeitpunkt genehmigten Beträge von 550'000 Franken hätten unter «normalen» Bedingungen, wie in der Vorlage zum Nachtragskredit beschrieben, für die ursprünglich geplanten Arbeiten der Phase 1 ausgereicht. In der Zwischenzeit hatte sich jedoch wie erwähnt der Zeitplan verzögert und es war der Bedarf nach Zusatzabklärungen entstanden, insbesondere auch für die Kostenplausibilisierung und -optimierung. Das Missverständnis auf Seiten der Stadt Olten bestand nun darin, dass bei der Auslösung von Zusatzaufträgen durch den Kanton der Eindruck bestand, dass die im Budget 2016 aufgeführten 300'000 Franken ohne weiteren Beschluss noch für die Phase 1 zur Verfügung stehen würden. Erst nach der Auslösung der Aufträge wurde festgestellt, dass sie für die Phase 2 vorgesehen waren. Dafür fehlte jedoch die Zustimmung des zuständigen Gremiums. Und mit Inanspruchnahme des Nachtragskredits wird nun die Schwelle des fakultativen Referendums überschritten. Angesichts des in der Zwischenzeit weitergeführten Planungsprozesses mit Kostenfolgen fehlte jedoch die Zeit für eine Parlamentsvorlage und blieb nur der Weg des dringlichen Nachtragskredits durch den Stadtrat.

Zu den einzelnen Fragen:

1. Die Verantwortung für das Versäumnis liegt beim Stadtrat.
2. Derzeit liegt keine Kenntnis von vergleichbaren weiteren Beispielen vor.
3. Der Stadtrat hat die Kredite, bei welchen er selbst die Federführung hat, im Griff. Die Kreditabrechnungen der letzten Jahre haben dies auch so bestätigt. Im Weiteren wurden von der Rechnungsprüfungskommission auch keine Kreditabrechnungen

beanstandet. Der Stadtrat wird jedoch bei Projekten mit einer externen Federführung auf ein verbessertes Controlling sowie ein Frühwarnsystem pochen.

4. Die Auftragsvergabe erfolgt gemäss einer Vereinbarung aus dem Jahr 2014 durch den Kanton. Dieser stützt sich bei der Vergabe auf §15 Abs. 2 lit. g des Submissionsgesetzes, gemäss dem «Leistungen zur Ersetzung, Ergänzung oder Erweiterung bereits erbrachter Leistungen dem ursprünglichen Anbieter oder der ursprünglichen Anbietern vergeben werden müssen, weil einzig dadurch die Austauschbarkeit mit schon vorhandenem Material oder Dienstleistungen gewährleistet ist.»
5. Dazu kann auf die obenstehenden Ausführungen unter Grundsätzliches verwiesen werden. Zudem wollte der Stadtrat das Thema in den genannten Gremien zuerst mündlich ergänzend begründen.

- - - - -

Urs Knapp: Ich danke zuerst einmal, dass Ihr der Dringlichkeit dieser Interpellation zugestimmt. Die Rechte und Pflichten der einzelnen Organe in der Gemeinde sind Grundpfeiler in dieser Demokratie. Check und Balances heisst es auf Englisch. Zu ihnen müssen wir auch Sorge tragen. Wenn man durch eine solche Massnahme, wie wir sie jetzt hier haben, die Volksrechte, Parlamentsrechte aushebelt, muss dies eine feste Begründung haben und auch sehr gut begründet sein, vor allem beim zweiten Teil. Das war nicht so, und das war ja auch der Auslöser dieser Interpellation. Es geht nicht um das Geschäft Bahnhofplatz an sich. Es ist bei uns wie auch bei Vorrednern während der Debatte über die Dringlichkeit oder in der Fraktionserklärung unbestritten, dass der Bahnhofplatz das zentrale, dringendste Projekt für die Entwicklung dieser Stadt Olten ist, weil es wirklich mittendrin und die Visitenkarte dieser Stadt Olten ist. Von daher muss man auch schauen, dass man diesen voraus machen kann. Was aber nicht geht ist, dass man einen Nachtragskredit, der vielleicht notwendig ist – ich will mir hier gar nicht anmassen, ob dies so ist oder nicht – mit einer gewissen – ich sage das Wort – Schnoddrigkeit begründet. Es ist etwas eine Schnoddrigkeit. Man vermisst etwas die Ernsthaftigkeit zu diesem Akt. Es ist wirklich eine Einschränkung von Volksrechten. Es ist eine Einschränkung von Parlamentsrechten. Es ist auch im Lichte dessen, das schon einmal passiert ist. Ich weiss nicht, wie gross Euer Gedächtnis ist. Meines ist nicht sehr gut. Aber ich habe deshalb viel Papier oder sehe es elektronisch. Wir mussten im letzten September schon einmal eine solche Schnoddrigkeit rügen. Wir mussten damals zum ersten Mal als Parlament eine Rüge austeilen. Es ist auch aus dem Präsidium gekommen. Das mag Zufall sein. Man hat einen Parlamentsbeschluss einfach schlichtweg missachtet. In dieser Reihe macht es etwas einen komischen Eindruck. Wenn man den Bericht anschaut, hat man einen Bericht. Man liest hier, es hat Missverständnisse gegeben. In der Erklärung des Stadtpräsidenten hat es heute Fehler geheissen. Jetzt heisst es in der Antwort Versäumnis. Diese Begriffe sind eigentlich nicht Synonyme. Aber es hat Missverständnisse gegeben, wenn ich auf den Bericht gehe. Aber es ist eigentlich nicht klar, warum es diese Missverständnisse gegeben hat. Was hat man daraus gelernt? Hat es dies schon früher einmal gegeben. Ist ein System drin? Das wären eigentlich alles Fragen gewesen, die man jetzt halt mit dieser Interpellation klären muss. Das andere Thema ist auch: Welche Folgen hat dies? Wir haben ein Submissionsrecht. Das wäre eigentlich auch eine naheliegende Frage. Hat man jetzt einfach die Fr. 300'000.— ohne Submission ausgegeben? Das Vierte ist das ganze Timing. Hier kann man natürlich schon denken: Na ja, es ist ein dringender Nachtragskredit. Wir haben jetzt eine Parlamentssitzung. Es gibt eine Einladung für die GPK-Sitzung am 5. März. Es gibt eine Einladung für die Parlamentssitzung am 6. März. Über dieses Thema wird einfach geschwiegen. Zufälligerweise, nach den Stadtratswahlen, wird man dann damit überfallen. Es ist mindestens ein komisches „Gschmäckli“ dran. Ich glaube, gerade bei einem solchen Geschäft, wo es um die Grundpfeiler geht, sollte dies nicht sein. Das ist auch der Grund,

weshalb nachher die fünf Fragen kommen. Ich habe versucht, gerade noch die Antworten zu lesen. Herr Präsident, ist es richtig, dass ich etwas dazu sage? Wird dies erwartet?

Parlamentspräsident Matthias Borner: Du hast freies Wort im Zeitlimit.

Urs Knapp: Zur Antwort des Stadtrates, die ich gelesen habe: Einmal ist es Punkt 1, das Grundsätzliche. Wenn man dies anschaut, beantwortet es etwas Frage 5. Dort sagt er: „Ebenso wird keine Aussage über den Zeitpunkt gemacht, wann der Nachtragskredit zur Kenntnis zu bringen sei. Dies hätte demzufolge auch erst zu einem späteren Zeitpunkt, beispielsweise mit der Rechnungslegung erfolgen können“. Man könnte auch sagen: Zwei Jahre oder wenn der Bahnhofplatz gebaut ist. Dem Sinn und Gesetz des Gemeindegesetzes entspricht dies sicher nicht. Ich sehe im Grundsätzlichen auch einen Widerspruch. In der Antwort steht, die Auslösung von Zusatzkrediten seien durch den Kanton entstanden. Jetzt lese ich aber im Bericht des Stadtrats über den Nachtragskredit, das habe der Lenkungsausschuss gemacht. Dort ist der Stadtrat sehr prominent vertreten. Es ist mir jetzt unklar: Wer hat dies jetzt genau ausgelöst, und welche Rolle hat die Stadt Olten dabei gehabt? Wenn es im Lenkungsausschuss ausgelöst wurde, ist die Stadt Olten mindestens zu einem Drittel, wahrscheinlich zur Hälfte verantwortlich. Hat es aber nur der Kanton gemacht, dann ist es vielleicht dort. Es ist auch ein Punkt, und das ist eine Frage, die im Grundsätzlichen ebenfalls offensteht. Man sieht hier, dass man die zusätzlichen Kredite eigentlich für die Phase 2 machen wollte. Jetzt braucht man sie für die Phase 1. Heisst dies jetzt: Man muss für die Phase 2 zusätzliche Gelder aufnehmen? Das hätte man auch schreiben können. Oder heisst es dies nicht? Ich weiss es nicht. Vielleicht noch kurz zu den einzelnen Fragen, und dann bin ich still. Frage 1: Die Verantwortung für das Versäumnis liegt beim Stadtrat. Ist es jetzt ein Missverständnis, ein Fehler oder ein Versäumnis? Das ist nicht das Gleiche. Damit hätte ich meine Sachen gesagt. Besten Dank.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Ich würde vorschlagen, dass ich dann weitere Vorhaltungen und auch Kritikpunkte zusammenfassend beantworten werde.

Anita Huber, Fraktion Grüne: Es ist peinlich, dass die Verantwortlichen für die Planungskosten des Bahnhofplatzes aufgrund eines Missverständnisses Fr. 300'000.— zu viel beantragt haben. Aber weder das Parlament noch die GPK haben dies gesehen. Als Grund für die zusätzlichen Planungskosten werden unter anderem Kostenoptimierungen erwähnt. Leider wird im Dokument vom 20. Februar nicht erklärt, um welche Art von Kostenoptimierungen es sich handelt. Eine kurze Information wäre hier hilfreich gewesen. Es ist unsympathisch, dass einer Verwaltung Fehler passieren und dass das Parlament und die GPK jetzt nur über diese Vorgänge in Kenntnis gesetzt werden. Gleichzeitig ist uns aber auch bewusst, dass der Bahnhofplatz ein sehr komplexes Projekt ist und insgesamt drei öffentliche Eigentümer reden und mitbestimmen. Es gibt gigantische verkehrstechnische und räumliche Sachzwänge. Hier ist die Planung sehr komplex. Die Beteiligten können im Verlauf des Prozesses merken, dass Zusatzkosten nötig sind. Für die Zukunft raten wir, dass die beteiligten Fachleute ihre Arbeit machen, ohne dass das Parlament jeden Zwischenschritt überwacht, in Frage stellt und zerzaust.

Dr. Christoph Fink, CVP/EVP/GLP: Für unsere Fraktion ist diese Situation auch unschön und unbefriedigend. Wir können die Dringlichkeit nicht ganz nachvollziehen, dass der Stadtrat dies in eigener Kompetenz beschliessen muss. Andererseits ist für uns auch klar, dass hinter dem Projekt Bahnhofplatz die Mehrheit der Oltnerinnen und Oltner steht. Selbst wenn ein Referendum gegen eine Kreditvorlage ergriffen worden wäre, wäre es mit grosser Wahrscheinlichkeit abgelehnt worden. Für die Zukunft kann man immerhin noch sagen, dass wir ja ab 1. August eine Finanzkommission haben werden. Es zeigt sich, dass dies wahrscheinlich ein weiser Entscheid war, dass wir noch eine Finanzkommission bilden, nicht nur wegen der Sache mit der Alpiq. Es obliegt dann vor allem auch der Finanzkommission zu schauen, dass die Finanzkompetenzen eingehalten werden.

Philippe Ruf, SVP-Fraktion: Ich möchte nicht noch einmal die Wortmeldung von Urs Knapp wiederholen. Er hat das Wichtigste gesagt. Auch die SVP sind die Umstände sehr unglücklich, vor allem auch das Timing. Das kritisieren wir. Ich muss jetzt, wo ich noch die Antwort auf die Fragen gelesen habe, ehrlich auch sagen, dass ich die Beantwortung der fünf Fragen grundsätzlich ehrlich und direkt finde. Was ich wirklich sehr schlecht finde, ist die Formulierung bei Frage 3. „Der Stadtrat wird jedoch bei Projekten mit externer Federführung auf ein verbessertes Controlling sowie ein Frühwarnsystem pochen“. Das finde ich sehr unbefriedigend. Das ist nicht sehr viel. Wenn wieder ein solcher Fehler passiert, wird Eure nächste Antwort sein: „Wir werden noch mehr pochen auf ein Frühwarnsystem oder Controlling“. Ich finde, bei solchen Projekten sind konkrete Massnahmen, das entsprechende Controlling und ein solches Frühwarnsystem, wie Ihr hier anspricht, sehr wünschenswert und nicht einfach: Wir werden darauf pochen. Das reicht meiner Meinung nach nicht.

Dr. Rudolf Moor, Fraktion SP/Junge SP: Ich habe ja schon viel in unserer Fraktions-erklärung, hatte aber damals die Antworten noch nicht gelesen. Jetzt, wo ich die Antworten lese, ist mir schon noch etwas dazu aufgefallen. Die Antworten sind aus meiner Sicht relativ juristisch, und es bestätigt einen Eindruck, den wir eigentlich vorher auch schon hatten. Führung ist nur das machen, was man juristisch machen muss. Führen in einem so komplexen Projekt ist eben auch das machen, was politisch Sinn macht und was politisch hilft, ein Geschäft glaubwürdig und auch seriös bearbeitbar erscheinen zu lassen. Ich finde, der Stadtrat beschränkt zu sehr rein auf das juristische Minimum. Für ein so grosses und wichtiges Projekt ist auch politischer Takt, politisches Feeling und ein Verhalten gefragt, die eben der Bevölkerung das nötige Vertrauen in die Behörden und den Stadtrat geben.

Beatrice Schaffner: Ich möchte nicht wiederholen, was die Vorredner gesagt haben. Aber was ich mich einfach sehr beunruhigt ist einmal der Bericht, den wir erhalten haben. Er ist in meinen Augen aus technischer Sicht sehr schwammig. Wir reden hier nur von Phasenplanung, und es gäbe auch SIA-Phasen, wo ich wirklich präzise wüsste, was hier überhaupt geplant wird und in welcher Kostengenauigkeit. Das Zweite, was mich wirklich beunruhigt ist, dass man auf Seite 2 offene Planungskosten hat. Der Totalmittelbedarf 2017 sind ca. Fr. 218'500.—. Ich weiss jetzt nicht, was dies ca. heisst. Wir haben eine Kostenüberschreitung von etwa 50 %. Man weiss nicht, wie viel der Aufwand bis Ende 2017 ist. Auf der nächsten Seite steht bei der Phase Ausgaben 2010 bis 2016 Fr. 524'185.— Mittelbedarf 2017 und dort noch ohne UVG und Reserve die ca. Fr. 218'000.—. Ich weiss nicht, wie man auf diesen Betrag kommt. Es ist ein Zirkab-Betrag ohne UVG, ohne Reserve, und ich bin beunruhigt, dass hier noch weitere Kosten auf uns zukommen, die wir jetzt hier gar nicht kennen.

Christian Werner: Ich kann mich eigentlich meinen Vorrednern anschliessen, möchte einfach auch noch kurz als Einzelsprecher sagen, dass ich dies wirklich eine mehr als schwache Leistung des Stadtrats finde. Es ändert nichts daran, dass jetzt hintendrin, nachdem die Wahlen vorbei sind – ich meine, dieser Hinweis ist mehr als zutreffend, das kann kein Zufall sein – das Ganze etwas schön geredet und relativiert wird. Es ist eine sackschwache Leistung, und das „schleckt keine Geiss weg“. Ihr seid die Exekutive, das heisst die führende Behörde. Aber ich stelle fest, dass niemand führt, weil wenn man wirklich führt, passiert so etwas nicht. Führen heisst vor allem Verantwortung übernehmen. Das vermisse ich. Führen lernt man schon in der Unteroffiziersschule. KKK besteht vor allem aus kontrollieren, und wenn Ihr geführt hättet, würde man jetzt nicht über die Einführung eines Controllings diskutieren, weil Ihr dies dann gemacht hättet. Deshalb ist festzustellen, dass eben nicht geführt wird. Jetzt hintendrin zu sagen, es ist ein Missverständnis, finde ich einfach schwach, und es ändert nichts an der Situation, dass wir als Parlament umgangen wurden. Ich finde es im Übrigen auch nicht sinnvoll, was der CVP-Sprecher gemacht hat, dass man sagt: Ja, es ist nicht so schlimm, weil das Volk ja dann trotzdem einverstanden gewesen sein wäre. Es mag sein, dass Du recht hast. Aber das könnte man immer sagen und dann bräuchte man gar keine Finanzkompetenzen mehr. Diese gibt es, und sie sollen eingehalten werden. Der Stadtrat ist verpflichtet, dies durchzusetzen und zu führen.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Vielleicht der Reihe nach. Wegen der Verantwortung: Da ist ein Fehler passiert. Das haben wir als Stadtrat zu verantworten, insbesondere auch ich als Stadtpräsident, als der ich diesem Stadtrat vorstehe. Hier ist insofern auch etwas aus dem Ruder gelaufen, dass wir wirklich von einer Fehlannahme ausgegangen sind, in dem Sinne, dass wir gemeint haben, es seien tatsächlich noch Gelder vorhanden. Aber das war eine Fehleinschätzung, ein Fehler. Diese Verantwortung müssen wir nicht nur tragen, sondern in dieser Phase haben wir sie, Christian, insofern wahrnehmen müssen, dass wir in dieser ganzen Planung, in dieser Projektierung mit drei Partnern unterwegs sind. Das ist auch keine Entschuldigung. Wir sind dort drin und müssen dort auch Aufsicht haben. Das ist klar. Wir haben im Zusammenhang mit der Projektierung dieses neuen Bahnhofplatzes auch bald festgestellt, dass die ursprünglichen Fr. 550'000.— anspruchsvoll sind. Wir sind zu einem Zwischenresultat gekommen und mussten dann schlussendlich im Steuerungsausschuss, wo SBB und der Kanton vertreten sind und auch die Stadt diese Kosten in diesem Sinne plausibilisieren. Wir haben gemerkt, dass die Kosten, die angenommen worden waren, um nachher schlussendlich eine Volksbefragung zu machen, hinterfragt werden müssen. Das ist Phase 1. Bei Phase 2, wo wir irrtümlicherweise gemeint haben, wir könnten sie tatsächlich noch für die Phase 2, die dann kommt, brauchen, sind wir noch nicht. Wir haben gemerkt, dass bei Phase 1, wo es eigentlich um die Konkretisierung des sogenannten Betriebs- und Gestaltungskonzepts geht, Vertiefungen gemacht werden müssen. Die Aufträge und Projektleitung, und das ist auch nicht ein Wegschieben von Verantwortlichkeiten, und auch das Auslösen dieser Aufträge und Vertiefungsaufträgen, erfolgt über den Kanton. Urs, das ist die Antwort wegen der Vergabe. Dort ist der Kanton derjenige, der dann schlussendlich die Federführung hat. Wir haben im Moment, in dem wir wieder eine Auslösung machen mussten, weil die Vertiefungsarbeiten eigentlich erfolgen mussten, durch ein internes Controlling festgestellt, dass die Fr. 300'000.— noch nicht freigegeben sind. Dort hätte man eine separate Vorlage machen müssen, um sozusagen die Fr. 300'000.— freigeben zu können. Wir waren aber damals schon – ich sage dies auch ganz offen – bereits in der Auftragsvergabe. Die Rechnung sind noch nicht gestellt worden. Wir haben aber gewusst, dass in diesem Moment schon wieder Verpflichtungen auf den Stadtrat oder auf die Stadt zukommen. Das war der Moment, in dem wir als Stadtrat gesagt haben: Jetzt müssen wir auf eine Art klare Verhältnisse schaffen. Wir müssen diesen Kredit mit einem dringenden Nachtragskredit loslösen, um dieser Verpflichtung schlussendlich nachkommen zu können. Das mussten wir selber machen. Diese Verantwortung mussten wir wahrnehmen, und wir haben es mit diesem Notartikel auch getan. Bezüglich Information ist es so, dass wir verpflichtet sind, dringliche Nachtragskredite zur Kenntnis zu bringen. Das sind nicht eigentliche Geschäfte, und deshalb hat dieser Bericht und Antrag nicht die Qualität, Beatrice, in diesem Sinne für das Parlament. Es war eine Vorlage, insbesondere auch für uns von der Exekutive, wo wir die Fachleute auch dabei hatten, die uns dies dargelegt haben. Wir haben sofort orientiert und zwar bewusst zuerst die GPK direkt, damit man dort auch Fragen beantworten kann, und dann das Parlament, damit diese Diskussion hier geführt werden kann. Die Frage letztlich, ob wir Euch diese Vorlage zu einem formellen Beschluss hätten unterbreiten sollen, haben wir insofern verneint, weil schlussendlich ja die Verpflichtung bereits da war. Wir haben nicht gerade von einer gebundenen Ausgabe gesprochen, aber wir waren in einer Verpflichtung und zwar zusammen mit den Partnern SBB und auch Kanton. Das hat uns dazu bewegt, hier zu handeln, zu informieren, die Sache auf den Tisch zu legen. Vielleicht noch etwas zum Projekt als solchem: Es kommt selten vor – ich glaube, es ist noch nie vorgekommen – dass von diesem Mittel des dringlichen Nachtragskredits Gebrauch gemacht werden musste. Es ist aber auch selten in der Stadt Olten schon ein solches Projekt aufgelegt worden, was die Komplexität anbelangt, von der Zusammenarbeit und von der Höhe der Abklärungen, die getroffen werden müssen, so dass man schlussendlich sehr schnell in einen Bereich kommt, der wirklich auch Geld kostet. Fehler sind passiert. Zu diesen stehen wir. Hier möchte ich auch persönlich die Verantwortung übernehmen. Wir haben schlussendlich auch im Stadtrat diesen Beschluss gefasst. Wir bedauern, was hier vorgefallen ist. Das muss ich sagen. Das Controlling muss in einem Prozess, der sehr anspruchsvoll ist, verbessert werden. Hier sind, wie gesagt, Partner dabei. SBB. Dort weiss man nie, wer am Tisch sitzt. Das wechselt relativ schnell. Dann ist der Kanton dort und wir als Stadt. Die Projektleitung hat der Kanton, und wir sind quasi

Partner. Wir haben eine Vereinbarung abgeschlossen, wie wir dieses Projekt miteinander vorantreiben wollen. Es ist nicht eine Entschuldigung. Es ist eine Erklärung für den Fehler, der passiert ist, und ich bitte Euch im Namen des Stadtrats, von mir persönlich, dies in diesem Sinne zur Kenntnis zu nehmen, uns auch die Chance zu geben, dass wir besser werden, insbesondere auch, dass wir die Einflussnahme in der Steuerung schlussendlich auch besser wahrnehmen können. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

Dieter Ulrich: Wir haben jetzt relativ ausführlich gehört, was der Stadtpräsident dazu zu sagen hat. Ich möchte jetzt nicht darauf herumreiten, wie gravierend oder nicht gravierend der Tatbestand ist, über den wir diskutieren, sondern rein die Information. Was mich jetzt beim Ganzen wirklich gestört hat, war die Aussage: Man wollte zuerst die GPK informieren, damit man dort Fragen stellen kann. Ich meine, alle, die an der GPK-Sitzung dabei waren, wissen, dass dieses Papier unter Varia verteilt worden war, als wir die Sachen praktisch schon zusammengepackt haben. Wir hatten nicht einmal Gelegenheit, dies in aller Ruhe zu lesen. Es wurde anfangs Sitzung nicht informiert, dass noch so etwas kommt, sprich es hat sinnvollerweise kein Austausch stattfinden können. Für mich ist nach wie vor nicht einsichtig, wieso man dieses Papier nicht schon vorher mit senden konnte, allenfalls auch einfach per Mail, wenn es per Post nicht gereicht hätte, und entsprechend schon anfangs Sitzung irgendwie informieren oder ankünden, dass darüber noch diskutiert werden kann. Wir sind dort einfach vor vollendete Tatsachen gestellt worden. Wir hatten nichts dazu zu sagen. Das ist einfach, was ich nicht begreife. Man kann darüber diskutieren, wie tragisch es jetzt ist, dass man das fakultative Referendum umgangen hat oder nicht. Ich sehe dies jetzt nicht so kritisch wie andere hier, obwohl es schon ein heikler Punkt ist. Aber nachher so quasi by the way abgespeist zu werden, von wegen: Da müssen wir Euch noch informieren. Wir haben es jetzt gemacht, indem wir Euch dieses Blatt in die Finger drücken. Da weiss ich nicht, ob man jetzt im Stadtrat wirklich die Tragweite erkannt hat, was dies auch auslösen kann. Ich meine, Ihr seid ja jetzt bis zu einem gewissen Grad selber schuld. Ich habe das Gefühl, wenn Ihr es anders kommuniziert hättet, hätten wir jetzt nicht so eine Riesendiskussion, Zeitungsartikel und weiss ich nicht was. Ich möchte einfach sagen: Nehmt dieses Parlament ernst. Man muss nicht Sachen überhöhen. Aber nehmt dieses Parlament hier ernst. Wenn wir das Gefühl haben, wir werden hier irgendwo übergangen, dann kommt eine solche Reaktion, und damit müsst Ihr auch in Zukunft rechnen, wenn Ihr dies nicht ernst nehmt.

Luisa Jakob: Sofort mag ja relativ sein, aber zwischen dem 20.2., als dieser Entscheid gefallen ist und dem Moment, als man diese Dokumente erhalten hat, ist dann doch etwas mehr als nur «sogar» vorbeigegangen. Dieses Geschäft war zudem auch nicht auf der Webseite. Es ist einfach schwierig, wenn nachher Leute aus dem Stadtrat wahltaktische Vorwürfe machen, obwohl sie genau diejenigen sind, die Sachen mutmasslich zurückbehalten haben, damit es nicht vor den Wahlen herauskommt.

Dr. Christine von Arx: Ich unterstütze als erstes, was Dieter gesagt hat. Das wollte ich auch sagen. Es war natürlich mitnichten so, dass die GPK auch nur den Hauch einer Chance hatte, überhaupt eine Frage zu stellen. Nach zweieinhalb Stunden Sitzung ist uns absolut unvorbereitet dieser Bericht auf den Tisch gelegt worden, und als ich dann irgendwie aufgejuckt bin, hat es geheissen: Wir teilen Euch jetzt einfach mit, was wir müssen, und fertig. Es ist sehr schön geredet, was der Stadtrat jetzt hier sagt. Von daher gesehen muss ich auch sagen, dass dieses Vorgehen absolut provokativ war. Wir kommen uns genau so im Gärtchen herum getrampt vor wie Ihr, wenn die Spezialkommission vergessen hat, Euch zu begrüssen. Da seid Ihr ja auch auf die Hinterbeine gestanden und habt reklamiert. Genau das Gleiche machen wir jetzt. Was ich am Ganzen vermisse, ist etwas Einsicht und eine Entschuldigung des Stadtrates für dieses Vorgehen und vor allem am Aufrechterhalten dieser Geschichte. Die GPK hätte Fragen stellen können sollen. Das ist schlicht und einfach nicht wahr bei dieser Übungsanlage, die hier war. Dann habe ich eine Frage. Mit wie vielen solchen Notrechtsnachtragskreditmitteilungen müssen wir in diesem Geschäft noch rechnen? Was passiert, wenn man jetzt merkt: Das Geld reicht immer noch nicht für die Phasen 1 und 2?

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Vorgesehen ist im weiteren Verfahren, dass man diese Projektpräzisierungen macht und dann schlussendlich mit dem sogenannten Projektierungskredit direkt als nächstes ins Parlament kommt. Ein dringlicher Nachtragskredit ist nicht vorgesehen, jedenfalls nicht bei diesem Geschäft. Ob er in Zukunft in irgendeinem Fall wieder als Notlösung benützt werden muss, kann man nicht ausschliessen. In diesem Geschäft ist von Seiten des Stadtrats vorgesehen, dass man in diesem Sinne das sogenannte Betriebs- und Gestaltungskonzept finalisiert und dem Parlament dann den effektiven Projektierungskredit unterbreitet, wo dann sämtliche Kosten bis zur Volksabstimmungsvorlage beinhaltet sein müssen. Wegen der Einsicht: Ich kann mich noch einmal wiederholen, oder man kann es im Protokoll nachlesen, was ich vorher gesagt habe.

Alexandra Kämpf: Was mich im Generellen stört, ist wie mit dem Fehler umgegangen wird. Man kommt und sagt: Man hat einen Fehler gemacht. Aber eine richtige Ursachenanalyse fehlt. Es fehlt nachher auch, welche präventiven Massnahmen man machen möchte, damit dies ein zweites Mal nicht passiert. Man belebt jetzt einfach den Patienten, den man hier hat, wieder. Aber wenn man den nächsten Patienten hat, wie kann man dies vermeiden? Das fehlt. Eigentlich müsste man das Problem im Prozess angehen, den Prozess verbessern, damit dies nachher auf der ganzen Ebene nicht mehr passieren kann, und nicht einfach punktuell schnell ein bisschen „Pflasterli“ darauf kleben.

Dr. Christoph Fink: Ich möchte nur noch meine beiden Vorredner der SP unterstützen und bestätigen. In der GPK ist es Sonja Bossart und mir genau gleich ergangen. Das Blatt ist ausgeteilt worden. Wir waren nach einem Zwölfstundentag und etwa drei Stunden GPK-Sitzung müde, und wir hatten Mühe, den Sachverhalt überhaupt zu begreifen und hätten gar nicht richtig darauf reagieren können.

Mitteilung an:
Finanzverwaltung/Urs Tanner
Baudirektion/Adrian Balz (4)
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 23. März 2017

Prot.-Nr. 49

Dringlicher Vorschlag FDP betr. Verlegung Sportstätten nach Olten SüdWest/Beantwortung

Am 21. März 2017 wurde folgender dringlicher Vorschlag gemäss Art. 16 GO bei der Stadtkanzlei eingereicht:

«Die unterzeichneten Stimmberechtigten der Stadt Olten unterbreiten diesen Vorschlag gemäss Artikel 16 der Gemeindeordnung der Einwohnergemeinde der Stadt Olten. Die Erstunterzeichner möchten diesen Vorschlag so schnell wie möglich mündlich vor dem Gemeindeparlament begründen.

Vorschlag

Die Stadt Olten und die Grundeigentümerschaft wollen gemeinsam den Gestaltungsplan für das Areal Olten SüdWest überprüfen. Der Stadtrat wird aufgefordert, im Rahmen dieser Arbeiten die planerischen Voraussetzungen zu prüfen, mit denen eine schrittweise Verlegung der Sportstätten vom Kleinholz nach Olten SüdWest im Einvernehmen zwischen der Stadt und der Grundeigentümerschaft machbar wird.

Begründung

Die Stadt Olten und die Grundeigentümerschaft wollen den Gestaltungsplan für das Areal Olten SüdWest überprüfen. Es zeigt sich, dass es mehr Abwechslung für Wohnnutzungen braucht und die Aussenräume aufzuwerten sind. Gleichzeitig stehen die Sportstätten heute mitten in bester Wohnlage im Kleinholz und müssen mit verschiedenen Massnahmen beruhigt werden.

Im Interesse aller Beteiligten müssen die beiden Brennpunkte der Stadtentwicklung koordiniert gelöst werden. Die Sportstätten sollten schrittweise ins Gebiet Olten SüdWest verlegt werden. Im Gegenzug können die freiwerdenden Grundstücke im Kleinholz neu für attraktiven Wohnraum genutzt werden.

Im Zusammenhang mit der eingeleiteten Überprüfung des Gestaltungsplans für Olten SüdWest eröffnet sich die letzte Chance, einen solchen Abtausch zu prüfen und planerisch sicherzustellen.

In Olten SüdWest wären die Sportstätten durch die Entlastungsstrasse und mit dem eigenen S-Bahnhof bestens erschlossen. Die Sockelgeschosse der Überbauung könnten mit Restaurants, Praxen und Sportläden schnell gefüllt und die Frequenz so erhöht werden. Und mit neuen von KOLT lancierten Ideen wie Wavegarden und Trendsport würde Olten SüdWest endgültig zum trendigen Stadtquartier werden. Das Kleinholz hingegen kann sich ohne Sportstätten zum attraktiven, gut durchmischten Wohnquartier für alle Schichten mit eigenem Schulhaus entwickeln.

Die Verlegung der Sportstätten müsste gestaffelt über die nächsten 15 bis 20 Jahre erfolgen, abgestimmt auf den absehbar grossen Sanierungsbedarf an den bestehenden Sportstätten.

So können bereits getätigte Investitionen amortisiert und die finanziellen Aufwendungen sinnvoll verteilt werden.

Eine Verlegung der Sportstätten nach Olten SüdWest wäre ein Gewinn für alle. Diese Lösung ist nur im besten Einvernehmen zwischen der Stadt Olten und dem Eigentümer von Olten SüdWest machbar. Denkbar wären ein Landabtausch und eine gemeinsame Entwicklung der beiden Stadtteile. Voraussetzung dafür ist aber, dass im abgeänderten Gestaltungsplan für Olten SüdWest diese Option berücksichtigt wird.»

* * *

Stadtpräsident Martin Wey beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

Zur Dringlichkeit:

Aktuell läuft die Überarbeitung des Gestaltungsplans in Zusammenarbeit von Grundeigentümerschaft und Einwohnergemeinde. Eine Überweisung der Motion könnte wesentliche Auswirkungen auf die künftige Ausrichtung des Areals haben. Um Verzögerungen im Interesse aller Beteiligten zu begrenzen, empfiehlt der Stadtrat daher eine dringliche Behandlung des Vorstosses.

Zum Vorstoss:

Die Fragestellung einer Verlegung der Sportstätten nach Olten SüdWest wurde im Rahmen der Sportstättenplanung 2005 geprüft, ebenso wie alternative Szenarien, aber aus verschiedenen Gründen verworfen, wie dies schon in der Beantwortung von dringlichen Motionen von Rolf Sommer im Mai 2007 und von Daniel Probst im Mai 2010 ausgeführt wurde, welche mit 25:5 bzw. 26:14 Stimmen abgelehnt wurden:

- Die Kosten für eine Verlegung der Anlagen wurden als doppelt so hoch wie diejenigen für eine Sanierung am Standort Kleinholz kalkuliert.
- Hingewiesen wurde zudem auf den erheblichen Substanzwert der bestehenden Sportanlagen, der durch eine Verlegung vernichtet würde.
- Die Konzentration fördert die Synergien zwischen Sommer- und Wintersport und hält die erforderlichen Infrastrukturen in Grenzen. Bei einer – zumindest während einer stattlichen Anzahl Jahre vorübergehenden – Aufteilung durch eine schrittweise Verlegung würden diese Synergien reduziert und müssten Infrastrukturen wohl mehrfach geführt werden.
- Für ein neues Eisstadion lassen sich ohne Mantelnutzung keine Investoren finden; eine zusätzliche Mantelnutzung im Detailhandelsbereich ist indessen nicht konform mit dem bestehenden Gestaltungsplan und würde sowohl die Angebote in der Innenstadt und im Sälipark konkurrenzieren wie auch die Umfahrung ERO zusätzlich belasten.
- Die Verkehrserschliessung der aktuellen Sportanlagen – Anbindung an die ERO, Südzugang und Verkehrsreduktion auf der Sportstrasse sowie Anschluss an den Bahnhof Hammer – ist nicht wesentlich schlechter als im Falle einer Verlagerung ins Areal Olten SüdWest.
- Schon vor zehn bzw. sieben Jahren wurde argumentiert, dass es auch an einem neuen Standort Anwohnerinnen und Anwohner gebe, auf die es bezüglich Lärmimmissionen Rücksicht zu nehmen gelte. Und im Kleinholz käme es aufgrund des Standortes der Stadthalle ohnehin nicht zu einer reinen Wohnnutzung.

Die Entscheide des Stadtrates in Sachen Sportstättenplanung, von der das Parlament 2005 mit 27:11 Stimmen Kenntnis nahm, sind seither durch Investitionsentscheide des

Parlaments, teils sogar des Volks gestützt worden. Durch die Umsetzung des darauf basierenden Masterplans und infolge weiterer Entwicklungen hat sich die Ausgangslage für eine Verlagerung seither noch verschlechtert:

- Der Substanzwert im Kleinholz wurde durch bedeutende Investitionen seither weiter erhöht: Die Einwohnergemeinde und die im Herbst 2005 für den Betrieb der Eissportanlagen im Kleinholz gegründete Sportpark Olten AG haben über 17 Mio. Franken investiert in die Eissportanlagen, die nun bis 2025/30 halten werden und im Übrigen mit einer modernen Fotovoltaikanlage gedeckt sind; die Stadt hat zudem investiert in Garderoben, Südzugang, Kunstrasenplatz, neue Rasenplätze, Parkplätze, Leichtathletikstadion etc. Die Gebäudeversicherungswerte liegen derzeit bei rund 43 Mio. Franken; eine Neuerstellung der bestehenden Aussenanlagen würde rund 11,5 Mio. Franken kosten. Mit Ausnahme von Teilen des Leichtathletikstadions und der Kältezentrale des Eisstadions besteht derzeit kein «absehbar grosser Sanierungsbedarf», wie dies im Vorschlag dargestellt wird. Entsprechend würde sich der Zeitpunkt für das Szenario «Zügeln, wenn sowieso saniert und neu gebaut werden muss» hinauszögern.
- Ebenso hat inzwischen die angestrebte Verkehrsberuhigung zugunsten der Anwohnenden stattgefunden.
- Im Quartier Olten SüdWest wurden in einer ersten Etappe 420 Wohnungen erstellt, mit denen nun (neue) Nutzungskonflikte entstehen würde. Der hinterste Teil des Areals befindet sich in einer Schutzzone. Zwischen diesen beiden Punkten würden die Sportanlagen mit ihren Immissionen «eingeklemmt». Die Bewohnerinnen und Bewohner der bereits bestehenden Wohnüberbauung wären dabei einspracheberechtigt.
- Bei den Berechnungen für die Kostengegenüberstellung zwischen Sanierungsszenario vor Ort und Verlegung der Sportstätten, die im Verhältnis 1:2 ausfiel, wurden im Jahr 2005 Landpreise von 250 Franken pro Quadratmeter für den Landkauf in Olten SüdWest und von 300 Franken pro Quadratmeter für den Landverkauf im Kleinholz (ohne Altlastensanierung) eingerechnet. Der Landpreis in Olten SüdWest beträgt heute indessen nach Aussagen der Grundeigentümerschaft 1600 Fr. pro Quadratmeter im eingezonten und erschlossenen Bereich.
- Zur Ausgangslage für einen allfälligen Landabtausch: Die Ausnützungsziffern in Olten SüdWest liegen je nach Baufeld zwischen 186% und 350%, diejenige auf dem Areal der heutigen Sportstätten müsste erst in einem Qualitätsverfahren erarbeitet werden. Zum Vergleich: im Bornfeld und Chlyholz liegt die Ausnützungsziffer bei rund 75%.

Nach der Realisierung der ersten Bauetappe hat die Stadt im vergangenen Jahr den Grundeigentümer für eine Überarbeitung des geltenden Gestaltungsplans gewinnen können, nachdem sich gezeigt hatte, dass die im Gestaltungsplan aus dem Jahre 2008 definierte maximale Dichte mit Ausnahme der Baufelder entlang der Bahnlinie realisierbar ist, dass die maximale Gebäudehöhe aber zu einer grossvolumigen und uniformen Bebauung führt. Als Ziel wurde formuliert, künftig mehr Abwechslung in die Wohnnutzungen zu bringen und die Strassenräume und Grünflächen gestalterisch aufzuwerten. Die angestrebten Mehrwerte sind gesellschaftlicher, stadträumlicher und ökonomischer Natur: Aus ökonomischer Sicht erwartet die Projektträgerschaft mit einem flexibleren Gestaltungsplan eine grössere Marktbreite durch architektonische Qualität und abwechslungsreiche Angebote, die auch zu mehr Vielfalt unter den Bewohnerinnen und Bewohnern führt. Die Kombination von Miet- und Eigentumsverhältnissen könnte ebenso wie nachhaltige und veränderbare Bauweisen für soziale Vielfalt und somit für einen gesellschaftlichen Mehrwert sorgen. Gerade Eigentum hat das Potenzial, um das Verantwortungsgefühl und die Identifizierung von Bewohnerinnen und Bewohnern gegenüber „ihrem“ Wohnquartier zu steigern. Stadträumlich wird ein Mehrwert aus einer variablen Abfolge der Gebäudehöhen und aus einer Betrachtung in kleineren Flächeneinheiten erhofft.

Werden die Aussenräume attraktiviert, dürfte die Wohnnutzung der Erdgeschosse, die in der bisherigen Überbauung im Übrigen gut vermietet sind, noch gefragter sein, wie viele

Beispiele von gelungenen Wohnüberbauungen zeigen. Die im Vorschlag angeregte Nutzung durch Restaurants, Praxen und Sportläden dürfte hingegen in den bestehenden Dimensionen des Areals nicht einem Bedürfnis am in diesen Bereichen bereits gut abgedeckten Standort Olten entsprechen.

Nach Abschluss des aktuell laufenden Masterplans plant die Grundeigentümerschaft auf dieser Basis bis zirka Ende 2018 die Ausarbeitung eines neuen Gestaltungsplans. Bereits während dieser zweiten Phase kann sie auf der Basis des Masterplans die Baufeldentwicklung für die nächste Bauetappe aufnehmen, um die Verzögerungen durch die Erarbeitung des neuen Gestaltungsplans möglichst gering zu halten.

Abschliessend ist festzuhalten, dass das Szenario «Neue Sportstätten in Olten SüdWest» auf den ersten Blick durchaus attraktiv erscheint, zur Machbarkeit und zum «Sinn» aber zum heutigen Zeitpunkt noch grössere Fragezeichen als beim letztmaligen Entscheid gemacht werden müssen. Fest steht, dass es sich bei einer allfälligen Verlegung der Sportstätten nicht um eine «Option» für den abzuändernden Gestaltungsplan handelt, sondern dass der neue Gestaltungsplan angesichts der Dimension des Vorhabens sehr stark von dieser öffentlichen Nutzung geprägt würde. Die erforderlichen Grundlagenarbeiten und Abklärungen – Erarbeitung einer neuen Sportstättenplanung mit Nachweis des Platzbedarfs für die vollumfängliche Verlegung, des Ablaufszenarios und der Finanzierung, Abstimmung der neuen Nutzung mit dem Mobilitätsplan, Investorensuche, Gestaltungsplanung für das Areal der bisherigen Sportstätten, Verhandlungen mit dem Grundeigentümer – würden einen grossen Zeitbedarf in Anspruch nehmen und die Weiterentwicklung des Areals Olten SüdWest massgeblich verzögern.

Der Stadtrat hält daher im Einvernehmen mit der Grundeigentümerschaft, welche mit Schreiben vom 14. März 2017 erklärt, dass sie keinerlei Interesse an einer Verschiebung der Sportanlagen auf ihr Grundstück habe, am bisher geplanten Prozess und der bestehenden Ausrichtung des Areals bzw. Quartiers fest und beantragt die Ablehnung des Vorstosses.

- - - - -

Daniel Probst: Ich möchte Euch noch danken, dass Ihr dieser Dringlichkeit zugestimmt habt. Ihr habt die Antwort des Stadtrats erhalten, und er empfiehlt Euch, diesen Vorschlag nicht zu überweisen. Ich möchte Euch hier mit zwei, drei Punkten vom Gegenteil überzeugen. Der wichtigste Punkt scheint mir, dass dieser Vorstoss nicht den Charakter einer Motion hat. Ich glaube, das ist ganz am Anfang der Dringlichkeit von Christine von Arx gesagt worden, und auch der Stadtrat spricht von einer Motion. So wie es formuliert ist, ist es ein Prüfungsauftrag. Das ist ein Postulat. Wir diskutieren heute nicht: Wollen wir die Sportstätten verlegen, oder wollen wir sie nicht verlegen? Das wird heute nicht entschieden, sondern wir geben dem Stadtrat einen Prüfungsauftrag, dass er dann auch die planerischen Voraussetzungen prüft, die Sache anschauen soll. Das machen wir heute. Es ist nicht ein Entscheid: Verlegen wir sie, verlegen wir sie nicht. Es ist ein Prüfungsauftrag. Das finde ich den wichtigsten Punkt. Ich wiederhole ihn am Schluss dann noch einmal. Der zweite Aspekt, den ich jetzt sage, ist: Warum kommt überhaupt noch einmal ein solcher Prüfungsauftrag? Wir konnten lesen. Das ist auch schon zweimal in diesem Parlament diskutiert worden, und zweimal ist es abgelehnt worden. Wir sind darauf gekommen, weil man im letzten November im Oltner Tagblatt ein Interview mit zwei bekannten Oltner Architekten und einem externen Stadtplaner lesen konnte, wo man darüber diskutiert hat: Wie entwickelt sich Olten SüdWest? Dort musste man feststellen, dass Olten eigentlich zu klein ist, um die Kernzonen weiter zu entwickeln. Das ist das Eine. Man musste auch feststellen, dass es eigentlich, wenn man dies weiterentwickelt, auch nicht am richtigen Ort zum Wohnen ist. Irgendwie war man so etwas hin- und hergerissen und hat gesagt: Deshalb müssen wir das Ganze noch einmal anschauen. Das ist einmal ein Punkt. Der andere Punkt war, dass ich hier feststellen

musste, dass auch im Kleinholz oben mit zunehmenden Anlässen, die dort stattfinden, die Problematik von Anwohnerschaft und auch diesen Sportstätten zunimmt. Es gibt andere Städte – so weit sind wir zum Glück nicht – wie Aarau. Wenn man dorthin schaut, weiss man, dass dies mehr zu Friktionen führen kann. Deshalb ist es auch besser, wenn man die Sportstätten an einem Ort hat, wo man direkt zufahren kann, mit einer Entlastungsstrasse, wo man auch einen eigenen Bahnhof hat. Der zweite Punkt, den ich kurz streifen möchte, ist das Finanzielle. Das war letztes Mal, als man es hier diskutiert hat, auch schon ein Thema. Das ist so. Die Stadt ist letztendlich nicht auf Rosen gebettet. Man könnte sagen: Gut, wenn wir es nicht diskutieren. Aber das hier ist ein Prüfungsauftrag, und es geht um eine langfristige Perspektive. Im Auftrag steht, dass wir von 15 bis 20 Jahren reden. Das ist die Perspektive. Wir machen dies nicht morgen. Das letzte Mal, als wir es diskutiert haben, war wirklich die Rede davon, dass man relativ schnell – ich kann mich noch erinnern – 60 Millionen braucht und es gleich verlegt. Das ist illusorisch. Gerade auch heute ist es illusorisch. Aber es geht darum, dass man sich überlegt, wie es über die nächsten Jahre aussehen könnte. Dann sieht es natürlich anders aus. Man kann es zum Beispiel in Etappen machen. Die Sportstätten sind ja im Baurecht vergeben. Dann gibt es nachher zum Beispiel jährliche Beiträge. Man kann das Land, das man dort hat, wo heute die Sportstätten sind, auch verkaufen. Das hat einen hohen Wert. Ich habe es von einem Institut schätzen lassen, einen um 30 % höheren Wert als dasjenige in Olten SüdWest. Schlussendlich macht man dort eigentlich ein Delta, wo man dann auch eine solche Verlegung über die Jahre finanzieren könnte. Ein Aspekt, den der Stadtrat auch betont und den man in den Diskussionen oft gehört hat, ist das Thema Wertvernichtung. Der Stadtrat argumentiert hier mit dem Gebäudeversicherungswert. Das ist natürlich nicht ganz richtig. Den Gebäudeversicherungswert nimmt man, um zu berechnen, wie viel der Neubau kostet. Dieser Wert ist richtig, um auszurechnen, wie viel es kostet, wenn wir dies neu aufbauen. Aber es ist nicht Wertvernichtung. Dort müsste man die Buchwerte anschauen. Diese habe ich bei der Stadt abgefragt. Sie sind mir auch geliefert worden. Wenn man diese Buchwerte anschaut, wie sich der Wert des Stadions und der Sportplätze, der Eissportanlagen, der Stadthalle dort entwickelt, haben wir schon von heute aus gesehen in 15 Jahren – wir können jetzt nicht gleich heute anfangen zu bauen – noch einen Buchwert von ca. Fr. 15'000.—. Es gibt Abschreibungen. Die Anlagen haben dann nicht mehr je die 60 Millionen wert. Das heisst, sie nehmen Jahr für Jahr ab. Deshalb muss man dort den Buchwert nehmen. Das heisst, man geht nicht gross vernichten. Man konnte lesen, und das ist auch richtig, dass man die Eissportanlagen vor ein paar Jahren saniert hat. Man hat Geld in die Finger genommen, 17 Millionen. Richtig. Aber von heute aus gesehen ist dies in 15 bis 20 Jahren abgeschrieben. Man vernichtet dort nicht 17 Millionen. Ich glaube, hier muss man wirklich das Richtige mit Richtigem vergleichen. Aus diesem Grund ist die Anregung auch, dass man dies nicht gleich macht, sondern zumindest über eine Generation. Jetzt warum auch die langfristige Perspektive? Wir glauben, hier reden wir eben nicht einfach allein von Verlegung von Sportanlagen. Wir reden darüber, wie wir das Quartier, die beiden Quartiere oder vielleicht sogar einen Stadtteil oder diese Stadt entwickeln wollen. Davon reden wir hier. Darum braucht es auch eine langfristige Perspektive. Wenn wir jetzt heute sagen: Wir wollen dies nicht geprüft haben, dann ist dies gegessen. Es ist illusorisch zu denken, dass wir dann noch einmal etwas machen könnten. Jetzt, wo dieser Gestaltungsplan überprüft wird, haben wir die letzte Chance, diesen Aspekt hineinbringen zu können. Ich bringe nur ein kleines Beispiel. Ich denke, das hängt zusammen. Schulhausplanung. Man konnte lesen, dass jetzt geprüft wird, wo dieses Schulhaus stehen muss. Man hat ja festgestellt: Vielleicht trotzdem nicht im Kleinholz. Scheinbar nehmen die Schülerzahlen im Säliquartier stärker zu. Wenn man aber jetzt überlegen würde, dass man im Kleinholz in Zukunft wohnen würde, mit einer hohen Ausnützungsziffer, wäre vielleicht, langfristig gedacht, plötzlich wieder das Kleinholz das Thema. Wenn man das Schulhaus jetzt im Säliquartier baut, können die Kleinholz-Kinder über die Aare, über die Kantonsstrasse und unter den Schienen durch ins Sälischulhaus gehen. Das will man wahrscheinlich auch nicht. Ich möchte einfach bitten: Denkt langfristig! Wenn man langfristig denkt, müssen wir jetzt kurzfristig dieser Prüfung zustimmen, damit der Stadtrat zusammen mit dem Grundeigentümer Auslegeordnung machen, dies anschauen, die Wertvernichtung, den Landwert und dann die gestaffelte Überführung noch einmal richtig anschauen kann. Auch ein wichtiger Punkt ist, dass es nicht

um Enteignung geht. Es geht nicht darum, dass man dies über den Kopf des Eigentümers macht. Wir sehen zwar hier einen Brief des Eigentümers, der sagt, er sei nicht einverstanden. Lustigerweise hat er dies eine Woche, bevor ein Vorstoss überhaupt eingereicht wurde, geschrieben. Aber es ist so. Das muss man respektieren. Wir glauben, dass man ihn, wenn man mit ihm spricht und aufzeigt, welche Vorteile er haben kann, überzeugen kann. Er ist jetzt a priori dagegen. Das ist zu respektieren. Kein Problem. Aber wir glauben, wenn man dort mit den richtigen Argumenten kommt – vielleicht ist auch ein Teillandabtausch ein Thema – das hat er noch nicht gewusst, als er dies geschickt hat, dies ein Thema sein könnte. Wenn man wirklich willentlich hinget und eine Lösung finden möchte, könnte er vielleicht seine Haltung noch einmal überdenken. Aber es ist richtig. Man muss zur Kenntnis nehmen, dass er im Moment dagegen ist. Wir wollen auf keinen Fall enteignen, auf keinen Fall über den Kopf entscheiden. Ich komme zum Schluss. Noch einmal: Es ist keine Motion. Heute entscheiden wir nicht, dass wir es verlegen. Heute entscheiden wir: Wollen wir diese Chance noch einmal für eine Prüfung nutzen, um dort langfristig die richtige Lösung für diese Quartiere und für die Stadt Olten finden zu können?

Myriam Frey Schär, Fraktion Grüne: Wenn man von altem Wein in neuen Schläuchen spricht, ist dies meistens eher despektierlich gemeint. Das ist eigentlich etwas schade, weil manchmal ist ja der Wein einfach wirklich gut. Es gibt auch keine Regel, die besagt, dass man eigentlich auch nur Ideen aus dem eigenen Fundus reaktivieren darf. Es kann ja die Idee schon vorher einmal jemand gehabt haben. Das ist wirklich wurst. Wir sind jetzt einfach etwas verblüfft, dass die FdP so Freude an diesem Thema bekommen hat, und auch ein klein wenig frustriert – ich gebe es ehrlich zu – weil von all diesen tollen Sachen, Daniel, die Du gesagt hast, haben wir vor ein paar Jahren mindestens die Hälfte auch gesagt und Ihr wolltet nichts davon hören. Wir haben in diesem Saal darüber gesprochen, als es darum ging, über 12 Millionen Steuergelder für die Sanierung des Eisstadions in die Finger zu nehmen. Die FdP hat weder Lust noch irgendetwas gehabt, über neue Standorte zu diskutieren oder nachzudenken. Wir haben zu diesem Zeitpunkt gesagt, es ist der Punkt, um einen Schritt zurück zu machen, die Situation einmal ganz von Grund auf anzuschauen. Es ist klar, damals war die Situation erschwert. Auch der Gestaltungsplan war neu in Kraft. Man hätte mindestens fünf Jahre warten müssen, bis man etwas daran ändern kann. Wir haben deshalb gesagt, man könnte diese Betrachtung auch ausweiten und zum Beispiel überlegen in der Nähe des Bahnhofs. Aber man konnte nicht darüber reden. Die FdP hatte damals einen ganz klaren Fokus und das war, der Sportpark AG zu geben, was die Sportpark AG möchte. Jetzt ist es ja nicht verboten, hier Interessenspolitik zu machen. Das darf jeder. Das haben wir alle schon gemacht. Und es ist auch überhaupt nicht verboten, seine Meinung zu einem Thema zu ändern. Aber die städtische bauliche Situation und die Rahmenbedingungen haben sich, Daniel, seither überhaupt gar nicht geändert. Sie waren damals eigentlich schon genau die gleichen. Aber wie gesagt: Man kann seine Haltung zu etwas immer ändern. Aber als Partei, die für sich in Anspruch nimmt, sie sei vor allem bei Finanzfragen besonders gut, müsst Ihr Euch jetzt etwas den Vorwurf gefallen lassen, dass wir dies früher mit etwas mehr Weitsicht einfach billiger hätten haben können. Wie viel billiger, hier gibt es dann die Abstimmungszeitung von 2010 so etwas einen Hinweis. Hier steht nämlich irgendwo wortreich zu mehreren Punkten, warum es ein Seich und eine blöde Idee ist, einen Neubau zu planen. Dann sagt man zum Beispiel an einer Stelle: Selbst wenn man ein neues Stadion plante, würde es auch etwas kosten. Es steht nämlich: „Für die Zwischenzeit, bis ein Neubau stehen würde, braucht es auch am bisherigen Standort Investitionen von mindestens der Hälfte des nun geplanten Betrages“. Das ist vom Schiff aus ein Delta von gerade einmal etwa 6 Millionen, die man hätte verhindern können, wenn man vorausschauend geplant hätte. Zum Thema Wertvernichtung hast Du es vorher gerade gesagt, Daniel. Ihr redet vom Buchwert. Ihr sagt: „Mit dem Volksentscheid zur Sanierung der Eissporthalle und dem Abschluss der Arbeiten im Jahre 2015 wurde der Betrieb für die nächsten 15 bis 20 Jahre gesichert“. Das ist nicht ganz vollständig, wie es damals auf diesem Zettel stand. Dort stand: „Die jetzt geplanten Investitionen erlauben einen Weiterbetrieb ohne grosse weitere Investitionen vor 15 bis 20 Jahren“. Das suggeriert den Wählerinnen und Wählern, dass dann in dieser Zeit einfach nichts Grösseres kaputt geht. Wenn dort als nächster Satz noch stand: „Danach wird das Stadion abgerissen und an

einem besseren Ort wieder aufgebaut“. Ich bin nicht sicher, wer dort alles ja gestimmt hätte. Wahrscheinlich nicht eine Mehrheit. Aber noch einmal: Wir freuen uns, dass sich die FdP jetzt für dieses Thema begeistert. Ganz ehrlich: Wir sind froh, dass wir dies jetzt einmal diskutieren können. Wir wären wirklich auch dafür zu haben, dies noch einmal zu überarbeiten, noch einmal von Grund auf anzuschauen. Auch wenn der Brief von Herrn Bachmann jetzt nicht zu wahnsinnig viel Hoffnung Anlass gibt, sind wir aber dabei und finden es wirklich gut, dass wir die letzte Gelegenheit noch ergreifen.

Dr. Rudolf Moor, Fraktion SP/Junge SP: Ich kann gleich beginnen. Wir lehnen diesen Vorstoss der FdP aus diversen sachlichen Gründen ab. Die genau gleiche Frage, die jetzt wieder aufgeworfen wird, haben wir in diesem Saal schon mehrmals diskutiert. Ich selber war schon mindestens zweimal dabei. Am 20. Mai 2010 ist eine dringliche Motion Daniel Probst hier in diesem Saal mit 26 : 14 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt worden. Mit 25 : 5 Stimmen bei 9 Enthaltungen hat man am 25. Mai 2007 eine dringliche Motion Rolf Sommer betreffend Sportpark Olten SüdWest abgelehnt. Die Argumente waren eigentlich immer die gleichen. Es gibt nämlich keine wirklich stichhaltigen Argumente, die belegen, dass der Standort Olten SüdWest insgesamt geeigneter ist, als dort, wo die Sportanlagen jetzt stehen. Es gibt verschiedene Blickwinkel. Es gibt verschiedene Argumente für das Eine oder das Andere. Aber es ist auch in einem älteren Bericht ausgewiesen, den es zu diesem Thema gibt, dass es keine eindeutigen Kriterien, die zeigen, dass der eine oder andere Standort eindeutige Vorteile hat. Man kann es drehen und machen, wie man will: Ein Umzug dieser Sportstätten kostet Geld. Es ist nicht damit gemacht, dass man das Land hat und damit auch etwas verdient. Es braucht Hochbauten, es braucht Planungen, es braucht Erschliessungen, es braucht Verfahren mit all den üblichen Risiken, wenn man so etwas Neues macht. Wieso soll man dies alles auf sich nehmen, wenn es keine klaren Vorteile für eine Verlegung gibt? Nachher kommen die finanziellen und auch Planerressourcen in dieser Stadt dazu. Wir haben heute Abend jetzt lange genug darüber geredet. Nicht wegen uns. Das möchte ich schon auch sagen. Diese sind begrenzt. Es gibt in den nächsten 20 Jahren, und das ist genau die Frist, die jetzt hier angesprochen wird, wo dies realisiert werden soll, Vorhaben, die höhere Priorität als dies haben. Andaare ist interessanterweise an den Stadtratspodien praktisch von allen Kandidaten für den Stadtrat als eines der wichtigsten Projekte genannt worden. Das kostet allein, wenn man es vollständig umsetzt, über 20 Millionen. Es ist das neue Schulhaus, das auch kostet, das auch hohe Priorität hat. Es ist der Bahnhofplatz, und daneben sind es all die Unterführungen, wo man sich zwar nicht ganz einig ist, welche Priorität hat. Aber auch das kostet Geld und hat höhere Priorität. Auch die neu genannten Argumente, vor allem die Finanzierung mit teilweise privaten Mitteln überzeugen uns genau so wenig. Welcher Privater investiert, wenn er nicht Geld verdienen kann? Wir wissen heute, dass keine einzige dieser Sportanlagen, die wir haben, nur annähernd selbsttragend ist. Investitionen in Sportstätten von Privaten können nur rentabel sein, wenn sie die Rosinen herauspicken, weil dies insgesamt nicht rentabel ist. Wenn aber jemand die Rosinen nimmt, fehlen sie nachher uns, der Stadt wieder als Einnahmequelle. Darum kostet es nicht nur Geld, wenn man es so macht, beim Bauen. Es kostet nachher auch Geld im Betrieb. Aus all diesen Gründen ist für die Fraktion SP/Junge SP klar: Wir sagen halt auch zum dritten Mal zu einer solchen Motion – es ist diesmal keine Motion, das nehmen wir zur Kenntnis, aber zu diesem Thema innerhalb von zehn Jahren – nein.

Beatrice Schaffner, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Wir können uns in weiten Teilen dem Vorredner anschliessen. Aber ich möchte doch ein paar Worte verlieren, zuerst einmal zur Wertvernichtung. Die Kälteanlage, die hier saniert wurde, muss in 15 bis 20 Jahren ersetzt werden. Das ist einfach die heutige Technik, die dann hier nicht mehr zum Tragen kommt. Aber die Gebäude werden dann abgeschrieben sein. Den Abschreibez Zeitraum gibt ja das HRM vor. Aber sie werden dann vielleicht noch nicht amortisiert sein. Sie haben jedoch sicher noch nicht ihr Lebensende erreicht. Diese kann man nicht zügeln. Eine Umnutzung in ein Schulhaus, wie es in diesem Vorschlag steht. Ich sage nicht gerne, es geht nicht. Aber das wird sicher mit grossen Kosten verbunden sein, und auch bei den vermuteten Altlasten unter dem Stadion weiss man heute noch nicht, welche Kostenfolgen dies hat. Das Zweite ist der Standort. Es ist so, dass es durch die hohe Nutzung der Sportstätten im Kleinholz

Lärmimmissionen gibt, und diese Lärmimmissionen wird es dann in Olten SüdWest genauso geben, und das sind ja auch Wohngebiete. Das Dritte ist, was für uns wirklich das Killerkriterium ist: Olten SüdWest gehört einem Privaten, und dieser Private hat ganz klar geäußert, er habe keinerlei Interesse. Das stimmt. Das ist seine heutige Willensäußerung, und wir glauben, es macht nicht richtig viel Sinn, hier diesen Auftrag zu prüfen, und der Landbesitzer sagt einfach: Ich habe keinerlei Interesse. Deshalb lehnen wir diesen Vorschlag ab.

Doris Känzig, SVP-Fraktion: Ich möchte nicht alles wiederholen. Viel ist schon gesagt worden. Aber die 18 Millionen, die wegen der Abschreibungen den Wert verlieren, dem kann ich nicht ganz folgen, weil man ja dann 20 Jahre lang ständig in den Unterhalt investiert. Man kann ja diese Hallen jetzt nicht einfach 20 Jahre lang verlottern lassen, bis sie dann wirklich nichts mehr wert sind. Also ist es in diesem Sinne gleichwohl ein Wert, den man ständig aufrechterhält und den man dann vernichtet. Die Meinung des Grundeigentümers haben wir jetzt in der Antwort des Stadtrats schriftlich. Jetzt das Szenario: Angenommen Herr Bachmann macht ein Tauschgeschäft, haben wir nachher im Kleinholz oben noch mehr dieser qualitativ bekanntlich nicht sehr hochstehenden Wohnungen. Die Einwohner von Olten SüdWest hat man auch nicht gefragt. Sonst wüsste man, dass sie jetzt schon unter Lärmimmissionen leiden, nämlich vom Gefängnis her, am Abend, wenn sie dort oben Radau machen, und vom Parksuchverkehr, den sie bei Sportanlässen im Kleinholz oben haben. Sie haben dort jetzt schon ständig Autos, die versuchen, Parkplätze zu finden. Das sind Leute, die tagsüber arbeiten und am Abend Ruhe brauchen. Dann haben wir in Olten SüdWest ein Naturschutzgebiet mit geschützten störungsanfälligen Pflanzen- und Tierarten. Es gibt ja extra einen Stiftungsrat, der zu diesem Gebiet schaut. Dieser Lebensqualität würde ein ausgebauter Sportbetrieb sicher schaden und dass gewisse Arten verschwinden. Es wäre schade, wenn man dies dort zerstören würde. Im Weiteren folgen wir den Ausführungen des Stadtrats und lehnen diesen Vorschlag ab.

Christian Werner: Als ich neu in diesem Parlament war, und das ist mittlerweile mehr als zehn Jahre her – man glaubt es kaum, aber es ist so – war dies das grosse Thema. Ich kann mich noch gut erinnern. Für mich war dies damals alles neu, Sportstättenplanung. Ich wusste gar nicht wirklich, worum es geht. Dann hat man mir erklärt, dass die SVP die Sportstätten verlagern möchte. Das war eigentlich wirklich das dominierende Thema, vor allem durch Rolf Sommer vorgebracht. Vermutlich ist es deshalb nie realisiert worden. Es war aber so, dass dies durch ihn lanciert wurde. Inhaltlich hatte er recht. Davon bin ich heute wirklich überzeugt. Fakt ist einfach, auch wenn dies vielleicht nicht alle gerne hören: Dannzumal, als man dies eben diskutiert und nachher darüber befunden hat, war die SVP die Partei und war die einzige Partei, die für die Verlegung war. Alle anderen und am meisten dagegen gewehrt haben sich die Freisinnigen. Sie haben sich damals vehement dagegen gewehrt. Das weiss ich noch. Sie haben wirklich richtiggehend darüber gelacht. Nicht nur der Vertreter in der Exekutive, sondern auch der Vertreter in der Legislative. Man hat dies nicht ernst genommen. Man hat dies als Spinnerei abgetan. Gut, klar: Ihr sagt ja jetzt wahrscheinlich wieder, dass man gescheitert werden kann. Das ist so. Aber es mutet trotzdem etwas speziell an, dass es jetzt aus der gleichen Ecke kommt. Ich glaube, dannzumal war die Ausgangslage die, dass ja die Stadt bekanntlich das Areal hätte kaufen können. Das ist nachher unter den Tisch gekehrt worden. Das haben wir hier schon zur Genüge diskutiert. Aber Fakt ist, dass es heute, wie vorher erwähnt wurde, halt einfach in fremden Händen ist und einem Eigentümer gehört, der bestimmt, was jetzt läuft. Ich glaube, Fakt ist damit eben auch, dass der Zug abgefahren ist. Dieser Zug ist abgefahren. Das hätte man vor x Jahren machen müssen oder können, wenn man damals der Meinung der SVP gefolgt wäre. Aber jetzt ist es zu spät, und jetzt ist der Zug abgefahren. Wenn man dies jetzt machen würde, würde man die fast 20 Millionen, die man ins Eisstadion investiert hat, unter dem Strich vernichten. Das hat Doris Känzig ausgeführt. Das ist so. Es wäre eine extreme teure Übung, und jetzt muss man halt auch in diesem Zusammenhang sagen: Wir übernehmen die Verantwortung. Das müssen eigentlich gerade auch die Freisinnigen machen. Wir übernehmen die Verantwortung, dass wir dies damals verpasst haben, dass wir uns damals falsch verhalten haben und dass der Zug jetzt abgefahren ist. Alles andere ist ein Stück weit

Sand in die Augen der Leute gestreut, weil wir eigentlich alle wissen, dass man dies zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr realisieren kann.

Urs Knapp: Was Ruedi gesagt hat, was Myriam gesagt hat, was jetzt auch Christian gesagt hat, da hat es viel Richtiges drin. Wenn ich zurückschaue, muss ich sagen: Ich habe vor zehn Jahren falsch entschieden. Ich habe wirklich falsch entschieden. Das tut mir jetzt, ehrlich gesagt, auch leid. Es stimmt. Es war die SVP. Vielleicht ist es auch Rolf Sommer gewesen, der einen etwas geärgert hat. Es stimmt. Es war einfach falsch. Aus heutiger Sicht war es falsch. Jetzt können wir zwei Sachen machen. Eine ist: Wenn ich vorher Ruedi gehört habe, glaube ich, dass ich vor zehn Jahren in diesem Thema etwa so geredet habe. Sehr kopfgesteuert und gesagt: Ja, das geht einfach nicht. Das stimmt. Viele Punkte gehen vielleicht nicht. Was ich vielleicht in den letzten paar Jahren in der Politik gelernt habe: Man sollte hier nicht zu schnell sagen: Es geht nicht, sondern man sollte schauen. Es gibt viel zu viele Leute, die einfach immer wieder sagen: Es geht nicht. Wir sollten mehr den Mut haben, auch einmal zu sagen: Jetzt schauen wir halt noch einmal. Ich glaube, was mir hier in der Diskussion bei uns auch bewusst war: Wir haben jetzt vielleicht noch einmal eine Chance, etwas zu ändern, nur vielleicht, weil jetzt der Gestaltungsplan gemacht wird. Wenn wir dies jetzt nicht machen, passiert dort bei zwei Generationen, das heisst in diesem Jahrhundert, nichts mehr. Vielleicht passiert auch sonst nichts. Aber dann kann man immerhin noch sagen: Wir haben es noch einmal versucht. Ich glaube, von daher ist noch einmal die Prüfung da. Welche Möglichkeiten gibt es? Es haben sich natürlich in den letzten zehn Jahren schon ein paar Sachen geändert. Wenn man sieht, welche Entwicklung im Kleinholz gelaufen ist: Der Schiessplatz ist nicht mehr dort. Die Überbauung ist nicht mehr. Die Nutzungskonflikte werden immer grösser. Das ist ja auch ein Grund, dass die Sportvereinigung der Stadt Olten Unterstützung hat, man solle dies prüfen. Die Nutzungskonflikte kommen. Es stimmt. Vielleicht sind die Sportstätten auch in Olten SüdWest nicht ganz am richtigen Ort. Aber das könnte man ja einmal anschauen. Aber langfristig, in den nächsten 20, 30 Jahren wird es so oder so sein, dass wir im Kleinholz keine Sportstätten mehr haben können. Dort potenzieren sich die Nutzungskonflikte. Vielleicht kann man in SüdWest etwas machen. Vielleicht kann man im Gespräch mit dem Grundeigentümer etwas machen. Vielleicht kann man es auch nicht machen. Aber ich glaube, wenn man jetzt einfach sagt: Jetzt machen wir es nicht. Dann argumentiert Ihr genau gleich wie vor zehn Jahren. Ich glaube, wenn wir dann einmal in zehn Jahren darüber reden, müssen wir alle sagen: Dann können wir nicht darüber reden.

Gökhan Karabas: Ich möchte mich ganz kurz fassen. Ich bin der Meinung, dass der Stadtrat auch so schon genug zu tun hat, und dementsprechend sollten wir uns hüten, ihn mit unrealistischen Vorhaben zuzudecken. Dankeschön.

Felix Wettstein: Wenn wir heute zusagen, dann sind in erster Linie diejenigen aufgefordert zu arbeiten, die jetzt für die Anpassung des Gestaltungsplans vorangehen müssen. Es sind Fachleute, die im Auftrag der Stadt arbeiten. Der Stadtrat muss deswegen nicht wahnsinnig viele zusätzliche Sitzungen machen. Was mir schon faszinierend erscheint – ich möchte bei dem, was Ruedi Moor gesagt hat, anschliessen – es sei nicht erwiesen, dass die Sportanlagen im hinteren Teil des Areals SüdWest besser oder weniger gut seien als dort, wo sie jetzt seien. Dazu gibt es tatsächlich andere Grundlagen, die erlaubt haben, eine eindeutige Gewichtung zu Gunsten einer Verlegung, zu Gunsten einer Ansiedlung im hinteren Teil von Olten SüdWest vorzunehmen. Es ist ja spannend. Wenn plötzlich SVP und die Grünen die Themenführerschaft oder die Themenerfindung gleichzeitig anmelden. Ich glaube, es waren noch einmal andere. Es war tatsächlich etwa zweieinhalb Jahre vor dem Vorstoss von Rolf Sommer, als ja die Stadt einen Wettbewerb über den ganzen Architekturvorschlag gemacht hat, wie das ganze Areal erschlossen werden soll. Einige können sich vielleicht noch erinnern. Die prämierten Projekte waren nachher im Historischen Museum ausgestellt. Es war sehr faszinierend, dies zu vergleichen. Diejenigen, die im zweiten Rang waren, nicht diejenigen, die im ersten Rang waren, hatten die Frechheit, den Perimeter dieses Wettbewerbsauftrags zu durchbrechen. Sie hatten die Frechheit, alles, was oben auf dem Areal des Kleinholzes im weiteren Sinne ist, mit ein zu denken und haben

genau das gemacht, von dem wir jetzt reden, nämlich einen Vorschlag ausgearbeitet, der auf dem Areal der heutigen Sportplätze Wohnnutzungen vorgesehen hatte, gestaffelte, unterschiedlich geartete, nicht etwa alles uniform vier- oder fünfstöckige Blocks, ganz und gar nicht und eben im hinteren Teil des Areals SüdWest die Sportanlagen. Ein wichtiger Grund, dass sie diese Überlegung gemacht haben ist, dass der hintere Teil, der ja – man kann es nicht anders sagen – schon etwas verlockt ist, sich für Wohnnutzung einfach nicht besonders gut eignet. Es ist definitiv viel attraktiver, auf dem «Bödeli» oben zu wohnen als in der Grube, vor allem im hinteren Teil. Aber es wäre ein Vorteil, man würde die Sportanlagen dort haben. Man wusste damals schon, wie die Linienführung der ERO sein wird, und man hat auch dort gewusst, dass man einen unmittelbaren Verkehrserschliessungsanlass für den Motorfahrzeugverkehr so anlegen kann, dass man eben nicht an den Wohnhäusern vorbeifahren müsste. Das hatten wir alles in diesem Vorschlag 2004, der den zweiten Platz und nicht der erste Platz hatte, auf dem Tisch. Noch zwei Sachen dazu: Warum hatte es den zweiten und nicht den ersten Platz? Weil sie eben die Frechheit hatten, die Bedingungen nicht einzuhalten. Wer war es? Es war das einzige Oltner Büro, das teilgenommen hat: Werk 1.

Dr. Rudolf Moor: Ich muss hier auf zwei Sachen noch eine Antwort geben. Urs, ich habe nicht gesagt: Es geht nicht. Es geht schon. Man kann dies machen. Da bin ich überzeugt. Wenn man unbedingt will, kann man dies machen. Aber Du hast selber die Nutzungskonflikte angesprochen. Ich glaube, das ist eine Grundsatzschwierigkeit, die man bei solchen Sportanlagen hat. Ich meine, man könnte solche Sportanlagen auf den Hauenstein oder weiss der Teufel wo hinstellen, von mir aus im General-Wille-Haus oben. Dann hat man sicher weniger Probleme mit Nachbarn. Nur ist das halt einfach die halbe Wahrheit. Ich meine, die Leute müssen auch hinkommen. Man will möglichst keine langen Wege. Gerade an einem Eishockeymatch hat es viele Oltner, und sie wollen möglichst zu Fuss hingehen. Da gibt es halt eminente Zielkonflikte. Diese Nutzungskonflikte sind in meinen Augen ein komplexes Thema. Was ich sagen wollte ist, dass es nicht klar ist, wo in 20 oder 30 Jahren die Nutzungskonflikte grösser sind, ob sie im Kleinholz oder Olten SüdWest sind. Das ist wahnsinnig schwierig vorauszusagen. Ich bin selber immer der Meinung, bei solch grossen Projekten, wenn man unsicher ist, wenn man nicht einigermaßen klare Kriterien hat, sollte man nicht immer wieder alles in Frage stellen, weil das immer wieder alles in Frage stellen lähmt jedes Projekt. Olten SüdWest, ob es einem gefällt oder nicht, ist im Entstehen als Wohngebiet und mit jeder Infragestellung gefährdet man dies auch wieder. Was Felix Wettstein gesagt hat: Ich finde es lustig, dass Felix jetzt den motorisierten Verkehr angesprochen hat. Immerhin hat die FdP den Hammer-Bahnhof in den Vordergrund gestellt. Ich meine, man muss dann schauen. Die Erschliessung mit dem öffentlichen Verkehr ist gerade in der hinteren Ecke von Olten SüdWest sicher nicht besser als heute im Kleinholz. Es fehlen die eindeutigen Kriterien um zu sagen: In Olten SüdWest ist es besser, so wie es in diesem Vorschlag dargestellt wird.

Monique Rudolf von Rohr: Ich möchte einfach vorausschicken – das wissen ja alle – dass ich noch nicht lange dabei bin. Das ist einmal das Erste. Eine lange Amtszeit hat zwei Seiten. Eine ist, dass man Erfahrung kumulieren, anhäufen und sammeln kann. Das ist gut. Das Andere ist, man zieht offenbar aber auch Streitereien mit. Es geht ja bei diesem Auftrag einfach nur darum, einmal zu überprüfen, nutzt man doch die letzte mögliche Gelegenheit. Ich habe dies jetzt alles nicht miterlebt, was Ihr hier erzählt habt wegen Rolf Sommer und wer, was, wie usw. Aber ich fände die Idee einfach immer noch bestechend. Lasst doch einfach überprüfen! Schaut dies doch einmal ganz unbelastet an! Lasst es doch noch einmal anschauen! Das wäre mein Anliegen für alle im Sinne des Ganzen der Stadt.

Simone Sager: Ich möchte eigentlich dem Votum von Monique zustimmen. Ich hätte genau das Gleiche sagen wollen. Auch ich bin noch nicht so lange hier mit dabei, schon etwas länger als Monique. Ihr habt damals dies gemacht und die anderen jenes nicht. Wir haben nicht gesagt: Überprüfen und verlegen. Es geht darum, dass man jetzt noch einmal die Idee anpacken würde. Ist es überhaupt möglich? Was Felix gesagt hat, ist auch so. Ich glaube, die hinterste Reihe, gerade unterhalb des Flugplatzes, ist nicht so das Non plus ultra zum

Wohnen. So ist auch plus/minus die Idee entstanden. Wo haben wir in diesem Gebiet eigentlich noch etwas attraktiven Raum? Es ist eher auf dem Hochplateau im Kleinholz oben. Ich sage jetzt einmal: Dort steht der schönste Wohnraum, den wir im Moment in diesem Gebiet oben haben, oder der schönere ist mit den Sportstätten vollgepackt. Im unteren Bereich, wo jetzt wirklich nicht unbedingt die schöne Lage zum Wohnen ist, könnte man es überprüfen. Es geht nicht darum: Wir machen es. Sondern es geht darum: Überprüft es doch, checkt ab, welche Synergien es gibt. Ist es möglich, ja oder nein? Wenn dann auch dort ein Nein kommt. Nein, aus diesen und jenen Gründen ist es nicht möglich. Dann ist der Fall klar. Aber niemand hier ist der Fachmann oder die Fachfrau, um beurteilen zu können, wie es mit dem Verkehr, mit den Leuten ist. Wenn Du in einem Wohnquartier wohnst, hast Du Suchverkehr, ob Du die Sportanlagen hast oder nicht. Man sieht es ja jetzt schon. Es geht nur um das Prüfen. Mehr nicht. Ich möchte auch dafür appellieren, dass wir doch jetzt die letzte Chance noch nicht gerade auf, sondern sagen: Wir versuchen es noch einmal, und wenn es nicht geht, haben wir gesagt: Wir haben es gemacht. Aber nicht, dass unsere nächste Generation sagt: Warum haben wir nicht? Es ist so. Wir werden mehr Bewohner haben. Wir sind jetzt schon am Anschlag mit den Sportanlagen. Hier rede ich jetzt mit dem Hut IG Sport Olten. Wir haben Probleme. Wir haben zu wenig Sportstätten, vor allem was den Hallenbereich anbelangt, und dort wäre ein erster Schritt zu machen, vor allem, wenn wir ja wollen, dass noch mehr Bewohner nach Olten kommen.

Moritz Segna: So wie ich informiert bin, findet sich Herr Bachmann ja freiwillig mit dem Stadtrat, um dem Gestaltungsplan noch einmal zu machen. Wohlbemerkt freiwillig. Wenn wir jetzt ein Zeichen geben und sagen, wir möchten dort komplett etwas Anderes machen, kann ich mir vorstellen, dass er sagt: Ich habe gar kein Interesse. Ich bleibe beim Gestaltungsplan, der jetzt gilt. Dieses Recht hat er.

Marion Rauber: Ich möchte noch kurz die Lanze für diejenigen, die jetzt eben schon länger hier im Parlament sind, brechen. Wir haben tatsächlich schon ein paar Mal über diese Sportstättenplanung diskutiert, und über gewisse Argumente, die damals gegen die Verlegung dieser Sportstätten gesprochen hatten, haben wir jetzt gar noch nicht geredet. Beatrice hat es kurz angesprochen. Ich kann mich erinnern, dass es auch darum gegangen ist, dass es nur Sinn macht, die Sportstätten zu verlegen, wenn man das Kleinholz nachher als Wohnquartier umnutzen könnte. Ich weiss noch, dass dies damals eines der Hauptargumente war, dass wir uns die Altlasten und den Rückbau der Eishalle – damals hatte man noch Geld – gar nicht hätten leisten wollen oder können, weil dies so ein teurer Posten war, das Land überhaupt in Bauland umzufunktionieren und eben vor allem die Altlasten, die im Boden sind. Man hat diese Studie gemacht. Ich denke, man darf durchaus vielleicht auch halt etwas retour schauen und auch einmal schauen, wieso wir damals eigentlich nein gesagt haben. Es war ja so, dass wir grösstenteils am Anfang von dieser Idee auch relativ begeistert waren. Aber wir haben uns dann auch durch gewisse Argumente überzeugen lassen, dass dies eben am Schluss dann hier im Parlament wieder gescheitert ist.

Heinz Eng: Meine zwei, drei Bemerkungen gehen in die Richtung, wie es Marion vorher gerade gesagt hat. Christian Werner, wenn Du hier vom Heiligenschein der SVP redest und gegen den Freisinn schiessst, ist dies gut und recht. Es war effektiv so. Ich habe dort auch nein gestimmt, weil die SVP hat eigentlich gerade die Mittel, die Marion vorhin angesprochen hat – ich glaube, in der Sportstättenplanung ist ein Betrag von 55 bis 60 Millionen – als man nachher die SVP gefragt hat, wer dies bezahlt, ist dann plötzlich niemand mehr von dort da gewesen. Dort gab es dann kein Konzept. Aber wunderbar in allen Farben ausmalen usw., wie dies super ist. Dann war die Situation auch noch anders, und man wusste genau, dass sich die Stadt Olten mit diesem Betrag in den nächsten, unmittelbaren paar Jahren relativ stark verschulden wird. Mit dem vorliegenden Vorstoss haben wir die Chance, dies etwas anders zu planen und längerfristig anzuschauen, nämlich auf die nächsten 15 bis 20 Jahre. Das ist das Eine. Das Andere ist noch: Sollte dies jetzt hier wirklich abgesägt werden und gestorben sein, sind wir auf Gedeihen und Verderben nachher im Kleinholz oben. Die Anlage dort oben – das könnt Ihr auch noch lesen, und Myriam hat es vorhin gesagt – wird 15 bis

20 Jahre halten, und dann muss man wieder irgendetwas machen. Man muss dort oben auch wieder investieren. Man muss Beiträge sprechen und so weiter und so fort. Das wird auch kosten. Wenn man dann die Budgets wieder anschaut, muss das Parlament auch den Mut haben zu sagen: Doch, wir haben jetzt dort Kleinholz, und deshalb müssen wir dort wieder investieren und auch einen Beitrag sprechen. Sonst werden wir dann dort oben nach 20 Jahren effektiv eine Ruine haben.

Philippe Ruf: Ich denke, das Ziel ist erreicht. Vor den Wahlen hat die FdP noch einmal etwas, worüber man etwas reden kann, und das machen wir jetzt hier auch. Morgen wird es wahrscheinlich in der Facebook-Gruppe Olten sein mit allen FdP-Likes und eigenen Kommentaren darunter. Das bringt aber jetzt nichts mehr. Das hätte man vor 10,12 Jahren entscheiden sollen. Das wisst Ihr auch. Alles, was wir jetzt noch machen, ist einfach noch etwas Wahlkampf. Ihr wisst, dass dies keinen Sinn mehr macht. Herr Huber vom Oltner Tagblatt ist gegangen. Er wird wahrscheinlich nichts mehr darüber schreiben. Radio 32 habe ich gehen sehen. Ich glaube, wir können jetzt beschliessen, dass dies nichts mehr bringt.

Monique Rudolf von Rohr: Ich finde es jetzt wirklich schade, wenn man das Anliegen, das wirklich die Stadt betrifft, das die nächsten 20 Jahre angeht, einfach mit wahltaktischen Argumenten quasi abfertigt. Ich bitte Euch wirklich, dies noch ernsthaft zu überlegen und zu überprüfen. Danke.

Fritz Buser: Ich kann es nicht lassen. Aber an Eure Richtung einfach einmal dies: Es ist sauiinteressant, wie man plötzlich relativ grosszügig in die Zukunft schaut, wenn es um das Geldausgeben geht. Ich hoffe, dass Ihr auch in der nächsten Zeit, wenn es um andere Sachen geht, die auch wichtig sind, die auch zukunftsweisend sind, vielleicht etwas entgegenkommender seid. Das wäre ein schöner Zug. Dankeschön.

Beschluss

Mit 29 : 18 : Stimmen bei 0 Enthaltungen wird die Überweisung abgelehnt.

Mitteilung an
Direktion Bildung und Sport/Ueli Kleiner
Baudirektion/Adrian Balz
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 23. März 2017

Prot.-Nr. 50

Dringliche Interpellation Luisa Jakob (Fraktion SP und Junge SP) betr. Jugendkulturzentrum Provisorium 8

Am 21. März 2017 hat Luisa Jakob (Fraktion SP und Junge SP) bei der Stadtkanzlei folgenden Vorstoss eingereicht:

"Das Jugendkulturzentrum Provisorium 8 bietet als einziges Jugendzentrum in Olten ein Angebot für Jugendliche an. Anders als es die Stadt in ihrer Medienmitteilung vom 7. Februar dargestellt hat, scheint der Betrieb nicht befriedigend geregelt zu sein. Nachdem der Verein Jugendkulturhaus Provisorium 8 auf Grund von Sparmassnahmen seitens der Stadt im Sommer 2016 nicht mehr bereit war, die Leistungsvereinbarung zu verlängern, fiel die Verantwortung in die Hände der Stadt. Diese bekundet offensichtlich Mühe, den Betrieb des Provi8 im gewünschten Mass sicherzustellen. Nachdem auch noch der zwischenzeitliche Betreiber ausgefallen ist, läuft der Betrieb nur noch sehr eingeschränkt. Vor diesem Hintergrund stellen sich die folgenden Fragen:

1. Wer ist im Moment für den Betrieb des Provisoriums 8 zuständig? Wurden die beiden Leitungsstellen wieder voll besetzt?
2. Wie viele Personen sind zurzeit für den Betrieb des Jugendkulturzentrums angestellt und zu welchen Bedingungen jeweils (insb. Anstellungsprozente)?
3. Wie viel des gesprochenen Geldes ist bis jetzt benutzt worden? Für was würde das Geld jeweils eingesetzt?
4. Wann wird der Kredit für den Rest des Jahres 2017 freigegeben und damit die Voraussetzung geschaffen, um die personelle Situation zu schaffen, die einen geordneten Betrieb des Provi8 erlaubt?
5. Wie lauten die aktuellen Öffnungszeiten des Provisoriums 8? Wie waren die Öffnungszeiten bevor die Stadt die Verwaltung übernahm?
6. Was wird aktuell angeboten? Was wird allenfalls nicht mehr angeboten, das früher angeboten worden ist? Wenn es eine Angebotsänderung gab, warum wurde sie vorgenommen?
7. Wie sieht der aktuelle Zeitplan (inkl. Politische Entscheidungen) für die vollständige Wiederaufnahme des Betriebs im Provi 8 aus? Ab wann kann wieder mit einem vollen Betrieb gerechnet werden?
8. Was ist für das Jahr 2018 geplant, bis die in Arbeit stehenden Konzepte umgesetzt werden können?
9. Denkt der Stadtrat, dass die Jugendarbeit zurzeit voll gewährleistet ist? Wie begründet er seine Haltung?

10. Hat der Stadtrat vor, die bestehenden Angebote für Jugendliche zu überprüfen, um allenfalls die Angebote zu ändern? Wie soll diese geschehen und in welchem Zeitrahmen? Werden junge Erwachsene und Jugendliche in den Prozess miteinbezogen?"

- - - - -

Im Namen des Stadtrates beantwortet **Stadtpräsident Martin Wey** den Vorstoss wie folgt:

Grundsätzliches:

Der Stadtrat hält fest, dass das wichtige Angebot des ehemaligen Jugendkulturhauses Provisorium 8 nicht das einzige Angebot für Jugendliche ist: Wichtige Beiträge zur Oltnrer Jugendarbeit leisten die Sport- und Musikvereine, die Angebote der verbandlichen Jugendarbeit wie Kirchen, Pfadi und CEVI. Zudem gibt es die städtisch subventionierten Angebote wie Midnight (Sport), Open Sunday (Sport) und das Angebot Trendsport und den Robi für die Jüngeren.

Der Rückzug des Vereins Provisorium 8 hatte neben Unsicherheiten bei der Finanzierung auch inhaltliche Gründe. Der Verein kam an seine personellen Grenzen und stellte sich durchaus auch die Frage, wie weit die Organisationsform als ehrenamtlich geführter Verein richtig ist für die Leistungserbringung der städtischen Jugendarbeit.

Im Projekt Kinder-, Jugend- und Familienförderung (KJFF), das die Direktion Bildung und Sport unter Einbezug von interessierten Kreisen mit 2 Rückmeldeanlässen durchführte, wurden die Leitlinien dieser wichtigen städtischen Leistungsfelder erarbeitet. Die Jugendarbeit erscheint im Schlussbericht vom 1.12.2016 unter der Bezeichnung Freizeit und Partizipation. Dort werden die wichtigsten Resultate aus der Projektarbeit festgehalten, strategische Ziele und zentrale Massnahmen genannt. Als weiteres Produkt liegt eine Roadmap für die Erarbeitung eines Konzepts «Offene Jugendarbeit der Stadt Olten 2017» vor. Diese Arbeiten haben begonnen und sollen bis Herbst 2017 abgeschlossen sein.

Zu den einzelnen Fragen:

1. Wer ist im Moment für den Betrieb des Provisoriums 8 zuständig? Wurden die beiden Leitungsstellen wieder voll besetzt?

Der Stadtrat hat für die Übergangszeit bis zum Vorliegen eines neuen Konzepts eine fachliche Leitung eingesetzt. Die operativen Leistungen werden durch flexibel einsetzbare Freelancer erbracht. Sie werden in den Bereichen Technik und Leitung Jugendtreff eingesetzt und sind im Stundenlohn angestellt. Die beiden Leitungsstellen sind nicht besetzt worden. Deren Stelleninhalt wird im Zug der Konzeptarbeit überprüft.

2. Wie viele Personen sind zurzeit für den Betrieb des Jugendkulturzentrums angestellt und zu welchen Bedingungen jeweils (insb. Anstellungsprozente)?

Für die fachliche Leitung ist Philipp Gemperle zu 10% angestellt. Er ist in seiner Funktion als Schulsozialarbeiter bestens in Kontakt mit der grössten Anspruchsgruppe – den Jugendlichen der Sek I - und hat als ehemaliger Leiter des Aarauer Jugendzentrums KIFF reiche Erfahrung im Bereich der Jugendkultur. Die Freelancer werden für die Abwicklung von Anlässen und Konzerten im Eventraum oder zur Leitung des Jugendtreffs sowie für Reinigungsarbeiten eingesetzt. Feste Anstellungspensen gibt es im Übergangsbetrieb neben der fachlichen Leitung nicht.

3. Wie viel des gesprochenen Geldes ist bis jetzt benutzt worden? Für was würde das Geld jeweils eingesetzt?

Für den Übergangsbetrieb Jugendarbeit 2017 hat der Stadtrat ein Budget von SFR 121'000.- genehmigt. Es enthält neben Personalkosten und Miete für die Räumlichkeiten an der Rötzmatt 8 auch Beträge für von Jugendlichen initiierte Projekte und Veranstaltungen. Der Budgetbetrag von SFR 121'000.- (3420.3636.00, Jugendarbeit) wurde im Budget 2017 beantragt und durch das Gemeindeparlament genehmigt. Aus dem Budget wurden bisher die Miete und die Löhne der fachlichen Leitung und der Freelancer bezahlt.

4. Wann wird der Kredit für den Rest des Jahres 2017 freigegeben und damit die Voraussetzung geschaffen, um die personelle Situation zu schaffen, die einen geordneten Betrieb des Provi8 erlaubt?

Das Budget von SFR 121'000.- ist freigegeben und gilt für die Übergangsphase bis zur Einsetzung des neuen Konzepts. Der Betrieb verläuft geordnet. Allerdings müssen einzelne Fäden nach dem Rückzug des Vereins wieder aufgenommen und zusammengeführt werden. Dies gilt namentlich für den Jugendtreff, der weiterhin im Angebot ist und am 30. März wiedereröffnet wird.

5. Wie lauten die aktuellen Öffnungszeiten des Provisoriums 8? Wie waren die Öffnungszeiten bevor die Stadt die Verwaltung übernahm?

Für Veranstaltungen im Eventraum, die jeweils an den Wochenenden stattfinden, gelten mit den Benützern vereinbarte Öffnungszeiten. Der Jugendtreff findet jeweils am Mittwoch (14 bis 20 Uhr) und Donnerstag (17.30 bis 20 Uhr) statt. Diese Öffnungszeiten entsprechen etwa der vormaligen Regelung. Darüber hinaus ist niemand vor Ort präsent. Vormals waren die Jugendarbeitenden im Provisorium 8 für administrative Aufgaben und als Ansprechstelle für Beratung und Coaching von Jugendlichen gemäss ihren Pensen von jeweils 60% anwesend.

6. Was wird aktuell angeboten? Was wird allenfalls nicht mehr angeboten, das früher angeboten worden ist? Wenn es eine Angebotsänderung gab, warum wurde sie vorgenommen?

Das aktuelle Angebot umfasst die Vermietung des Eventraumes für Veranstaltungen und Konzerte, das Durchführen eines Jugendtreffs, die Vermietung von Projekträumen im 2. Stock und die Vermietung des Treffraumes an externe Benutzer. Geplant sind Eigenproduktionen mit interessierten Jugendlichen im Eventraum und ein Mittagstisch der Sek I. Durch die fehlende Präsenz ausserhalb der definierten Öffnungszeiten für den Jugendtreff gibt es gegenwärtig kein Angebot Beratung/Coaching. Für den grössten Teil der Jugendlichen ist die Schulsozialarbeit eine mögliche Anlaufstelle für diesen Bereich.

7. Wie sieht der aktuelle Zeitplan (inkl. Politische Entscheidungen) für die vollständige Wiederaufnahme des Betriebs im Provi 8 aus? Ab wann kann wieder mit einem vollen Betrieb gerechnet werden?

Die Direktion Bildung und Sport arbeitet auf den genannten Grundlagen mit hoher Priorität am neuen Konzept. Dabei soll auch geklärt werden, welcher Art der Betrieb im ehemaligen Provi 8 in der Rötzmatt sein soll, dies auch in Anbetracht der hohen Mietkosten von ca. SFR 80'000.-. Hier müssen Kosten und Nutzen abgewogen werden. Es ist geplant, dem Gemeindeparlament das neue Konzept bei der Sitzung zum Budget 2018 vorzulegen.

8. Was ist für das Jahr 2018 geplant, bis die in Arbeit stehenden Konzepte umgesetzt werden können?

Bis zur Einsetzung des neuen Konzepts, das 2018 in Kraft sein sollte, gilt der aktuelle Übergangsbetrieb.

9. Denkt der Stadtrat, dass die Jugendarbeit zurzeit voll gewährleistet ist? Wie begründet er seine Haltung?

Die Jugendarbeit ist dem Stadtrat wichtig. In der Dokumentation «Bildungslandschaft» hat die Direktion Bildung und Sport alle relevanten Stellen, Institutionen und Anbieter im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienförderung erfasst, synoptisch dargestellt und miteinander in Beziehung gesetzt. Dabei wurde deutlich, wie zahlreich und vielfältig die Angebote für Kinder und Jugendliche sind und wie viel Qualität auch darin steckt. Ein Bedarf besteht bei der offenen Jugendarbeit. Im nun entstehenden Konzept sollen die Qualitäten aller Anbieter sichtbar gemacht werden und die einzelnen Angebote besser miteinander vernetzt werden, um grösstmöglichen Nutzen für Kinder und Jugendliche zu erzielen. So kann ein auf die ganze Angebotslandschaft abgestimmtes Jugendkulturhaus im ehemaligen Provi 8 eine wichtige Rolle spielen.

10. Hat der Stadtrat vor, die bestehenden Angebote für Jugendliche zu überprüfen, um allenfalls die Angebote zu ändern? Wie soll diese geschehen und in welchem Zeitrahmen? Werden junge Erwachsene und Jugendliche in den Prozess miteinbezogen?"

Im Projekt «Kinder- Jugend- und Familienförderung» waren alle Anspruchsgruppen entweder in der Projektgruppe oder in der Resonanzgruppe einbezogen, so auch Jugendliche und junge Erwachsene. Dort wurden die Leitlinien erarbeitet, diskutiert und allenfalls korrigiert. Der Prozess im Projekt war partizipativ ausgelegt. Mit dem Dokument «Leitlinien und Schwerpunkte der Kinder-, Jugend- und Familienförderung der Stadt Olten» und der darauf abgestimmten Roadmap liegen die Grundlagen für die Weiterarbeit vor. Die Akzeptanz des neuen Konzepts bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist wichtig. Deshalb sollen sie im Rahmen des Möglichen einbezogen werden.

- - - - -

Luisa Jakob: Ich glaube, ich werde fast zu allen Antworten etwas sagen. Ich achte darauf, dass ich mich kurz halte, damit wir heute auch noch irgendwann fertig werden. Zur Ausführung, dass das Provi 8 nicht das einzige Angebot für Jugendliche sei: Das ist korrekt. Das sagen wir auch nicht. Aber es ist das einzige Jugendzentrum. Zu Frage 2 möchte ich einfach anmerken, dass ich sehr hoffe, dass der Stadtrat mit seinem Personal sorgsam umgeht. Insbesondere wenn man die Geschichte des Provi 8 anschaut, ist es doch immer wieder dazu gekommen, dass sich die Leute übernommen haben und überlastet waren, weil sie sehr viel Herzblut hineingesteckt haben. Wir hoffen, dass dies weiterhin nicht mehr passiert. Zu Frage 3: Ich weiss nicht, ob die Antwort falsch gelesen habe. Aber irgendwie ist die Frage nicht beantwortet, wie viel Geld schon ausgegeben wurde. Zu Frage 4: Wir hatten es heute schon einmal zum Stadtrat, der sich über Parlamentsbeschlüsse hinwegsetzt. Es macht etwas den Anschein, als ob der Stadtrat hier versuchen würde, irgendwie eine Kürzung durchzubringen. Es war eigentlich einmal die Rede davon, dass dieses Geld für ein halbes Jahr gilt. Das würde ja dem entsprechen, wo sich das Parlament eigentlich mehrmals hinter das Provi 8 und hinter die Jugendarbeit gestellt hat. Zu Frage 6: Das ist genau, was wir befürchtet haben. Das Angebot ist massiv eingeschränkt. Zwar sind einige Sachen geplant. Es ist aber nicht so klar, in welchem Umfang dies dann auch umgesetzt wird. Mit diesen 10 Stellenprozenten für eine Leitung sehe ich hier eher schwarz, dass dies klappen wird. Vielleicht noch zum Angebot der Beratung und des Coachings. Ich glaube, das war eigentlich eines der Kernangebote des Provi. Es ist auch wichtig, dass dies sehr niederschwellig passiert, dass nicht im Sinne so einer professionellen Beratung läuft, sondern dass wir sehr niederschwellig junge Leute zur Beratung haben können, die in einem Gespräch passiert. Eine Hemmschwelle ist dort sicher viel, viel grösser, wenn es um Schulsozialarbeit geht. Zu Frage 9: Es ist richtig. Man hat das Ganze erhoben. Der Punkt ist aber einfach: Die Basis für die Diskussion dazumal war der damalige Betrieb des Provisorium 8. Das ist massiv mehr, als was im Moment läuft. Zu Frage 10: Ich war in der

Resonanzgruppe. Ich kann mich irgendwie nicht erinnern, dass es dort wahnsinnig viel mehr andere junge Leute hatte. Ich meine, ich bin auch 25. Ich bin jetzt nicht wirklich eine Vertreterin für Jugendliche. Mir ist es ein wahnsinniges Anliegen. Deshalb setze ich mich hier auch dafür ein, seit ich in diesem Parlament sitze. Aber ich finde es etwas traurig, wenn so getan wird, wie wenn die Jugendlichen beteiligt gewesen wäre, obwohl das Durchschnittsalter eher dem Alter des Parlaments geglichen hat, als wirklich junge Leute dabei gewesen wären. Die Antworten bestätigen insgesamt leider etwas, was wir befürchtet haben und zwar, dass es nur mässig oder sehr mässig läuft. Wir werden an diesem Thema dranbleiben und hoffen, dass der Stadtrat sich dies zu Herzen nimmt und sich dann wirklich für die Jugendarbeit einsetzt und nicht immer einfach mauschelt.

Dr. Rudolf Moor: Ich möchte noch etwas zur einleitenden Diskussion sagen, wo es um die Dringlichkeit gegangen ist. Ich bin nicht einverstanden mit dem mangelnden Respekt, den der Stadtpräsident der Interpellation entgegengebracht hat. Die Interpellation hat nichts mit Wahlkampf zu tun. Das möchte ich deutlich sagen. Wir beschäftigen uns nämlich seit dem letzten Dezember oder seit dem letzten November mit diesem Thema. Damals haben wir eine fraktionsinterne Arbeitsgruppe eingesetzt. Wir haben geschaut, wie es läuft, und wir haben einfach herausgefunden, dass es nicht so läuft, wie wir es erträumt haben. Das hat in unserer Fraktion sehr viel Unmut ausgelöst. Das hat zu dieser Interpellation geführt. Aber ich finde, erst recht hat die Interpellation nicht diese despektierliche Behandlung verdient, die sie am Anfang erhalten hat. Wir werden uns auch nach den Wahlen weiterhin um dieses Thema kümmern, und der Stadtrat kann ziemlich sicher sein, dass wir auch nach den Wahlen wieder mit einem Vorstoss oder etwas kommen werden, weil uns dieses Thema auch nach den Wahlen nach wie vor sehr auf dem Herzen, und wir werden alles dafür tun, dass Provi 8 erhalten bleibt.

Muriel Jeisy: Ich wollte eigentlich nichts mehr sagen, möchte aber jetzt gleichwohl auch noch etwas sagen. Ich finde das Thema auch etwas Wichtiges, aber ich finde es doch sehr, sehr kurzfristig und eigentlich hier erstaunlich, dass der Stadtrat überhaupt jetzt in dieser kurzen Zeit – man hat es ja irgendwie gestern erhalten – diese Antworten heute vorstellen kann. Ich finde es super. Aber wenn man sich schon länger damit beschäftigt hat, wäre es das nächste Mal toll, man hätte es zum Beispiel vor den Fraktionssitzungen. Eine Woche hätte meiner Meinung nach drin liegen müssen.

Michael Neuenschwander: Ich habe die Antworten jetzt auch nur kurz überflogen und stelle einfach fest, dass mich nicht befriedigen kann, was ich hier sehe. Was Luisa gesagt hat, diese Frage ist nicht beantwortet. Wie viel Geld ist jetzt ausgegeben worden, und was ist mit diesen Fr. 121'000.—? Sollen sie jetzt plötzlich einfach für das ganze Kalenderjahr reichen? Das ist nicht ersichtlich. Es ist nur ersichtlich, dass der Betrieb offenbar auf einem absoluten Minimum läuft. Diese 10 Stellenprozent sind ja meines Wissens ein halber Arbeitstag pro Woche. Das kann ja für einen einigermaßen minimalen Anspruch von Jugendarbeit in einem Treff nicht reichen. Ich weiss nicht, was man mit diesen 10 % genau macht, ausser Schlüssel entgegennehmen und vielleicht wieder den Raum kontrollieren gehen. Kann man hier vielleicht heute Abend sogar noch etwas detailliertere Auskunft haben?

Christian Werner: Einfach nur ganz kurz etwas. Wenn Ihr dies jeweils etwas seriöser diskutieren möchtet, müsstet Ihr vielleicht aufhören, alles immer dringlich einzureichen. Ihr schießt Euch ins eigene Bein. Dann habt Ihr schlaue Fragen, und nachher ist so kurz Zeit, um sie zu beantworten und durchzulesen, dass es gar keine Diskussion gibt. Eigentlich schade für die Arbeit und ein Missbrauch dieses Instruments der Dringlichkeit.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Wir sind übrigens nicht unglücklich, dass diese Fragen gestellt wurden, insbesondere um auch aufzuzeigen, wo wir stehen. Tatsächlich haben wir Herrn Gemperle in diesem Sinne in die SP-Fraktion entsendet. Er konnte dort auch darlegen, wo wir stehen. Neben diesen 10 %, die wir tatsächlich als Leitung eingesetzt haben, sind wir daran, dort jetzt auch Freelancers einzusetzen. Einer hatte grosse Erfahrung im Bereich der Organisation von Events. Das ist mehr ein Techniker. Wir haben jetzt auch eine junge Frau,

die dort im Bereich der Jugendarbeit arbeitet. Uns von der Direktion Bildung und Sport war ganz wichtig, dass dieses Grundgerüst, eben gerade auch vom Provisorium, erhalten bleibt. Wir hatten eine relativ schwierige Situation, wo dann tatsächlich auch potenzielle Mitarbeiter, die bisher unter dem Provi 8 angestellt wurden, nicht mehr zur Verfügung standen und wir uns relativ schnell und dann schlussendlich dank Philipp Gemperle auch sehr sportlich – ich erwähne ihn namentlich, weil er auch vom KIFF Aarau her eine grosse Erfahrung hat – einbringen konnten. Wegen der Aufwendungen: Es ist klar. Im Januar/Februar waren es weniger Aufwendungen. Dort mussten wir es aufstarten. Dort konnten wir wirklich in diesem Sinne nicht viel investieren, und es ist vorgesehen, dass wir jetzt im März/April die ganze Geschichte herauffahren, insbesondere auch im Bereich der Treffpunkte. Es läuft einiges. Man kann sich hier bedienen. Ich habe jetzt leider nur eine Karte dabei. Es ist eigentlich auch nicht für Euch gedacht. Das muss ich auch gleich sagen. Am 30. März um 17.30 fängt das Chillen an. Barmusik, Gespräche, Billard, «Töggelen» und insbesondere auch mit einer jungen, gut ausgebildeten Frau und Praktikantin, die dort anfängt. Es läuft etwas. Wir haben noch nicht das Geld in dem Sinne, dass wir sagen könnten, es geht im Juni schon aus. Dieses Geld wird aber sehr wahrscheinlich reichen, wirklich das Grundgerüst nicht nur zu erhalten, sondern auch attraktiv aufrecht zu erhalten. Gebt uns diese Chance und auch die Zeit! Die Bildungsdirektion ist hier sehr stark engagiert, zusammen mit Herrn Gemperle, dies auf Vordermann zu bringen. Hier müssen wir dann auch diskutieren, ob es nur um das Provi 8 geht - es ist von der Institution eine gute Sache – oder ob es nicht auch ganz allgemein um die Jugendarbeit geht. Dort wollen wir aufgestellt sein, Euch in der Breite auch entsprechend eine Vorlage unterbreiten zu können. Von daher freut es mich eigentlich, dass wir es geschafft haben, die Bildungsdirektion, in einer schwierigen Situation die ganze Geschichte hinaufzufahren. Im März wird es mehr Geld brauchen als im Februar.

Mitteilung an:
Direktion Bildung und Sport/Ueli Kleiner
Kanzleiakten

Verteilt am:

Parlamentspräsident Matthias Borner: Merci vielmals für das Mitmachen. Ich wünsche Euch einen schönen Abend.

Der Parlamentspräsident:

Der Stadtschreiber:

Die Protokollführerin:

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden des Parlamentspräsidiums innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.